

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4500. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Postsetzung Leipzig  
Telephon 13693. — **Berlin im Verlags-**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk. bei Vorabdruck 2.30 Mk.; Familienanzeigen für die Seite 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Akademie für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Programm der bürgerlichen Minderheitsregierung.

### Die Polen in der Klemme.

Berlin, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht der L. V.) Die schwierige Lage der Polen durch die russische Offensive tritt am deutlichsten in den neuen Mobilisierungsbefehlen zutage, über die der Thorner Berichterstatter des Berliner Tageblattes zu melden weiß: Laut Anordnung des polnischen Kriegsministeriums wird in dem ehemals westpreussischen und polnischen Teilgebiet ohne Rücksicht auf die Nationalität sofort zum Heeresdienst eingezogen: Die ehemaligen Unteroffiziere in fremden Armeen der Jahrgänge 1890—95 einschließlich der Mannschaften, die in fremden Armeen oder beim Grenzschutz in der Kavallerie, sowie bei der reitenden Artillerie ihre Dienstzeit verbracht haben. Ferner die Jahrgänge 1885—95, sowie die jungen Männer der Jahrgänge 1902 und 1895, die noch nicht gebildet haben. Infolgedessen entscheiden sich schon jetzt viele für Deutschland. Optionsämter, vor denen die Erklärung über die Staatsangehörigkeit abzugeben ist, sind noch nicht gebildet, doch wird als vorläufige Erklärung ein schriftlicher Verzicht vom Magistrat entgegengenommen.

### Die deutsche Spa-Delegation.

Berlin, 29. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Mitteilung von Wolffs Telegrammbüreau über die Entsendung des Reichsanwalters Fehrenbach, des Ministers des Auswärtigen Simons und des Reichsfinanzministers Brüch nach Spa bemerkt das Berliner Tageblatt: „Ob nicht auch der Reichswehrminister nach Spa gehen wird, dürfte von der Lage der Dinge abhängen und sich aus dem Verlauf der Konferenz ergeben. In Begleitung des Ministers des Auswärtigen Simons wird der Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Geheimrat von Simon, nach Spa reisen. Einige Fachmänner aus Wirtschaft und Finanzkreisen werden die amtlichen Vertreter unterstützen. Die Zahl der deutschen Teilnehmer wird aber erfreulicherweise erheblich weniger groß sein, als etwa in Versailles.“

### Die Noten der Entente über die Entwaffnung.

Berlin, 28. Juni. (W.T.B.) In der ersten der drei dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten Noten über die Entwaffnung heißt es: Am 21. Juni, nach Ablauf von beinahe sechs Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages, sind die wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages über Entwaffnung, Luftfahrt und Marine unausgeführt oder unvollständig ausgeführt. Die alliierten Regierungen haben nach ernsthafter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrage enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl für die Heereskräfte, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfang auszuführen und deren schon allzulange verzögerte, vollständige Durchführung unverzüglich zu beantragen. In gleicher Weise erwarten die alliierten Regierungen, daß die deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Veränderung der militärischen Bestimmungen des Vertrages mehr vorlegen wird, da solche nur abschlägig beschieden werden könnten und daher nutzlos neue Verzögerungen mit sich bringen würden. Die Antwort der alliierten Regierungen auf den Antrag der deutschen Regierung wegen Beibehaltung eines Heeres von 200 000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands aus der durch den Friedensvertrag bestimmten Stärke von 100 000 Mann in der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Gliederung zu lassen sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten vollständig aufzulösen ist und daß andererseits die Stärke der Polizei auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913 vermehrt wird. Desgleichen fordern die alliierten Regierungen die deutsche Regierung auf, unverzüglich die deutsche Gesetzgebung entsprechend der Bestimmung des Artikels 211 mit den militärischen Bestimmungen des Vertrags in Einklang zu bringen und gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um entsprechend dem Artikel 170 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Auslande zu verbieten, die Formationen der Einwohnerwehren, die im Widerspruch mit der Entschleunigung vom 8. April nach fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen. Die alliierten Regierungen erwarten, daß bei der Zerlegung des Kriegsmaterials keine neue Verzögerung eintritt, und daß die Ausführung aller Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl hinsichtlich der Truppenstärke, als auch hinsichtlich des Kriegsgeräts ohne weiteren Aufschub erfolgt. Andernfalls würden sich die alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu prüfen, um die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Vertrages sicherzustellen.

Die zweite Note legt in Bezug auf die von der deutschen Regierung erbetene vorläufige Verlängerung: Die alliierten Regierungen haben keine Veranlassung, einer erneuten Verlängerung der ihr gestellten, am 10. Juli abgelaufenen Frist zuzustimmen. Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Abrüstung den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so erkennen sie gerne an,

daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913 nicht allen Bedürfnissen genügen können. Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen; sie können aber unter keinen Umständen zulassen, daß diese Vermehrung durch Beibehaltung der Sicherheitspolizei, einer Polizeitruppe von ausgesprochen militärischem Charakter und Organisation, erfolgt. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von drei Monaten von der Ablegung dieser Note ab beendet sein. Die Mächte geben ihre Zustimmung, daß die alte Ordnungspolizei bis auf 150 000 Mann vermehrt wird, jedoch unter der Bedingung, daß die Ordnungspolizei ihren Charakter als zivile und Gemeindepolizei wahren müsse und von dem interalliierten Ueberwachungsaustrich festgesetzt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestande von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann inbegriffen sind, die vom interalliierten Ueberwachungsaustrich für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigt worden sind. Die Vermehrung der Stärke der Ordnungspolizei wird beruht auf dem Umstand, daß in keinem Zeitpunkt die Stärke der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zusammen 150 000 Mann überschreiten darf. Andererseits haben die Mächte beschlossen, den Bestand der Gendarmen von 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen. Die Alliierten werden während der drei Monate von der Ablegung der gegenwärtigen Note bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei nicht zulassen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei übernommen werden.

Die dritte Note besagt u. a.: Unter Bezugnahme auf Art. 201 und 202 des Versailler Vertrages hat die Konferenz entschieden, daß die Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial, wie in Artikel 201 des Vertrages von Versailles vorgesehen ist, innerhalb von drei Monaten, beginnend mit dem Augenblick, in dem diese Macht das besagte Luftfahrtmaterial des Heeres und der Marine abgeliefert hat und dies der interalliierten Luftfahrt-Ueberwachungskommission offiziell angezeigt wird, im Gebiete von Deutschland unterlag bleibt.

### Ein bayrischer Protest.

München, 28. Juni. Die bayrische Staatsregierung hat sich an die Reichsregierung mit einem Protest gegen die letzte Note der Verbandsstaaten wegen der Gestaltung der Wehren und Sicherheitswehren gewandt und erklärt, diese Forderungen seien unannehmbar, da ihre Erfüllung die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und damit auch des wirtschaftlichen Aufbaus im Reich unmöglich machen würde.

### Protestkundgebungen gegen den Lebensmittelwucher.

Frankfurt a. M., 29. Juni. (T.U.) Das Gewerkschaftsstellvertretergremium gestern nachmittag auf dem Römerplatz-Berge eine Protestkundgebung gegen die hohen Lebensmittelpreise. Der Platz war von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge gefüllt. Es wurde ein Abbau der Preise gefordert und mit Selbsthilfe gedroht, falls von den städtischen Behörden keine wirksamen Maßnahmen getroffen würden. Die Menge zog dann zum städtischen Lebensmittellager und brach hier Kundgebungen und Schmähschreie aus gegen den Direktor. Einige Trupps zogen nach dem Bahnhofsvorplatz und warfen hier die Fenstersteine in dem Rasthaus Viktoria ein und bedrohten die sich angeblich in dem Café aufhaltenden Schieber. Auch auf dem Esplanade verhielten sich die Menge in Geschäfte einbringend, doch ergriß sie die Stadt, als ein Lastauto einige Abteilungen der Sicherheitswehr mit Maschinengewehren heranzuführte. Die Ruhe wurde sonst nirgends gestört.

Berlin, 29. Juni. (T.U.) In Cuxhaven ist, wie dem Berl. Tagebl. gemeldet wird, eine Reunionskommission eingesetzt worden, die in Verbindung mit dem Magistrat die Herabsetzung der Preise vornimmt und verschiedene Geschäfte verpflichtet hat, eine Woche lang ihre Waren an die minderbemittelte Bevölkerung ohne jeden Nutzen zu verkaufen.

### Die Unruhen in Hamburg.

L.-H. Hamburg, 28. Juni. Ueber die Lebensmittelunruhen in Hamburg und Altona berichtet die N. Berl. Ztg. noch, daß am Sonnabend am späten Nachmittag und am Abend Sicherheitswehr und Schutzmannschaften gegen die Plünderer vorgehen. Kurz vor Mitternacht gab es bereits zwei Tote und sehr viele Verwundete. Von einem Fabrikgebäude in Eimsbüttel aus wurde auf einen Trupp der Anstalten geschossen, der Fabrikhof zu flüchten hineingeschossen. Es wälzten sich darauf drei Personen im Blute. Ein vierzehnjähriger Knabe lag durch Lungenschuß getötet auf dem Wege. Bei der Verteidigung eines Kaufhauses in Altona feuerten die Sicherheitsmannschaften, wobei ein Mann erschossen wurde. Die Menge nahm hierauf eine so drohende Haltung ein, daß die Schutzleute und die Sicherheitswehr das Feld räumen mußten. Nun erst wuchs die Plünderung ins Maßlose. Nach Schätzung des Besitzers beträgt der Schaden mehrere Millionen Mark.

### Berufung gegen das Marburger Urteil.

Berlin, 29. Juni. Wie dem Berliner Tageblatt aus Marburg gemeldet wird, hat der Gerichtsherr in Marburger Studentenprozeß gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt. (L.U.)

### Das Regierungsprogramm.

Nachdem selbst die Regierung einig ist, daß ihr keine lange Lebensdauer beschieden sein wird, mutet das ausführliche Programm, das der Reichsanwalt Fehrenbach dem Reichstage vorgetragen hat, etwas merkwürdig an. Die Regierung sollte nur die Aufgaben von Spa lösen und dann einen andern Pfad machen. Freilich kann dies sehr lange Zeit in Anspruch nehmen, denn so einfach sind die Aufgaben von Spa nicht zu lösen und die Verhandlungen werden sich dort sehr lange hinziehen. Nach dem vor einiger Zeit veröffentlichten Plane sollte in Spa nur die Entschädigungsfrage gelöst werden, d. h. wie hoch der Schaden ist und welche Entschädigungssumme Deutschland zu zahlen hat. Je näher aber die Verhandlungen von Spa herankommen, um so mehr stellt es sich heraus, daß wesentliche Teile des Friedensvertrages zur Debatte gestellt werden müssen.

Die maßgebenden Ententemächte sind sich über die Entschädigungssumme trotz der Konferenzen von Sythe und Lausanne selbst noch nicht einig. Das ist auch erklärlich. In England sind in maßgebenden Kreisen starke Meinungsverschiedenheiten über die Erfordernisse, die an Deutschland gestellt werden sollen, entstanden; um wieviel weniger ist da eine Einigung zwischen England, Frankreich und den andern Staaten möglich? Man wird sich also darauf gefaßt machen müssen, daß unter Umständen dort wieder ein Probatorium über die Entschädigung und die Höhe des Schadens zustande kommen wird. Ueber einen andern Programmpunkt wird leichter eine Verständigung möglich werden. Das ist die Abrüstungsfrage! Wenn auch in deutschen Regierungskreisen jetzt mit besonderem Nachdruck betont wird, eine so schnelle Abrüstung, wie sie die Entente fordert, sei nicht möglich, so werden sich diese Kreise doch dazu bequemen müssen, mit der Abrüstung selber ein etwas schnelleres Tempo einzuschlagen. Es handelt sich nicht nur um die Verabschaffung der Heereskräfte von 200 000 auf 100 000 Mann, sondern vor allen Dingen auch um die Einstellung der Munitions- und Waffenfabrikation und um die Unschärfmachung der großen Waffentzeuge. Das darf man den Regierungskreisen glauben, daß es nicht machtpolitische Bestrebungen nach außen sind, die sie zu ihrer Stellung in der Abrüstungsfrage veranlassen, sondern innerpolitische. Die Wortführer der deutschen Bourgeoisie machen geltend: ein Aufbau Deutschlands sei nur möglich, wenn es mindestens 200 000 Soldaten habe. Das ist natürlich Unsinn. Wenn von einem wirklichen Wiederaufbau gesprochen werden soll, dann kann es doch nur in dem Sinne geschehen, daß die Wirtschaft in vollem Umfange tätig wird, also Güter produziert. Dazu sind aber keine Soldaten, sondern Arbeitskräfte, Rohmaterial und Maschinen notwendig. Unter dem Aufbau verstehen jene Kreise aber Ruhe und Ordnung schaffen, und zwar mit Hilfe der Militärs. Mit andern Worten, die Arbeiterschaft unter die Botmäßigkeit des Kapitals zu bringen. Mit diesem Argument werden die Kapitalvertreter in Spa nicht umsonst auf ihre Klassenossen jenseits des Rheins und des Kanals einwirken. Wir haben schon bemerkt, daß Deutschland neben den 100 000 Mann Soldaten noch 150 000 Mann Polizeitruppen zugestanden werden. Dies genügt nun freilich der deutschen Regierung nicht. So behauptet der Reichswehrminister, daß die zu entlassenden Offiziere und Mannschaften eine sehr große Gefahr im Innern bildeten. Ist dies aber der wahre Grund, und ist dies richtig? Wenn hunderttausende Familien arbeitslos werden, was hat man da als Antwort? Sie müssen eben die Opfer tragen und sich in das Unvermeidliche schicken, bis sich die Verhältnisse gebessert haben. Warum trifft dies nicht auch für die zu entlassenden Offiziere und Mannschaften zu? In der unterschiedlichen Behandlung von Militär und Arbeitslosen zeigt sich mit aller Deutlichkeit die mächtige Stellung, die dem Militär heute in Deutschland noch eingeräumt wird. Ist es denn nicht die Schuld der bisherigen Regierungen, daß sie jetzt das zu entlassende Militär nicht im Wirtschaftsleben unterbringen kann.

In den 1 1/2 Jahren seit dem Ausbruch der Revolution wäre es wohl möglich gewesen, mit der Planwirtschaft zu beginnen, in der alle Arbeitskräfte Deutschlands Beschäftigung und Existenz finden können, und somit natürlich auch das zu entlassende Militär. Aber auch in anderer Richtung hätte die Regierung wirken können, indem sie Vorbehalte traf, daß der Friedensvertrag nach und nach ausgeführt wurde.

Zwar hat Herr Fehrenbach stolz den Satz verkündet: „Die Arbeiten der Sozialisierungskommission werden fortgesetzt und von der Regierung unterstützt“ ausgesprochen. Was aber ist damit getan, wenn die Sozialisierungskommission Papier voll schreibt und dabei von der Regierung unterstützt wird? Viel wisse,

linger wäre es doch, mit der Sozialisierung endlich selbst zu beginnen.

Über die Verhandlungen in Spa, wo die Stellung zu den dort zu verhandelnden Gegenständen im Regierungsprogramm erörtert werden müßten, schweigt man sich beinahe aus, oder wiederholt die schon tausendmal hergelesene Sätze: „Der Friedensvertrag muß, nachdem er angenommen ist, nach besten Kräften erfüllt werden. Alle Regierungsmassnahmen unserer auswärtigen Politik stehen im Zeichen des Vertrages von Versailles.“ Was sind das nun für Regierungsmassnahmen, die im Zeichen des Vertrages stehen? Etwa der Widerstand gegen die Herabsetzung des Soldnerheeres oder was sonst? Über den andern wichtigen Punkt, über die Entschädigungsfrage schweigt sich Herr Fehrenbach überhaupt aus. Dagegen ist er sehr wortreich über die innere Politik. Er hat es vorzüglich verstanden, dem Programm eine recht verständliche Form, besonders gegenüber den Arbeitern, zu geben. Nicht einmal die deutschen Volksparteiler, die während des Wahlkampfes so scharfe Kriegerstöße bliesen, kommen in ihm zum Wort. Es heißt da: „Verfassungsrechtliche Kämpfe müssen zurücktreten. Wir lehnen jeden Versuch der Aufstichung einer Klassenherrschaft ab. Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs; deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Klassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Der schreckliche Krieg im Innern darf nicht fortgeführt werden. Auf dem Boden der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des Staates wesentlich durchgeführt werden!“ Nun, die Verfassung von Weimar gibt der bestehenden Klasse Deutschlands die Möglichkeit, das aufzurichten, was Scheidemann in seiner Rede die Geldsack-Republik genannt hat und von ihr behauptet, daß sie kommen werde. —

Was dann besonders noch aus dem Programm hervorkommt, ist die fürberassliche Tendenz gegenüber der genitivistischen, die in der Weimarer Verfassung angekrebt wurde. „Die Eigenart der deutschen Stämme sollen geachtet und geschont werden.“

Die gegenwärtige Not der Zeit soll gebannt werden durch Sanierung der Reichsfinanzen, Fortsetzung der Steuerreform, Besserung der Ernährungslage, Besserung des Verkehrs, Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion, Kohlenförderung, Gesundheitspflege usw. usw.

Ob die Regierung Gelegenheit haben wird, dieses Programm durchzuführen, muß abgewartet werden. Es kommt aber nicht aufs Reden, sondern aufs Handeln an.

## Die Ausrückung der Deutschen Geldsack-Republik.

Berlin, 28. Juni.

Wenn es nach der früheren Aufmachung ginge, so wäre heute so etwas wie ein großer Tag im neuen Reichstag geworden. Die Tribünen waren überfüllt, im Saale gab es ein geschäftiges Hin und Her, auf den Regierung- und Bundesratsbänken saßen die Reichs- und Freikantons-Regierungsvertreter. Aber es kam anders. Statt einer feierlichen und erhebenden Sitzung mit großen und schwingvollen Reden gab es statt einer Erklärung der Regierung eine einblühende Rede Scheidemanns, die zum Ausdruck brachte, wie tolllos es mit der deutschen inneren und äußeren Politik bestellt ist. Über dem Saale lagerte eine bleierne Müdigkeit, in fast Gleichgültigkeit. Fast alle Zuhörer meckerten oder wispelten das Gefühl: Es hilft ja doch nichts! „Der Akt, den der neue Reichskanzler nach dem starken Mann ausstiebt, der kommen und Deutschland retten möchte, hat eigentlich die augenblickliche Lage und Stimmung, in der sich das deutsche Bürgerium befindet am klarsten zum Ausdruck gebracht.“

Das Bürgerium wird sich freilich auch daran gewöhnen, daß starke Männer a la Bismarck die heutigen Verhältnisse auch nicht mehr meistern können. Die Aufgabe ist unerbittlich gestellt: Ausrückung des Klassenkampfes bis zum Sieg über den Kapitalismus! Aber das ist es ja gerade, was das Bürgerium nicht will. Darum hat Herr Fehrenbach als seinen Hauptprogramm-Punkt die Bekämpfung des Klassenkampfes mit besonderem Nachdruck betont. „Der schreckliche Krieg darf im Innern nicht fortgeführt werden“, so hat Fehrenbach dem Reichstag zugerufen. Schön, einverstanden, dann aber erst Abschaffung der Soldnercharaktere, Befreiung der Zeitfreiwilligen und anderer sonstiger reaktionärer Einrichtungen, mit denen das Bürgerium die Weiblichkeit niederhält und abschafft. —

Nach der Rede des Kanzlers wurde die Sitzung vertagt. In der Nachmittags-Sitzung kam als erster der rechtssozialistische Führer Scheidemann zu Wort. Selbst wenn man die unangenehme Lage berücksichtigt, in der sich seine geschlagene Partei befindet, so hätte man aber doch eine andere Rede erwarten dürfen, als die, die Scheidemann obendrein vom Papiere abgelesen hat. Nur bei einem Sahe schien er innerlich etwas mitgeteilt zu werden, bei dem nämlich, seine Partei werde sich der Ausrückung einer deutschen Geldsack-Republik mit aller Macht entgegenstellen. Der Tor, merkt er denn nicht, daß die Geldsack-Republik schon da ist, und daß die sozialistische Regierung nur der äußere Ausdruck dafür ist.

Die albernen Stichworte, die seine Presse ihren Lesern über die Unabhängigen zuwarf, diese seien schuld, daß die Rechtssozialisten nicht in die Regierung eintreten könnten, benutzte Scheidemann zum Angriff auf unsere Partei. Schallende Beiseitfertigung unserer Fraktion beherrschte ihn, welchen Eindruck seine politische Repertoireweitsicht auf sie machte.

Etwas wirkungsvoller war seine Polemik gegen die Deutsche Volkspartei, deren Wortführer und Zeitungen die Rechtssozialisten im Wahlkampf als Zuhälter, Aneinanderhänger, Kellner von Spitzhosen usw. schmähten und dann nach dem Wahlkampfe zu den Geschäftsmännern hingingen und sie mit hochgehobenen Händen, wie Scheidemann versicherte, hielten, mit ihnen in die Regierung einzutreten.

Wie tief die rechtssozialistische Partei in den bürgerlich-politischen Sumpf verunken ist, zeigt die Lohhubel, mit der Scheidemann den Kanzler begrüßte und die ergebene Haltung, die die größte Fraktion des Reichstages der bürgerlichen Regierung gegenüber einnehmen will. In dem Sahe: „Die Rechtssozialisten rechnen damit, bald wieder in die Regierung einzutreten“, zeigt sich die Sehnsucht dieser Arbeiterführer nach Ministerstellen. Was Scheidemann sonst an dringlichen Aufgaben hervorhob, ging über den Rahmen bürgerlicher Sozialpolitik nicht hinaus.

Es war für den Genossen Ledebour leicht, die Scheidemannschen Angriffe auf unsere Partei als häßlich zurückzuweisen und zu zeigen, welche jämmerliche Rolle die Rechtssozialisten auch jetzt noch spielen. Mit Recht hob Genosse Ledebour hervor, unsere Partei habe keine Ursache, die Rolle der Rechtssozialisten zu spielen und mit in eine Koalitionsregierung einzutreten, wie Herr Scheidemann und die Seinen es gewünscht hätten. Die Unabhängige Fraktion sei vollständig darin einig gewesen, daß die Stellung der Parteileitung zur Regierungsbildung richtig war und ihrer Auffassung entspreche. Mit der Darstellung und dem dokumentarisch belegten Nachweise, daß heute in Deutschland die Arbeiter regieren, tief er den Reichswirtschaftsminister Gehler auf den Plan

Was dieser gegenüber den Bemerkungen Ledebours ausführen konnte, war schwächlich und nicht überzeugend. Besonders aber die Stelle in der Ledebourschen Rede über das freisprechende Marburger Urteil, nach den Schandblättern dieser Studenten, war so wirkungsvoll gewesen, daß die Bemerkungen Gehlers dagegen abfielen.

Auf Ledebour folgte der Deutschnationale, frühere preussische Finanzminister Serr. Mit besonderer Schärfe wandte er sich gegen die Demokraten. Die Betroffenen quittierten durch lebhaften Zuruf. Dann nahm sich der Redner auch die neue Regierung vor und fragte sie, warum sie die Noten noch nicht veröffentlicht habe. Der neugegebene Außenminister von Simons erwiderte, sie sollten schon morgen veröffentlicht werden.

Am Schluß der Sitzung brachte die Deutschnationale Fraktion den Dringlichkeitsantrag ein, der Reichstag solle beschließen, daß das Untersuchungsverfahren gegen den Abgeordneten Kerkhof niedergeschlagen werden solle. Für die Unabhängige Fraktion erklärte Genosse Ledebour, sie werde dafür stimmen. Der Antrag wurde dann an die Geschäftsordnungskommission verwiesen. Fortsetzung der Debatte Mittwoch, 1 Uhr.

## Politische Prozesse in Bayern.

In Bayern, der Hochburg der Reaktion, jagt ein politischer Prozeß den andern. Der „demokratische“ Justizminister Müller-Weinigen scheint seine vornehmste Aufgabe darin zu sehen, solange er noch auf seinem bereits bedenklich wackelnden Ministerstuhl sitzt, noch möglichst viele „Hochverrats“prozesse zu arrangieren. Die Dame Justitia hat in Bayern längst ihre Augenbinde abgelegt, damit sie sieht, wer auf der Anklagebank sitzt. Ist es ein Trabant der Reaktion, — wie im Falle der Münchener Gehelebmörder —, dann wirft sie rasch ein Gewand in die rechte Schale der Schicksalsschale, damit die Richter wissen, daß sie freisprechen oder eine lächerlich geringe Strafe zu verhängen haben. Steht aber ein revolutionärer „Hochverräter“ vor den Schranken des Gerichts, dann wird die andere Schale der Waage beschwert und eine schwere Festungs- oder Zuchthaus-, wenn nicht die Todesstrafe verhängt. So ist bei der bayrischen Justiz, getreu dem Worte des Lateiners: Fiat justitia, pereat mundus! (Gerechtigkeit gelte, mag auch die Welt untergehen!)

Die politischen Prozesse kommen innerhalb der bayerischen Grenzpfähle vor die sogenannten Volksgerichte, die aber nichts anderes sind als Ausnahmegerichte, gegen deren Urteil in keinem Falle Berufung an eine höhere Instanz möglich ist. Diese Ausnahmegerichte haben schon wiederholt Todesurteile gefällt, die alle bis auf eines vollstreckt wurden, teils von der sozialistischen, teils später von der bürgerlichen Regierung bestätigt. Nicht bestätigt wurde das Todesurteil gegen den Reichsmörder Kurt Eisner, gegen den Offiziers-Jüngling Graf Arco-Valles, der im Triumph von den Münchener Studenten vor dem Gerichtsgelände empfangen wurde. Das letzte Todesurteil wurde im sogenannten dritten Gehelemordprozeß vom Münchener Volksgericht am 12. Juni gefällt und am 14. an dem Metzger Heinrich Wallshäuser vollstreckt. Unser Münchener Bruderbrief bemerkt zu diesem Prozeß, in dem auch der zweite Angeklagte Rottler wegen Beihilfe zum Hochverrat an Lieben-Jahren-Zuchthaus verurteilt wurde:

„Im Verlaufe dieses Prozesses leuchtete Feuer auf, deren helles und blendendes Schein auch dem Vertrauensvollsten die Richter als das erkennen ließen, was sie in Wirklichkeit sind: die unbarmherzigsten Beauftragten und doch so armseligen Figuren einer Gesellschaftsklasse, deren Moral es zulaßt, dem 18ten Jahrtage des lebenden Mannes den Tod zu verhängen.“

In ganz Bayern sind Volksgerichte etabliert, jedes Provinzialgericht bekommt seinen Hochverratsprozeß, „Kerker“ von wenig Ausnahmen abgesehen, die „Gerechtigkeit“ mit dem „doppelten Boden“. In Memmingen, in Augsburg, in Rosenheim, in Würzburg; es ist immer das gleiche Bild. Vom Volksgericht in Hof wurden in den letzten sieben Wochen an mehreren Tagen in jeder Woche unsere Gefangenen teils einzeln, teils in Gruppen von 10 bis 15 Angeklagten wegen politischer Delikte verurteilt. Seit dem Zusammenbruch der Münchener Räterepublik nehmen die „Hochverratsprozesse“ in Bayern kein Ende mehr. Diese politischen Prozesse ohne Ende sind nichts anderes, als ein Rasch-Eisberg der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat, das für im April vorigen Jahres durch die Errichtung der Räterepublik viel schärfere Richte bereit hatte. Der Papiermangel erlaubt nicht, daß wir zu all den vielen bayrischen Prozessen im einzelnen Stellung nehmen. Wir wollen nur noch kurz berichten, daß auch der Freiseer G. Hornung vor wenigen Tagen vom Würzburger Volksgericht wegen Hochverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er sich bei Ausübung und während des Bestehens der Räterepublik in Bayern eifrig für diese betätigt hat. Die Anklage hatte natürlich wieder eine ganze Kolonne Beweissenszeugen gesendet (34 an der Zahl), wozu eine Reihe Zeugen der Verteilung abgehört wurden mit der Begründung, daß die Angelegenheit geltend gemacht sei. Es ist stets das gleiche Bräutigam. Was entstanden werden könnte, wird auf die Seite geschoben und die bestehenden Momente, mögen sie noch so fragwürdiger Art sein, werden aufs härteste unterzogen. So gelangt es dem Staatsanwalt fast stets, vor den famosen „Volksgerichten“ einen „Hochverrat“ zu konstruieren, wo keiner beanstanden würde, während die legalen Hochverräter im Ministerstuhl sitzen.

## Wie man Bilanzen „frisirt“.

Die Aktiengesellschaften verstehen es vorzüglich, ihre Bilanzen so aufzumachen, daß die Reingewinne viel niedriger erscheinen als sie tatsächlich sind. Der Fachausbdruck dafür heißt: die Bilanz „frisieren“. Die Straußwarenfabrik vorm. Max Segall in Berlin hat im Geschäftsjahre 1919 ihre Bilanz so „frisirt“, daß sie eine Dividende von nur 45 Prozent zu verteilen brauchte, trotzdem der Reingewinn bei einem Aktienkapital von einer Million nicht weniger als 683 200 Mark betrug, also 68 Prozent. Um den hohen Gewinn zu verkleinern, hat man zunächst 88 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen, dann 88 000 Mark, die im Reingewinn nicht enthalten sind, als Darlehen an die Herren Bankdirektor Koerner in Magdeburg, Kaufmann Max Bergmann in Berlin und Kaufmann Ulrich Ruprecht in Magdeburg verteilt, so daß jeder dieser Herren die Kleinigkeit von annähernd 29 000 Mark als Einlage in die Gesellschaften steckte. Bereits in Auftrag gebracht ist ferner die Tantieme für den Vorstand und die Angehörigen, die man in den 64 000 Mark betragenden Handlungsunkosten untergebracht hat und deren Höhe schamhaft verschwiegen wird. Die Tantiemesteuer, die die Herren hiervon abzugeben hätten, wird ebenfalls von der Gesellschaft getragen und ist ebenfalls in den Handlungsunkosten enthalten. Aber noch immer bliebe die Möglichkeit, eine Dividende von 85 Prozent zu verteilen. Um dies zu verhindern, werden zuerst, wie bereits erwähnt, 88 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Aber noch immer müssen 185 000 Mark untergebracht werden. Das tut man nun dem Wege der Kapitalverwertung. Man erhöht das Aktienkapital. Daß diese Erhöhung nur diesem Zwecke dient, geht daraus hervor, daß das neue, erst jetzt zur Auszahlung gelangende Kapital, bereits ab 1. Januar 1919 an der vollen Dividende teilnimmt, wodurch der Dividendenbetrag künstlich auf 45 Prozent herabgedrückt wird. Damit ist aber der Segen für die Aktionäre noch nicht erschöpft. Den alten Aktien werden die neuen Aktien, die bereits am 24. April eine 407 notierten, im Verhältnis von 10 zu 3 zum Kurs von 115 angeboten, was ein weiteres Geschenk von 87 800 Mark an die Aktionäre bedeutet. Die gesamten Abfrreibungen der Firma betragen nur 11 500 Mark. Diese sind

deshalb so niedrig, weil das Maschinen- und Werkzeugskonto nur noch mit rund 35 000 Mark zu Buche steht, also bereits vollständig abgeschrieben ist. Inmerhin betragen die Abschreibungen 33 1/2 Prozent. Käuft man die sonstigen Mittel fast ganz außer Betracht, dann ergibt sich, daß jede ihrer etwa 1300 Maschinen nur mit 18 Mark zu Buche steht.

In ähnlicher Weise sind die meisten Bilanzen zurechtgerichtet, damit die Öffentlichkeit von den tatsächlichen Gewinnen kein richtiges Bild bekommt und die Steuerbehörde um hohe Summen geprellt werden kann. Trotz ihrer Riesengewinne rufen die Unternehmer nach dem Lohnabbau.

## Kein Unabhängiger in Moskau.

Die Frankfurter Zeitung bringt die Meldung, daß bei der vorbereitenden Konferenz des geschäftsführenden Ausschusses der Kommunistischen Internationale in Moskau neben Vertretern anderer Länder Cahn und Proffard als Vertreter Frankreichs anwesend gewesen seien, außerdem ein Vertreter des linken Flügels der deutschen Unabhängigen.

Bekanntlich waren Cahn und Proffard zwecks Unterhandlungen — so bemerkt die Freiheit dazu — über den Anschluß ihrer Partei an die dritte Internationale in Moskau, dagegen sind Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands noch nicht in Moskau. Es gibt infolgedessen auch keinen Vertreter des „linken“ Flügels, der an den Sitzungen hätte teilnehmen können.

Die Meldung könnte höchstens darauf bestehen, daß Wilhelm Serr so in Moskau sein Domizil aufgeschlagen hat. Sollte er sich wirklich als Vertreter des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands bezeichnen, so hätte er das ohne jede Berechtigung getan. Denn wir haben Grund zu der Annahme, daß das kurze Gattel, das Serr so in unserer Partei ansetzt, ein für allemal zu Ende ist. Serr so ist kein Vertreter unserer Partei, denn es ist bekannt, daß das Zentralkomitee die Hamburger Parteiorganisation aufgefördert hat, Serr so von der Reichstagskandidatenliste zu streichen, und daß Serr so nach Enttrocknung dieses Briefes in Hamburg schleunigst verduftet ist, um weiteren für ihn unangenehmen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen.

## Polen und die „Freie“ Stadt Danzig.

Dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Verfassunggebenden Versammlung ist der polnische Entwurf für einen Vertrag, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen der polnischen Republik und der Freien Stadt Danzig regeln soll, übergeben worden. Nach Artikel 1 dieses Entwurfs liegt die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, die diplomatische und konsularische Vertretung, sowie der Schutz ihrer Staatsangehörigen in den fremden Ländern der polnischen Regierung ob. Artikel 3 lautet: Die Handelsflagge der Freien Stadt Danzig führen die Flagge der polnischen Handelsmarine. Laut Artikel 18 ist im inneren Dienst die Sprache der Behörden, der Gerichte und aller Organisationen der Freien Stadt Danzig und ihrer politischen Gemeinden diejenige, die von den beiderseitigen zuständigen Behörden der Freien Stadt Danzig und ihrer politischen Gemeinden angenommen ist. Es sind in gleicher Weise deutsch und polnisch zugelassen. Nach Artikel 20 ist Danzig verpflichtet, überall da eine polnische Volkspolizei zu gründen, wo mindestens 40 Kinder vorhanden sind, deren Eltern den Wunsch ausgesprochen haben, sie in polnischer Sprache unterrichten zu lassen. Nach Artikel 29 gehören die Gerichtsämter, die der Zuständigkeit des Reichsgerichts in Pölsig unterliegen, von nun ab vor die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes der polnischen Republik. Artikel 30 lautet: Polen hat das Recht, auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig alle notwendigen Maßnahmen in Bezug auf Militär- und Marinewesen zu treffen, um sein Landgebiet und seine Junglinge zum Meere wie auch das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu verschieben. Zu diesem Zweck hat Polen das Recht, auf besagtem Gebiet Militär- und Seestreitkräfte zu unterhalten, Befestigungswerke zu beschlagen und die militärischen Ausfälle auszuführen. Nach Artikel 39 werden die polnischen Behörden mit der Verwaltung und Aufsicht des Danziger Hafens mit allen Zugangswegen, Wasserstraßen, Docks usw. beauftragt. Nach Artikel 52 werden die Abgaben, Gebühren, und im allgemeinen alle indirekten Steuern im Gebiete der Freien Stadt Danzig nach den Grundgesetzen und denselben Taxen festgesetzt, verwallt und erhoben, wie im Gebiete des polnischen Staates. Falls die polnische Regierung für irgend eine Ware ein Staatsmonopol errichten würde, würde ein gleiches Monopol auf dieselbe Ware zugleich im Gebiete der Freien Stadt Danzig errichtet werden. Nach Artikel 53 ist das Geld der Freien Stadt Danzig polnisches Geld.

## Tschillerin über die Verhandlungen mit England.

Amsterdam, 24. Juni. Nach einer Neugucker Meldung sagte der russische Volkskommissar des Meubren, Tschillerin, in einer Rede, England luge in der Angelegenheit der Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetregierung Bedingungen durchzusetzen, die darauf hinauszielen, daß Russland alles zu geben habe, während England nichts dafür gebe. Die englische Regierung habe tatsächlich keine Zusicherungen dafür gegeben, daß der Handelsverkehr erduldet wieder aufgenommen werden solle, und es habe inzwischen die im Kriege mit Russland stehenden Zölle unterstellt. Ein Abkommen mit England sei nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglich.

## Kraffts Mission ge scheitert?

Aus London wird gemeldet: Die Comité-Regierung hat Krafft verurteilt, daß die englischen Forderungen nicht bewilligt und die englischen Firmen für den Schaden, den sie durch die Revolution erlitten haben, nicht entschädigt werden können. Ebensoviele könne das beschlagnahmte Eigentum zurückgegeben werden. Wenn die englische Regierung auf diesen Forderungen bestände, solle Krafft die Verhandlungen abbrechen und nach Russland zurückkehren. Lloyd George habe sich entschieden, Krafft vor Donnerstags, dem Tage seiner Abreise nach Brüssel, eine Unterbrechung zu gewähren. Das Blatt fügt hinzu, die Mission Kraffts sei praktisch gescheitert. Die Regierung von Moskau hätte keine Garantie hinsichtlich der Sicherheit der Waren und Produkte, die ausgeführt werden sollen, geben können.

## Tumulten in der italienischen Kammer.

Rom, 28. Juni. (I. U.) Die Kammerkammer am Sonnabend schloß mit einer wichtigen Ausnahmeverordnung über Albanien. Der Regierungsrat Boconi gab auf Einvernehmen ein Gesetz über die Ereignisse in Albanien, ohne zu erwähnen, wohin der Transport der meistenten Bergarbeiter bestimmt wäre. Die Sozialisten verlangten durch Zwangsmaßnahmen, daß die Regierung schuldig erkläre, daß die Regierung habe bereits erklärt, daß sie das Protektorat über Albanien nicht aufrechtzuerhalten und daß sie dem Lande die Unabhängigkeit gebe. Die Sozialisten riefen das Wahlsystem: Da Lonza, worauf Molitini antwortete: Andere Sozialisten stehen allerdings in Albanien und müssen sich dort gegen die Ungeheuer vertheidigen. Auch die Sozialisten könnten, wenn sie realer, nicht sagen, daß die Soldaten ins Meer geworfen werden. Daraus folgte ein Handgemenge zwischen den Sozialisten und den Bürgerlichen. Die Tribünen wurden geräumt.

Rom, 28. Juni. In der Kammer erklärte Giolitti noch, Italien könne nicht über Vatona aufgeben, bevor es nicht die volle Garantie dafür habe, daß diese Stadt von keinem Staate dazu benutzt werde, gegen Italien einen Überfall zu planen. Der Sozialist Modigliani erklärte namens seiner Partei, daß diese Ausföhrungen der Regierung nicht vollkommen befriedigend seien.

### **Zum Bohloft gegen Ungarn.**

Wien, 28. Juni. In den gestrigen Vorgesprechungen der Delegierten des Internationalen Gewerkschaftsbundes legte der Sekretär des Bundes Himmelsheim dar, der Internationale Gewerkschaftsbund habe bereits am 18. März seine Forderungen an die ungarische Regierung überreicht und die Möglichkeit eines Boykotts angekündigt. Die Aufsicht sowie die weiteren Telegramme des Gewerkschaftsbundes seien von der ungarischen Regierung nicht beantwortet worden. In den Berichten von Himmelsheim heißt es, der Boykott werde in allen Ländern lückenlos durchgeführt. Bei den weiteren Beratungen wurde eine einheitliche Auffassung über die Frage des Abbruchs oder der Verschärfung des Boykotts gegen Ungarn erzielt.

### **Immer noch deutsche Kriegsgefangene in Frankreich.**

Trotz der zahlreichen amtlichen Versicherungen werden in Frankreich noch Hunderte von deutschen Kriegsgefangenen festgehalten. In Vignion allein waren Mitte Mai d. J. über 500 Mann untergebracht. Es handelt sich dabei um Leute, die aus irgendeinem Grund mit den französischen Kriegsgerichten in Konflikt geraten sind. Kleine Lebensmittelbedürfnisse bei vergeblichen Nachforschungen oder Arbeitsverweigerung wegen schlechter Behandlung und schlechter Kost wurden als Staatsverbrechen gewertet und von den französischen Kriegsgerichten mit jahrelangen Gefängnisstrafen bestraft. Amnestie wurde auch nach Abschluß des Friedens nicht gewährt.

Die deutsche Regierung hat anscheinend nichts getan, was dazu führen könnte, auch diesen unglücklichen Opfern des Weltkrieges die langersehnte Freiheit wieder zu geben.

Wir verlangen, daß die Regierung alle gangbaren Schritte unternimmt, damit auch diese Unglücklichen der Unglücklichen baldigt ihren Leben wiedergegeben werden.

### **Kulturlosigkeit des französischen Militarismus in Deutschland.**

Der bayerische Militärkolos hat in den Jahren 1912-1914 etwa 4 Kilometer von der Stadt Kaiserslautern entfernt einen etwa 300 Hektar großen Exerzier- und Flugplatz nach den neuesten Erfahrungen angelegt. Jetzt verlangen die Franzosen auf den unmittelbar benachbarten Gemarkungen der Gemeinden Reulichen, Wehlungen und Weisenbach zu dem gleichen Zweck 1000 Morgen bestes Acker- und Weizenland. Alle bisherigen Vorstellungen und Bitten wurden abgelehnt.

Der Militarismus ist sich in seinem Wesen überall gleich. Er wirkt überall gleich kulturfeindlich und kulturzerstörend, ganz gleich, ob er in preussisch-deutscher oder englischer oder französischer Uniform auftritt. Er ist eben ein internationaler Geißel, zu dessen Bekämpfung sich das Proletariat aller Länder in seinem eigenen Interesse wie im allgemeinen Kulturinteresse zusammenschließen muß. Insbesondere muß aber gegen die Übergriffe des französischen Militarismus der schärfste Protest erhoben werden.

### **Deutschland.**

#### **Eine Forderung der Rechtssozialisten eingegangen.**

Die unsrer Münchner Parteipresse, meldet, stellt die Arbeiterbewegung, die zuerst in Kempten, dann als Kopfstadt in Augsburg erschien, ihre Forderungen ab 1. Juli vollständig ein. Welches Blatt folgt?

#### **Austritt eines Abgeordneten aus der K. P. D.**

Nach Meldung der Neuen Zeitung, dem Münchner K. P. D. Organ, ist der Schriftsteller Dr. Köhler aus der K. P. D. austritten. Er war als einziger Vertreter seiner Partei in den bayerischen Landtag gewählt worden.

#### **Die Wohnungsnot in Thüringen.**

Nach einer vom Sachsen-Weimarer Staatsministerium aufgestellten Statistik fehlen in Sachsen-Weimar 3500 und in ganz Thüringen 14 000 Wohnungen. Die Baukosten für die erforderlichen Neubauten würden sich für Sachsen-Weimar auf 70 Millionen und für ganz Thüringen auf 200 Millionen Mark stellen. Die mit 14 Prozent veranschlagte Mietssteuer würde für Sachsen-Weimar 25 Millionen und für ganz Thüringen 100 Millionen Mark ergeben. Daraus ist deutlich zu ersehen, daß mit den Mitteln, mit denen die bürgerliche Gesellschaft und ihre Regierung dem Wohnungselend feuern wollen, das Uebel nicht beseitigt werden kann, in Thüringen so wenig wie in übrigen Deutschland.

### **Kleine Auslandsnachrichten.**

#### **Auf den Spuren der deutschen Bahalisten.**

Aus Danzig meldet die Telegraphen-Union: Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, bereitet die Warschauer Regierung einen Geheimpakt vor, wonach den deutschen Grundbesitzern die Veräußerung ihres Grundbesitzes in deutsche Hände verboten werden soll. Selbst auf erbrechtlichem Wege wollen die Polen verhindern, daß der Grundbesitz eines Deutschen auf den eigenen Sohn übergeht.

Die Polen ahmen jetzt das nach, was ihnen die preussisch-deutschen Germanisierungsanstalten lange genug vorgemacht haben. Die deutschen Grundbesitzer, die jetzt die Maßnahmen der polnischen Regierung unangenehm empfinden, mögen sich des Sprüchleins erinnern: „Was du nicht willst, daß man dir tu...“!

#### **Das Programm der neuen norwegischen Regierung.**

Die Hauptpunkte in der Programmserklärung der neuen Regierung sind: Behauptung der außerordentlichen während des Krieges erteilten und noch in Kraft befindlichen Ausnahmemaßnahmen nur in den dringendsten Fällen, stärkere progressive Staatssteuer und einmalige Vermögensabgabe, Aufhebung aller unnötigen Beschränkungen des Gewerbolens, jedoch das Recht der Kontrolle, Erneuerung der Schiffsverkehrs- und Handelsverträge, Volksabstimmung in der Alkoholfrage, Maßnahmen gegen die Zerstörung, fortgesetzter Ausbau der sozialen Gesetzgebung unter Berücksichtigung aller Klassen, jedoch ohne Duldung ungesetzlicher Aktionen.

#### **Forderung nach Unabhängigkeit des Sudans.**

Nach einer Privatmeldung des Pariser Temps aus London verlangen die ägyptischen Nationalisten bei den Verhandlungen mit Lord Milner die Unabhängigkeit nicht nur für Ägypten, sondern auch für den Sudan.

#### **Auch Tunis fordert mehr Selbständigkeit.**

In Tunis haben die Genossenschaften der Eingeborenen, in erster Linie also die maurische und libische Bevölkerung, während der letzten Tage dem Bei Petitionen überreicht, in denen sie unter Hinweis auf die großen Opfer, die sie im Kriege gebracht hätten, den Erlaß einer Verfassung und eine Neuorganisation des Grund-

besitzes verlangen. Die französische Regierung hat gegenüber dieser Unabhängigkeitsbewegung Strafmaßnahmen eingeleitet.

### **Aufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland.**

Berlingste Abendzeitung bringt aus Rowno eine Mitteilung des amtlichen bolschewistischen Blattes Prawda über die Wiederaufnahme der Einfuhr nach Rußland. Die Einfuhr geht teilweise über Reval und teilweise über Petersburg. In beiden Städten seien große ausländische Warenmengen eingetroffen. Es seien Lieferungsverträge abgeschlossen über Lokomotiven, Senfen, Drechselmaschinen, Nähmaschinen usw. Vom 1. Juli an werde täglich ein Zug von Reval nach Petersburg und Moskau abgehen. In nächster Zeit seien aus Standhabsland und Amerika viele Lieferungen zu erwarten.

### **Nalandsfrage und Völkerbund.**

Auf die Note, die die schwedische Regierung in der Nalandsfrage an die Großmächte der Pariser Friedenskonferenz gerichtet hatte, liegt jetzt die Antwort vor. Die englische Regierung hat bei dem hohen Rat den Antrag gestellt, die Angelegenheit dem Völkerbund im Rahmen der Völkerbundsakte zu übergeben. Die übrigen alliierten Mächte, sowie die Schweiz, die dem Völkerbund bereits angehört, und Finnland, das den Anschluß an den Völkerbund beschlossen hat, aber noch nicht Mitglied ist, sind einverstanden damit. Natürlich ist man damit der Lösung der Nalandsfrage kaum näher gerückt, worüber man sich auch in Schweden ganz klar ist.

### **Zur Lage in Irland.**

Nach einer amtlichen Meldung aus London hat sich die Lage in Londonderry bedeutend gebessert, doch ruht das Geschäftsleben noch. Hier und da fallen noch vereinzelte Schüsse. In Ballinacorney, Riffree und Louth (?) wurden zwei Eisenbahnhäuser und Kraftwerke mit Waffenschau von bewaffneten Bänden angehalten. In Londonderry hat sich ein Versöhnungsausschuß gebildet, in dem alle Klassen der Bevölkerung vertreten sind.

### **Ueber die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.**

sagte Lord George im englischen Unterhaus in Erwiderung auf mehrere Anfragen, Deutschland werde eingeladen werden, dem Völkerbund beizutreten, wenn es den ersten Wunsch jenseit, die ihm nach dem Friedensvertrage obliegenden Verpflichtungen auszuführen.

Ende des italienischen Eisenbahnverkehrs. Wie aus Rom berichtet wird, haben in allen Eisenbahnzentren, in denen der Streik erklärt war, die Eisenbahner die Arbeit wieder aufgenommen. Der Güterverkehr wird in einer Woche wieder regelmäßig aufgenommen.

Der Völkerbundrat wird, wie aus London offiziell mitgeteilt wird, zur nächsten Versammlung in San Sebastian Ende Juni zusammentreten.

Stillelegung der schlesischen Schuhfabriken. Die Vereinigung der Schuhfabriken von Esch-Bohringen hat einstimmig beschlossen, die Fabrikation einzustellen, weil der Verkauf in den Detailgeschäften fast völlig aufgehört hat.

Verlegung des Sekretariats des zweiten Internationalen? Auf der in Scarborough eröffneten Konferenz der englischen Arbeiterpartei, an der 1100 Delegierte teilnahmen, sagte Camille Hussmann in einer Rede, er werde in Genf beantragen, daß das Internationale sozialistische Sekretariat nach London verlegt werde, weil der fünfjährige Mittelpunkt der Internationale in einem mächtigen Land mit einer mächtigen Partei liegen müsse.

Zur Bekämpfung der Typhusgefahr in Polen und dessen Nachbarländern fordert der Völkerbund in einem Aufruf alle Länder der Welt auf, Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Die britische Regierung bewilligte sofort einen Betrag von 50 000 Pfund Sterling unter der Bedingung, daß alle anderen Länder ebenso hohe Summen aufbringen würden.

Keine unbeschränkte Zulassung Deutscher in Belgien. Wie der Brüsseler Echo meldet, nahm der belgische Kammerauschuß einstimmig eine Resolution an, die sich gegen eine unbeschränkte Wiedereinführung deutscher Staatsangehöriger in Belgien für die nächsten fünf Jahre ausspricht.

Ein französischer Handelskammer für die Rheinlande ist nach einer Havana-Meldung aus Kolumbien mit Genehmigung des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des französischen Handelsministeriums gebildet worden. Die Handelskammer wird ihren Sitz in Paris haben, aber in den verschiedenen Rheinstädten Bureaus errichten.

Englische Vorhülle für den Wiederaufbau. Wie der Antwerpen Telegramm meldet, hat die englische Regierung die Ende März für Zweck des Wiederaufbaus und zur Überwindung der Not in Belgien 4 995 000, an Desterreich 3 794 000, an Rumänien 1 800 000, an Serbien 1 186 000 und an Polen 942 000 Pfund Sterling vorgeschossen.

Ein englisch-belgisches Abkommen über Ostafrika. Nach einer Meldung belgischer Blätter ist zwischen England und Belgien ein Abkommen über Deutsch-Ostafrika abgeschlossen worden, das den belgischen Kolonien nach den Grundrissen des freien Durchfuhrhandels unter Fortfall aller Zollschranken eine Verbindung mit dem Indischen Ozean durch Rußbarmachung der großen Eisenbahnlinie Dar-es-Salaam-Rigoma mit Abzweigungen an beiden Enden und durch Errichtung von Freihäfen eröffnet.

### **Gewerkschaftsbewegung.**

Weltliche Gewerkschaften und Munitionsherstellung. Das parlamentarische Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses hat beschlossen, einen besonderen Kongreß einzuberufen, der sich mit der Frage der Munitionsherstellung und Munitionstransporte nach Irland und Polen beschäftigen soll. Der Kongreß soll Anfang Juli in London stattfinden. Wahrscheinlich wird dabei auch die Frage des Sympathiestreiks und des Streiks oder Boykotts zu politischen Zwecken behandelt werden. Die Einladung der Vertreter des irischen Gewerkschaftskongresses ist bisher nicht vorgehen.

Der Kongreß wird für die gesamte Arbeiterbewegung Englands von großer Bedeutung sein. Er ist von einem Ausschuß des Arbeiter-Dreibundes angeregt worden. Die Bergarbeiter und Transportarbeiter sind in Sorge, daß der Kongreß zeitlich mit ihren Jahreskonferenzen zusammenfallen könnte, und sie verlangen infolgedessen eine andere Festsetzung des Datums.

#### **Reichs-Tarifverträge für technische Angestellte.**

Für die technischen Angestellten des Hoch- und Tiefbaugewerbes sind zwischen dem Bund der technischen Angestellten und Beamten einerseits, dem Reichsverband für das Deutsche Tiefbaugewerbe, dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dem Betonbau-Arbeitgeberverband für Deutschland andererseits Reichs-Tarifverträge abgeschlossen worden. Sie umfassen alle Hoch-, Tief-, Beton-, Eisenbeton-, Bauingenieur-, Vermessungstechniker, Architekten, selbständige Bauführer und Bauingenieure sowie die technischen Hilfskräfte ohne abgeschlossene Fachschulbildung. Die beiden Reichs-Tarifverträge sind Mantelverträge, in denen neben den allgemeinen Arbeitsbedingungen nur die Richtlinien für die Bestimmung durch Festlegung bestimmter Einkommensgruppen enthalten sind. Es müssen deshalb noch Bezugs-Tarifverträge abgeschlossen werden, in denen das Gehalt, die Dauer der Arbeitszeit und des Urlaubs je nach den örtlichen Verhältnissen geregelt werden soll. Im Hochbau-

werden fünf, im Tiefbau vier Gruppen von Angestellten unterschieden, deren Tätigkeit genau umschrieben ist, um die Einzelstellung in die Gruppen hinsichtlich zu erleichtern. Im Tiefbauvertrag sind für alle Gruppen besondere Dienstalterszulagen vorgesehen, während im Hochbauvertrag nur in Gruppe 1 und 4 eine Staffelung nach dem Lebensalter stattfindet. Konkurrenzklauseln werden in beiden Tarifverträgen für unfattig erklärt. Mit Angestellten in gehobener Stellung können aber Bedingungen über die Vertragsdauer hinaus vereinbart werden, wenn dafür vom Unternehmer eine Entschädigung gezahlt wird. Ein bedeutender Fortschritt besteht weiter darin, daß in beiden Verträgen das Erfinderrech der Angestellten anerkannt wird. Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Inhalt der Tarifverträge sehen schließlich beide Verträge ein gut durchgebildetes Schlichtungsverfahren vor. Die beiden Reichs-Tarifverträge werden von den vertragsschließenden Parteien dem Reichs-Arbeitsministerium zur allgemeinen Verbindlichkeits-Erklärung unterbreitet werden. Nähere Auskunft über beide Tarifverträge erteilt der Bund der technischen Angestellten und Beamten, Berlin NW. 52, Werlstraße 7, in Leipzig, Burgstraße 14.

#### **Die Steuerabgabe und die Hausangestellten.**

Keine der arbeitenden Bevölkerungsklassen wird von der Steuerabgabe so schwer betroffen wie gerade die Hausangestellten. Kein Verband hat so schwer kämpfen müssen, um eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Entlohnung seiner Mitglieder wie der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands. Noch heute bestehen Löhne von 80 Mk., 20 Mk., 15 Mk. im Monat, davon 20 Prozent Steuern in Abzug gebracht, bleiben 24 Mk., 16 Mk. und 12 Mk. für vier Wochen Arbeitsleistung. Es wird dies ein neuer Grund sein, diesem Beruf immer mehr den Rücken zu kehren. Wenn die Hausfrauen (Arbeitsgeberinnen) nicht den berechtigten Wünschen der Hausangestellten auf eine angemessene Entlohnung nachkommen. Der Zentralverband der Hausangestellten bemüht sich seit Ausbruch der Revolution unermüdet, für seine Mitglieder mit den Hausfrauen gemeinlich die Gehaltsfrage zu lösen. Die Hausfrauenorganisationen weigern sich, Tarife mit den Hausangestellten festzusetzen. Die Hausangestellten aber können sich bei den heutigen Verhältnissen nicht die notwendigen Kleidungsstücke anschaffen und laufen darum an vielen Orten der Armenpflege zur Last. Die Mächten, die allein in der Welt stehen und ihre Arbeitkraft voll in den Dienst des Haushalts stellen, empfinden dies als eine Entwürdigung und verlassen auch aus diesen Gründen den Beruf als Hausangestellte.

Wir rufen darum an alle Gewerkschaften die Bitte, in ihren Kreisen dafür Sorge zu tragen, daß alle dem Hausangestelltenberuf auswendigen Kolleginnen ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, anschließen. Nur durch eine mächtige Organisation wird es möglich sein, auch diesen Arbeiterinnen zu ihrem Recht zu verhelfen.  
Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands.  
Berlin SO. 18, Enckeufer 21, III.

### **Von Nah und Fern.**

#### **Retlung der Gefangenen beim Schiffsunglück auf der Rewa?**

Wie das Glaschows Daabndel aus Helsingfors gemeldet wird, beklagt sich die Meldung nicht, nach der beim Untergang eines belgischen Dampfers auf der Rewa 2000 Kriegsgefangene umgekommen sein sollen. Als Kriegsgefangene seien getötet worden.

#### **Eisenbahnunglück in Böhmen.**

Prag, 28. Juni. Gestern ließ ein von Lieben kommender Güterzug in der Station Böhmlisch-Prot auf einen Sonderzug zum Solot-Kongreß. Vier Wagen des Güterzugs und vier des Solot-Zuges wurden beschädigt, drei Personen getötet und 36 verwundet. Nach der Ueberführung ins Krankenhaus starben weitere zwei Personen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Friedrich Kluge in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anseratenteil: Friedrich Kluge, Vordorfer-Str. 10.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Sie Deine **Spende**  
**Grenz-Spende**  
für die **Volksabstimmung**  
dem Deutschen Schuhbund  
Annahmestelle:  
Banteln, Sparlaffen, Postkassentor 73 776.



Halt! - ruf da einer -  
wart einmal.  
vergiß mir ja nicht das Erdal!

# Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz  
Diese Nummer umfasst 24 Seiten.

# Grosse Demonstrations-Versammlungen gegen die Wohnungsnot

am Donnerstag, dem 1. Juli 1920

Mieter, Siedler, Volksgenossen und Arbeiter aller Bauberufe, erscheint in Massen. Es gilt die krassen Zustände im Wohnungswesen zu beseitigen.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**

**Gewerkschaftskartell.**

## U.S.P.D. Groß-Leipzig

Dienstag, den 29. Juni 1920, abends 7 Uhr:

### Partei-Versammlung

im Sanssouci, Esserstraße.

Tagesordnung: 1. Die neue Regierung und die Konferenz in Spa.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Seger.

2. Freie Aussprache.

Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches!

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch.

Der Hauptvorstand.

**Pa. schwarzen Stichtorf**  
beisträftige, lufttrockene Ware, markenfrei, pro Zentner  
Mk. 17.50 ab Lager, auch an Nichtangemeldete, bei  
**Herm. Lamprecht Nachf., L.-Kleinzschocher**  
Dieskaustraße 39.

**Achtung, Wiederverkäufer!**  
Rauchtabak, kein Heberes-Blattware, für 2500 Mfr.  
Zigarren in allen Preislagen — Zigaretten von all-  
bekanntesten Firmen zu Original-Fabrikpreisen  
Kautabak von Reuders  
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer  
**Richard Gottschalk, L.-Lindenau**  
Ufflandstraße 1a, Ecke Kleinschloßstraße — Telefon 33420

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 8428.  
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.  
Arbeitsnachweis: Mühlengasse 26, S. N., Tel. 617, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Achtung!

Achtung!

### Betriebsräte, Vertrauens- und Obmänner!

Mittwoch, den 30. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum rechts:

### Versammlung.

Tagesordnung:

Die Aufgaben der Betriebsräte und Obleute in unserm Berufe.

Vortrag des Genossen Schmidt. — Diskussion hierzu.

Da der Vortrag von allgemeinem Interesse ist, ist es Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, diese Versammlung zu besuchen. Die Ortsverwaltung.

Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches.

### Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartoffel-Grosshändler der Markthalle und des Grossmarktes.

Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Zimm. 9:

### Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Antwort der Unternehmer auf unsere Forderung.

2. Gewerkschaftliches.

Zu Inbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, vollständig zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind vorzubringen. Die Fachgruppenleitung.

### Sonderangebot für Gastwirte:

Chesterfeld . . . . . 52 Pfg.  
Biedmont . . . . . 49 Pfg.  
Amer. Virginia-Tabak, gold-  
gelb, Belindon, 100 g 9.50  
überfeinlicher  
Rauchtabak 100 g 5.80  
Pfeffer, Sophtenstr. 37, pt.  
Kein Laden.

**Vorzügliche  
Qualitäts-Zigarren**  
Zigarillos u. Zigaretten  
Becker, Kiebitzstr. 48  
Tabakfabrikate  
en gros (\*) en detail.

### Sautjucken

(Krätze)  
wirksames Spezialmittel.  
König - Salomo - Apoth.  
Leipzig.



### Spott

Windmühlentstr. 22

### = Billige = Lebensmittel!

Soeben eingetroffen:  
**la Salzheringe**

3 Pfd. 1.90

**Ger. Schellfisch**

aus freier Hand 2.90

ferner in feinsten  
Weißblechdosen:  
**Filotheringe**

Dose 1.90

**Gabelbissen**

Dose 1.90

**Frühstücks-  
heringe** Dose 1.90

**la Muscheln in Gelee**  
ausgew. Pfd. 1.60

### Reno-Neue Bewirtschaftung. Reno- viert. Café Reichspost L.-Lindenau

Empfehle meinen wertigen Gästen und Bekannten  
mein obiges Unternehmen und bitte um gütigen  
Zuspruch. Für aufmerksamste Bedienung ist gesorgt.  
Achtungsvoll Frau Selma verw. Doncke.

### Billige u. gute Schuhreparaturen

Herrnschuhen und -Absätze 35 Mk.  
Damenschuhen und -Absätze 25 Mk.  
Nebenarbeiten werden billigst berechnet.

Annahmestellen für Arbeiten:

Sans Friebe, L. Gohlis, Bismarckstr. 15, 5.

Wilhelm Friebe, Leipzig, Emilienstraße 3, III.

Karl Haegeler, L. Kleinzschocher, Antonienstr. 28, III.

Reinhold Klein, L. Connewitz, Emilienstraße 32, II.

Oskar Hoffe, Leipzig, Molitstraße 47, 5, I.

Max Schlauch, L. Gohlis, Magdeburger Straße 11.

Frans Börner, L. Stötteritz, Döhlhäuser Straße 93, I.

Ernst Grabow, Wahren, Lohbühlstraße 1, III, I.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dar-  
gebrachten Glückwünsche, Geschenke und Beibrungen  
sagen wir allen Verwandten, Freunden u. Bekannten,  
Mitarbeitern und Arbeiterinnen der Fa. Gebr. Wehmer  
sowie dem Gemischt-Chor des Sängerknaben-Großchors  
für das uns dargebrachte Ständchen unsern herzl. Dank.

Ernst Grabow, Hauptstraße 53, I.  
Arthur Kleine u. Frau Margarete Kleine geb. Bielewicz Eltern.

Nach schwerem Leiden, doch plötzlich und uner-  
wartet, verchied am Sonntag mein innigstgeliebter  
Gatte, unser lieber treuer Vater, Sohn,  
Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt

### Franz Raue

im 61. Lebensjahre. Sein Leben war reich an  
Arbeit — sein Schicksal unerleichtlich.

L. Thonberg, Bismarckstr. 6, III.

In tiefstem Schmerze

Aug. Anna Raue geb. Vogel

Kurt Raue, Willy Raue

Walter Raue.

Die Beerdigung findet Mittwoch, 30. Juni, nachm.

3 Uhr, von der Kapelle des Sühnhofs aus statt.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und  
den großen Blumenkranz bei dem schmerzlichen Verlust  
meines innigstgeliebten Mannes, unser treuer Vater,  
Bruder, Schwager, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel,  
sowie den Herren Gebr. Wehmer und dem Gemischt-  
Chor der Sängerknaben-Großchors, sowie dem Genossen  
Scheid für die tröstlichen Worte am Grabe und dem  
erhebenden Gelange unsern innigsten Dank aus.

Die aber, lieber Vater, ruhen wir ein Ruhe sanft in  
dein kühles Grab nach.

L. Connewitz, den 29. Juni 1920  
Die trauernde Witwe: **Emilio Hoppe**  
nebst Familie W. Kunze und Kinder.

Da es mit dem besten Willen nicht mög-  
lich ist, den ungeheuren Andrang zu den  
Vorstellungen zu dem

II. Teil der

im  
**„Königs-Pavillon“**  
bewältigen zu können, so gelangt von  
heute Dienstag, den 29. Juni  
bis  
Donnerstag, den 1. Juli  
der  
II. Teil  
(3 Akte, 2 Episoden)  
von  
**„Die Vampire“**

ausser im  
**Königs-Pavillon**  
Promenadenstrasse 8  
Fernruf 1927

auch im  
**Kasino-Lichtspiele**  
Neumarkt — Fernruf 19950  
zur Vorführung.  
Anfang 4 Uhr, Ende 1/2 11 Uhr.

**Welt-Theater** Nur noch 3 Tage!

Barfussgasse — (Am Markt) Fernruf 4870. Fernruf 4870.

**Harry Piel's**  
grösste Sensation, das spannende Detektiv- und  
Abenteurer-Drama: **„Das geheimnisvolle Telefon“** 5 Akte.  
Ferner: Das ergreifende 5aktige Drama  
**„Wenn Menschen heisse Tränen weinen“.**  
Anfang 4 Uhr.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Mt. Leipzig, Bezirk Ost: Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Goldener Ring, Glöcknerstraße 4, Wichtige Funktionärtsitzung.

Kreisrat: Mittwoch, den 30. Juni, abends 1/8 Uhr, Ortsklub und wer sich noch einschreiben lassen will in der Terrasse. Parteilegitimation mitbringen.

Bezug: Heute, abends 1/8 Uhr, Diskussionsabend im Alten Gasthof, Morgen, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärtsitzung in der Bibliothek. Volljähriges Erscheinen ist Pflicht.

Connexiv: In den Filialen des Konsumvereins und in den bekannten Gastwirtschaften liegen Listen aus, in welche sich alle die einschreiben wollen, die für eine sofortige Beschaffung einer öffentlichen Badeeinrichtung für den Ortsteil Connexiv ein Interesse haben. Die Petition mit den Unterschriften wird dem Rat der Stadt Leipzig zugehen. Schluß der Zeichnung ist der 12. Juli dieses Jahres.

Ortsvereins Tagung: Par.-Funktionäre Mittwoch, den 30. 6., abends Punkt 1/2 Uhr: äußerst wichtige Besprechung.

Karteilegitimate: Freitag, den 2. Juli 1920, abends 7 Uhr im Volkshaus, Zimmer 9, Verjammung. Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen.

Die Steuerpolitik in den Gemeinden.

Hätte ein Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie klare Richtlinien für die Stellung der Partei zur Steuerfrage geschaffen, oder hätte auch nur die Reichskonferenz der Gemeindevertreter, die im Frühjahr dieses Jahres stattfand, eine bestimmte Parole herausgegeben, so wäre damit der Partei viel gedient. Jetzt müssen sich die Parteigenossen in den Gemeinden ohne solche Richtlinien zurechtfinden, denn in den Gemeinden drängt die Frage zur Entscheidung. Die Gemeinden sind darauf angewiesen, sich neue Steuerquellen zu erschließen, und das können in der Hauptsache nur indirekte Steuern sein, da die hauptsächlichste direkte Steuer, die Einkommensteuer, vom Reich in Anspruch genommen ist. Die Gemeinden haben nur die Möglichkeit, die vom Reich freigelassenen Steuerarten zur Einkommensteuer heranzuziehen. Diese steuerfreien Teile sind aber das Existenzminimum, sie können, wenn sie überhaupt noch besonders zur Steuer herangezogen werden, nur geringe Ergebnisse bringen.

Sollen also unsere Parteigenossen in den Gemeinden indirekten Steuern zustimmen oder nicht? Die Gemeinden sind bankrott. Ihre Schuldenlasten sind durch den Krieg zehnfach gestiegen. Ebenso groß sind aber auch ihre Aufgaben und Ausgaben gewachsen. Ihre Einnahmen sind durch das Reich beschränkt. Das alles sind Folgen der Kriegspolitik. Die Schuldigen an den gegenwärtigen Zuständen in den Gemeinden sind die, die während des Krieges die Gemeindeverwaltungen beherrschten und die Kriegspolitik unterstützten haben. Diese trifft die Verantwortung. Aber mit dieser Feststellung ist noch keine Lösung gegeben für die Frage: Was soll nun werden? Auch der Hinweis, daß die Aufgaben der Gemeinden nur in der sozialistischen Gesellschaft gelöst werden können, sind keine befriedigende Antwort für die Parteigenossen, die in ihren Gemeindevertretungen die Mehrheit haben. Die Durchführung des Sozialismus ist eine Machfrage, die nicht von einer einzelnen Gemeinde gelöst werden kann. Wir wissen nicht, wie lange es noch dauern wird, bis das Proletariat in seiner Mehrheit seine historische Aufgabe, den Sozialismus zu verwirklichen, erkannt haben wird. Solange dem Proletariat das Bewußtsein für diese Aufgabe abgeht, solange ist auch nicht mit der Verwirklichung des Sozialismus zu rechnen. Bis zur Durchführung des Sozialismus können aber unsere Gemeindevertreter der Entscheidung über die Steuerfrage nicht ausweichen. Wir haben eine Anzahl Gemeinden, in denen unsere Parteigenossen in der Gemeindevertretung in der Mehrheit sind. Das sind verhältnismäßig nicht viel Gemeinden, aber es sind darunter einige der größten Städte. Auch diese Gemeinden leiden unter der Finanznot. Auch sie müssen versuchen, augenblickliche Steuerquellen zu erschließen, um wenigstens die dringendsten Aufgaben erfüllen zu können. Was sollen unsere Genossen in diesen Gemeinden tun?

Wo keine sozialistische Mehrheit in den Gemeinden besteht, dort werden die Gemeindeverwaltungen versuchen, ihre Finanznot durch Erhebung von indirekten Steuern zu lindern. Diese Gemeinden werden also mit oder gegen die Stimmen unserer Parteigenossen Geldmittel beschaffen. Wo aber unsere Parteigenossen in der Gemeindevertretung in der Mehrheit sind und prinzipiell jede indirekte Steuer ablehnen, dort werden die Gemeinden keine anderen Mittel haben, als die ihnen vom Reich oder Staat zuge-

wiesenen Anteile aus der Reichseinkommensteuer. Wollte man annehmen, daß unsere Parteigenossen in den Gemeindevertretungen alle indirekten Steuern grundsätzlich ablehnen, dann würde sich daraus notwendig ergeben, daß die Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit weniger Geld zur Durchführung der Gemeindeaufgaben aufwenden können, als die Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit. Was wäre die Folge davon?

Die Aufgaben der Gemeinden sind vorwiegend sozialer Natur. Eine bürgerliche Gemeindevertretung wird diese Aufgaben nicht in unserem Sinne lösen können und auch nicht lösen wollen. Aber ganz unbeachtet kann auch eine bürgerliche Vertretermehrheit heute die sozialen Aufgaben nicht beiseiteschieben. Ein Teil des Ertrages der indirekten Steuern müßte notwendig auch von bürgerlichen Gemeindevertretungen zur Lösung sozialer Aufgaben verwendet werden. Aber die Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit könnten noch nicht einmal soziale Aufgaben im gleichen Umfange wie die Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit lösen, weil sie durch die Ablehnung aller indirekten Gemeindesteuern weniger Geldmittel zur Verfügung hätten wie die Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit. Gewiß kann eingewendet werden, die sozialen Aufgaben der Gemeinde sind so gewaltig, daß die Mittel dazu überhaupt nicht durch indirekte Steuern gedeckt werden können. Das ist im allgemeinen richtig, aber für einen Teil der Ausgaben können die Mittel doch durch besondere direkte oder indirekte Steuern aufgebracht werden. Es bliebe dann nur die Frage, ob es zweckmäßig ist, auch diesen Teil der sozialen Aufgaben unerfüllt zu lassen oder nicht.

Die Baupläne der Stadt.

Wie oft hat nicht die unabhängige Fraktion im Stadverordnetenkollegium Vorwürfe gegen den Rat erhoben, daß er zur Linderung der Wohnungsnot nicht die erforderlichen Maßnahmen ergreife. Es scheint, daß der Rat zunächst einmal die Entwicklung des Baumarcktes abgewartet hat, um zu übersehen, ob die private Bautätigkeit stärker einsetzt. Durch dieses Zögern ist viel kostbare Zeit verloren gegangen. Die Bautischen sind inzwischen immer höher gestiegen und die private Bautätigkeit hat so gut wie völlig verjagt. So bleibt nichts anderes übrig, als daß die Stadt selbst neue Wohnungen baut. Der Rat hat denn nun auch endlich eine Vorlage über die Förderung des Wohnungsbaus fertiggestellt, von der man sagen kann, daß der Rat mit ihr zum erstenmal den Willen bekundet, kräftiger zuzugreifen. Im Jahre 1919 sind von der Stadt nur die Wohnungen der Siedlung Modau gebaut worden. Es sollen dort insgesamt 138 Wohnhäuser mit 680 Wohnungen entstehen, davon sind bis jetzt 198 Wohnungen bezogen, der Rest soll im Laufe des Sommers fertiggestellt werden.

Nach der Vorlage schlägt der Rat folgende Neubauten zum Teil in eigener Regie, zum Teil als Unterstützung geplanter Bauten von Gesellschaften vor:

1. Weiterbau der städtischen Siedlung in L.-Modau durch Ausführung weiterer 66 Einfamilienhäuser.
2. Errichtung von 12 zweigeschossigen Häusern mit je 4 Wohnungen, zusammen 48 Wohnungen, auf Gelände des Johannishospitals an der Beyerstraße in L.-Lindenau, unerwartet des Ausgleichs zwischen der Stadt und dem Johannishospital wegen des Grund- und Bodens.
3. Errichtung von 7 zweigeschossigen Häusern mit je 4 Wohnungen, zusammen 28 Wohnungen, auf städtischem Gelände an der verlängerten Hildebrandstraße in L.-Connexiv.
4. Bebauung der Baugelände Südstraße 111 mit einem Hause zu 13 Wohnungen. Dieser Bauplatz war bereits verkauft, ist aber infolge der durch den Krieg geschaffenen Lage von der Stadt wieder zurückgenommen worden.
5. Errichtung von 3 Wohnhäusern mit 27 Wohnungen auf dem Grundstück des Bauvereins zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig, e. G. m. b. H., an der Waldsaurstraße in L.-Schönefeld.
6. Bau von 3 Wohnhäusern mit 23 Wohnungen auf dem Grundstück der Baugenossenschaft für Eisenbahnbedienstete L.-Engelsdorf, e. G. m. b. H., an der Wurzer Straße in L.-Senftenberg.
7. Erbauung von 40 Einfamilienhäusern auf dem Erbbaugelände der Gartenstadt L.-Marienbrunn, G. m. b. H., in Marienbrunn.
8. Errichtung von 10 Einfamilienhäusern an der Schadowstraße in L.-Lindenau auf dem Gelände des Leipziger Spar- und Bauvereins, e. G. m. b. H.
9. Siedlung an der Tabakmühle, Errichtung von 14 Einfamilienhäusern auf städtischem Gelände in L.-Connexiv. Es handelt sich hier um den Versuch, den Wohnungsbau unter weitgehender Selbsthilfe der Siedler durchzuführen, so daß wir Wert darauf legen, diese Siedlung besonders zu betreiben.

Soweit die Grundstücke nicht städtisches Eigentum sind, sind sie nach Errichtung der Häuser in städtisches Eigentum zu überführen. Der Rat will jetzt in beschleunigtem Tempo handeln, er denkt bis zum Frühjahr 1921 300 neue Wohnungen zu errichten. Er will daher, ohne die Regelung der Baufostenzuschüsse durch das Reich abzuwarten, die Pläne unter 1 und 8 sofort in Angriff nehmen, dagegen will er die Pläne unter 2-8 erst nach Regelung der Baufostenzuschüsse durchführen. Das bedeutet immerhin eine

wesentliche Einschränkung des gesamten Projekts. In der Ratvorlage ist auch der Einbau von Wohnungen in vorhandene Wohnhäuser und die Beschaffung von Rohwohnungen und Rohunterkuffen durch Zuteilung und durch Ausbau vorhandener, bisher zu Wohnzwecken nicht benutzter Räume, sowie die Instandsetzung vorhandener Wohnungen vorgesehen. Nach der Vorlage scheint es, daß der Rat auch die „Wohnungsschufen“ beibehalten will. Es wird die Aufgabe der Stadtverordneten sein, die Einzelheiten der Vorlage genau zu prüfen und dafür zu sorgen, daß die Neubauten so schnell als möglich errichtet werden. An die Stadttaffe werden die Pläne sehr hohe Anforderungen stellen.

Moraliserei.

Zu dem Artikel in Nr. 117 vom 25. Juni, den wir unter der obigen Überschrift brachten, schreibt man uns aus Beamtenkreisen:

In Ihrer Nummer vom 25. d. M. schneiden Sie unter dem Titel „Moraliserei“ eine Frage an, die allerdings dringender weiterer Beachtung bedarf. Nur wird ein wirklicher Erfolg allein durch einen Antrag in der Volkskammer zu erreichen sein. Es ist höchste Zeit, daß auch Sachen mit diesem, jedem modernen Rechtsgefühl widersprechenden Zustande aufräumt, der sich als letzter Rest eines im übrigen völlig aufgehobenen Gesetzes, „die Bekämpfung fleischlicher Vergehungen“ betr. v. 8. 2. 34 noch erhalten hat, wobei übrigens sehr bezeichnend ist, daß diese angeblich aus moralischen Erwägungen hervorgegangene Bestimmung einen sehr materiellen Hintergrund hat, da die Polizeibehörden das Zusammenleben nicht verheirateter Personen verschiedenen Geschlechts (das sog. Konkubinat) nicht zu gestatten haben, damit diese nicht „durch Erzeugung unehelicher Kinder... den Ortsgemeinden zur Last fallen“. Jedem, der selbst in diesen Sachen gearbeitet und mit Widerwillen solche Verfügungen unterschrieben hat, ist übrigens bekannt, daß gerade diese Bestimmung eine Quelle niedrigster, meist anonymer Denunziation ist und so nicht zur Hebung, sondern zur Verminderung wahrer Sittlichkeit beiträgt. Uebrigens ist Sache meines Wissens der einzige deutsche Staat, der mit solchen Mitteln das Konkubinat zu bekämpfen sucht, natürlich ohne jeden praktischen Erfolg, der meist nur in großer Verbitterung der Betroffenen besteht, die durchaus berechtigt ist. Die Bestimmung dient aber auch weiter dazu, die Polizeibehörden zu veranlassen, sich noch mehr in private Angelegenheiten zu mischen, als dies an sich schon geschieht. Es ist mir von einem Kollegen ein Fall berichtet worden, wo die Polizei (welcher Ort, ist mir nicht mehr bekannt), auf Grund dieser Bestimmung sogar einem Liebespaar verboten hat, geschlechtlich miteinander zu verkehren! Dieser geradezu unerträgliche Aufwand, der Deutschland der Lächerlichkeit preisgibt, muß endlich einmal verschwinden. Er ist mit der modernen Auffassung und der Reichsverfassung schlechterdings nicht mehr vereinbar. Sie würden sich zweifellos ein Verdienst erwerben, wenn Sie die Sache in dieser oder jener Form weiter verfolgen würden.

Die Sommerferien der Sozialistischen Proletarierjugend Groß-Leipzig.

Der Drang des Jungproletariats nach der Organisation wird wieder mächtiger. Das bewies die Sommerferien der Sozialistischen Proletarierjugend Groß-Leipzig am vergangenen Sonnabend. Gegen 1200 junge Arbeiterinnen und Arbeiter sammelten sich um 1/8 Uhr auf dem Königsplatz. Wie taunte da der biedere Bürgermann, daß die Jugendlichen wagen konnten, am hellen Tage mit roten Mänteln den Fahnen durch die Straßen zu ziehen. Unter Wandlungen und Gesang, alter Kampfeslieder bewegte sich der Zug in bester Ordnung durch die weichen Vororte nach dem Leuzschersportplatz. Freudig sah mancher erwachsene Arbeiter die junge Schar und schloß sich ihr an, um die Jugend einmal zusammenzusehen. Als die Dunkelheit über dem Platz lagerte, schlugen die Flammen durch den Holzkof und beleuchteten den weiten Kreis. Da mag es auch in den jungen Herzen aufgestimmt haben. Gekochene und gefundene Worte sorgten dafür, alles zu einem stimmungsvollen Ganzen zu gestalten. In kurzer begeisterter Rede zeigte Genosse Dobbertagen unser Ziel und wies ein freudiges Echo. Ein munterer Regen spielte um die flinken Flammen.

Mandalinanzüge verlornten bald zum Tanzen. Zurschaen und Mädel drehten sich in frischen Volkstänzen und ließen die Jugend zu ihrem billigen Recht kommen. Da war echte Jugendfreude, nicht verhäßt durch falsche Ziererei. Lange Klang das Lachen und Jauchzen der jungen Menschen durch die Nacht. Noch konnten sie sich freuen, andern Tages schwirrt ihnen das monotone Surren der Maschinen um die Köpfe. Heute noch können sie leben, wie es die Jugend verlangt, sie haben ja noch Glanz in den Augen.

Und mit Glanz in den Augen wollen sie kämpfen. Das Proletariat braucht gute Erben seines Kampfes. Schon jamnerten die alten Ordnungshüter und versuchen, die arbeitende Jugend in „politisch neutralen“ Verbänden trauisch zu erhalten. Doch die Jugend merkt es. Sind es noch nicht stramme Parteigenossen, so lebt in ihnen der heiße Drang, sich gegen alles Unrecht und Unterdrückung zu wehren. Ihnen den Blick zu weiten und zu schärfen, das will die sozialistische Proletarierjugend. Dort ist der Platz für die arbeitende Jugend. Den Arbeiterkern zum Gedächtnis.

Der fehlende Freund. Im Mai dieses Jahres waren aus der Villa des Stadtrates Graf in der Beyerstraße ein Geldbetrag von 12000 Mk. sowie zwei Koffer mit Schmuckstücken im Gesamt-

Die Steine.

Von Konrad Loele.

Allerdings, diese beim Essen entstehende Appetitlosigkeit war in den mageren Kriegsjahren von Vorteil gewesen. Wie hätte er sonst satt werden wollen! Er hatte, obgleich er sich klar darüber war, mit seinen Bestrebungen in der Industrie zu sein, seine Ehe hineingesetzt, mit den von Staats wegen zugewiesenen Lebensmitteln auszukommen. Wenn das alle täten, könnte Deutschland niemals ausgehungert werden. Ohne den Notwehrbeitrag seiner Niemas, die gelegentlich Schleichhandelsware unterstach, wäre er längst mit seiner Familie Hungers gestorben. Auch so schickte nicht viel daran; denn er führte genaue Rasse, und nur, weil er den Betrieb des Antiquariats fast völlig seiner Frau überließ, war es dieser möglich, sich dann und wann ein paar heimliche Matzschneie zu verschaffen.

in der nächsten um so ungestillter durchzubrechen. Nun war sein Sohn ein Dlot. Das war ein Wink des Schicksals, der ihm befaßt, alle Kräfte und sein ganzes Vermögen an seine Sammlung zu legen. Sein Testament war gemacht, der größere Teil seines Vermögens mußte eine Unbeschaunfung werden, um die Sammlung zu erhalten und zu vermehren, das Zugeschachte seiner Frau reichte aus, diese sicherzustellen, ewig konnte doch dieser fürchterliche Sohn nicht leben.

aus dem Bette geholt und in eine Verfassung geschleppt; er hätte heinabe Prigel gefriegt. Die Arbeiter sind rohe Menschen, begütigte keine Frau. „Ja, dafür ist er ja auch von seinem Miniaturmonarchen festgen Angebens zum Professor gemacht worden. Das kann ich ihm nicht verzeihen,“ sagte Unbehaun heinabe verächtlich. Das vierjährige alldeutsche Geschrei des nunmehrigen Professors war ganz nach seinem Herzen gewesen; aber der verdamnte Fürstendienst, dieses untertänige Geschwänzel! Er war auch ein guter Patriot. Im Sinne Freiligraths. Er war freilich; ja noch mehr, er hatte in den sozialen Schriften von Lassalle herumgelesen und einmal bei einer Reichstagswahl sozialdemokratisch gestimmt. Die Ueberlieferungen der Familie erzählten von einem Grovater, der sich im Jahre 1848 staatsgefährlich aufgeführt haben sollte. Er hatte als Knabe die Begeisterung des Krieges von 1870/71 erlebt, die große Zeit, die trotzdem nicht alle Hoffnungen erfüllt hatte. Er war Republikaner, großdeutscher Einheitsstaatter, und träumte von einem Vaterland ohne Preußen, ohne Fürstentümchen, ohne Bureaokratie, aber voll hoher Ziele, waffenstarr und weltbeherrschend. Wie andern Völkern waren minderwertige Massen, heimtückisch und neidisch, die dermalin unter dem Germanenschwerte dahinsinken würden. Ja, unter dem Schwerte; denn es gab kein anderes Mittel. Diese Völker waren ja froh genug, sich nicht aus Vernunftgründen unter den deutschen Gedanken zu beugen: Er hatte, obzwar im übrigen ein Freigeist, göttliche Fügung in den Siegen der ersten Kriegsjahre gesehen, Hindenburgs Bild hing an einem Ehrenplatz in seiner Stube, neben dem berühmten Onkel, er hatte Kriegsanleihe gezehnet und die Heeresberichte mit täglich neuer Begeisterung gelesen.

werke von mehreren hunderttausend Mark gestohlen worden. Die beiden jüngeren Stubenmädchen wurden daraufhin in Haft genommen, während das ältere Stubenmädchen nur verhört wurde, weil es zur Zeit der Tat von der Frau Stadtrat gerade in eine Wäscherkammer geschickt worden war. Als Täter wurde ein 21jähriger Bolontier in Haft genommen, der mit den Räumlichkeiten der Villa sowie mit den Gewohnheiten ihrer Bewohner vertraut ist. Nach den Informationen der Verhaftung ist die Frau Stadtrat dem jungen Mann sehr gewogen, so daß er unbehindert im Hause ein und aus gehen und auch den Schlüssel zu dem Zimmerrahmen vom Wäschezimmer des Schlafzimmers an sich nehmen konnte. Das gestohlene Gut wurde im Schließfach einer hiesigen Bank, das sich der Bolontier gemietet hatte, wieder gefunden. Bekanntlich sah der junge Herr Graf seinerzeit auf der Tribüne im Stadtverordnetenssaal, um im Auftrage der Stadtverwaltung die Verhandlungen zu überwachen. Es wäre besser gewesen, der Herr hätte sich vor oder auf die Brillanten seiner Mama gefestigt, dort hätte er sich sehr nützlich gemacht, es wäre dann auch mancher falsche Verdacht nicht entstanden.

**Sammlungen für die vertriebenen Auslandsdeutschen.** Wie man uns mitteilt, findet in den Tagen vom 2. bis mit 6. Juli in Leipzig eine Straßen- und Hausausstellung zugunsten der vertriebenen Auslandsdeutschen statt. Das Ministerium hat den an der Sammlung beteiligten Kindern schulfrei gewährt. Bei der diesjährigen Sammlung bleibt die Hälfte der Gelder für die Unterstützung der Leipziger Auslandsdeutschen am Platze.

**Unterstützung in Neukadt.** (18. Volksschule.) Mittwoch, den 30. Juni, nachm. von 6 bis 8 Uhr, in der Schule. Beide Eltern haben das Wahlrecht. Wahlzettel sind mitzubringen. Die Eltern von Schülern, die ihre Kinder nach Neukadt in die Schule schicken, werden auf die Wahl aufmerksam gemacht. Wahlzettel nur die Liste der U. S. P.

**Die Elternwahl für die 32. Volksschule, Vorstraße 2/4,** findet heute Dienstag, den 29. Juni, abends von 8 bis 8 Uhr, im Lehrerzimmer statt. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Wohnungsschein ist mitzubringen. Jede Familie hat nur eine Stimme.

**Die Feuerwehre in Tätigkeit.** Am Freitagmittag wurde der öffentliche Feuerwehrtag der 1. und 2. Kompanie in Tätigkeit gesetzt. Die ausgerüstete Ostwache konnte leider den Täter nicht ermitteln. Ein Balkenbrand Pariser Straße 11 und ein Breitenbrunn Inselfstraße 14 konnten bald beseitigt werden. Zum Überheben wurde dreimal ausgerückt.

**Durch ein Großfeuer** wurde am 29. Juni, früh 1/2 Uhr, die Kaiserstraße Leipzig-Lindenau, Kaiserstraße, heimgeht. Es brannten in mehreren Stockwerken lagernde Futtermittel, sowie das Dach eines Hofgebäudes. Die mit zwei Löschzügen, West- und Hauptwache, ausgerückte Feuerwehre griff das Feuer mit vier Schlauchleitungen an. Nach vierstündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Die Ablösche- und Aufräumungsarbeiten nahmen noch längere Zeit in Anspruch. Die Entstehungsursache ist noch nicht genau festgestellt.

**Infolge des Gewittersturmes,** der sich gestern abend erhob, waren in der Lampe- und Torquar Straße je ein Baum abgebrochen und auf die Straße gestürzt. In der Eichenhofstraße drohte ein Esenkopf herabzustürzen. Die Feuerwehre beseitigte in allen drei Fällen jede weitere Gefahr. Kleinere Brände fanden am Bayerischen Bahnhof in einer Arbeiterstube sowie Sidonienstraße 47 statt.

**Schlachthof, Schwamm II.** Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hausaufgabe Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7,40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4,50 Mk. sowie dänischer Fleischbrühwürfel.

**Lebensmittellisten für Mittwoch, den 30. Juni.**  
Für Haushaltungen.  
Anmeldung: Fleisch: abzugeben Fleischmarkt W, Fleischmarkt 14 für Kriegsgefangene.  
Für Händler.  
Anstehend: Warenausgabe durch die sechs Lagerstellen.  
Graupen: Markenausgabe an den Obmann.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die Regierung und die Finanzen der Gemeinden.

Das sächsische Ministerium des Innern hat eine Verordnung herausgegeben, die die Bewährung von Vorkäufen an die Gemeinden aus Staats- oder Reichsmitteln zum Gegenstand hat. In der Verordnung sagt das Ministerium, daß ihm der Jammer der Gemeinden bekannt sei, denn tagtäglich laufen bei ihm Gesuche ein um Mittelbeschaffung, weil infolge der Steuererhöhung ohne staatliche Hilfe nicht mehr auszukommen wäre. Die sächsische Regierung habe wiederholt in nachdrücklichster Weise bei der Reichsfinanzverwaltung auf Gewährung von Vorkäufen an die Gemeinden auf den diesen zustehenden Anteil an der Reichseinkommensteuer gedrängt. Indessen ohne Erfolg. Deshalb bleibe nicht weiter übrig, als so rasch wie nur möglich die Steuerpflichtigen auf die Reichseinkommensteuer mit dem von diesen auf das Jahr 1919 entrichteten Betrag der Einkommensteuer heranzuziehen. Freilich werde dadurch das Taxumwachstum, das jetzt auf dem Steuergebiet herrscht, nicht vorzueinsparen. Soweit die Maßnahme der vorläufigen Steuererhebung nicht ausreiche, müßten die Mittel auf dem Wege des Realcredits beschafft werden. Neuerdings habe auf Drängen der sächsischen

So seufzte er in sich hinein und holte einen Kasten voll Halbedelsteine aus dem Nach, um die einzelnen Stücke in seinen Katalog einzutragen.

**Wahlrecht** wurde es fast in der Stube.  
„Das ist aber ein schlechtes Buch!“ sagte seine Frau freudlos und legte ein zerlesenes Exemplar eines russischen Romans, das sie als Kalkulatorkauf hatte, zur Seite. Dieses Wählen im Schmutz! Sowas ist auch nur von einem Russen möglich. Dafür haben sie nun auch ihre Bolschewisten.“

Warum ließt du auch solches Zeug! Nimm dir doch Gustav Freytag!

„Ach, das ist mir wieder zu langweilig. Gegen das tägliche Einerlei braucht man etwas Spannendes. Ubrigens, Gottlieb hat sich für nächstens angemeldet, ich freue mich schon, er sorgt wenigstens für ein bißchen Unterhaltung. Wenn ich nur wüßte, was ich ihm vorlegen könnte.“

Unbekannt brummte etwas in seinen Bart. Er kannte diese Besuche. Der Redakteur Uebermann, der in seinem Kleinstädtchen ein gottgefälliges Leben vor den Leuten führte, pflegte sich, wichtige Geschäfte vorübergehend, von Zeit zu Zeit in der Großstadt auszuüben. Um immerhin zu sparen, sah er dann bei seiner Schwester zu Mittag. Außerdem verfolgte er mit seinen Besuchen höhere Ziele. Die Sammelwut seines Schwagers machte ihm viele Sorgen. Schließlich hätte diese Leidenschaft noch Gnade vor seinen Augen gefunden; eine schöne Sammlung ließ sich gewinnbringend verkaufen. Aber Uebermann hatte dunkle Kenntnisse davon, daß diese Sammlung und vielleicht sogar Vermögensteile einmal der Allgemeinheit zugute kommen sollten. Das mußte verhindert werden! Eine so fetten Erbschaft verherzte man nicht freiwillig. Unbekannt war ja wohl verrückt mit seinen Vätern; sicher, er war nicht normal, dafür sprach ja auch dieser idiotische Sohn. Wenn man diesen Menschen nicht von seiner verkehrten Torheit überzeugen konnte, mußte man wenigstens Material sammeln, um ihn als wahnsinnig und unzurechnungsfähig hinzustellen. Selbstverständlich war Vorsicht nötig; nur die jarten Bande verwandtschaftlicher Liebe joggen ihn dazu, seine kostbare Zeit bei seinem Schwager zu verbrüden, und er veräumte niemals, dem Sohne Hans ein Spielzeug mitzubringen, einen Humpelmann, ein Biberbuch oder einen mechanischen Taubstocher.

**Kürzung der Brotration auch in Sachsen?**  
In verschiedenen Teilen Deutschlands sind in den letzten Tagen Unruhen ausgebrochen, weil es kein Brot oder solches nur in schauerhaftem Zustande gibt. Besänftigend teilt die Chemnitzer Volksstimme mit, daß nach ihrer Information an zuständiger Stelle in dem industriellen, dichtbevölkerten Sachsen, das auf Getreidezufuhr von außeruropäischen Gegenden angewiesen ist, dank einer vorläufigen Ernährungspolitik eine Brotalamität nicht zu befürchten sei. Die Zusammenfügung des Brotes ist allerdings auch in Sachsen sehr mangelhaft; doch ist immer noch ein gewisser Roggenmehlbestand vorhanden, der es zusammen mit dem Kartoffelüberfluß ermöglicht, über die sechs schwersten bevorstehenden Wochen hinwegzukommen.

**Zur Besoldung der Lehrer an den öffentlichen Fortbildungs- und Hilfsschulen.**  
Das Kultusministerium hat eine Verordnung über die Neuregelung der Besoldung der Lehrer in den öffentlichen Fortbildungs- und Hilfsschulen erlassen. In der Verordnung wird darauf hingewiesen, daß das neue Besoldungsgehalt die Einreihung der Schullehrer im allgemeinen nach Gruppe 7 vorzieht. Nach dem Dienstalter sind die 500 Dienstältesten nach Gruppe 9 und die nächsten 2500 Dienstältesten nach Gruppe 8 einzureihen. Da die einzelnen Gemeinden nicht in der Lage sind, diese Abfindung ihrer Lehrer nach dem Dienstalter vorzunehmen, tut es das Ministerium nach folgendem Verfahren: Zunächst sollen alle händigen Volks-

Lehrer vorbehaltlich der später vorzunehmenden Einreihung nach dem Dienstalter mit Rückwirkung vom 1. April 1920 ab, ihren Gehalt nach Gruppe 7, die hauptamtlichen händigen Schullehrer und Fortbildungsschullehrer in den ersten zehn Jahren die Besoldung nach Gruppe 7, von da ab nach Gruppe 8, die früheren Schuldirektoren nach Gruppe 9, die ständigen Nebelarbeits-, Hoch- und Haushaltungslehrerinnen und nicht seminarförmlich gebildete ständige Fachlehrer und Fachlehrerinnen nach Gruppe 6 ausgezahlt erhalten. Bei Festsetzung des Besoldungsstandes ist für alle ständigen Lehrer (auch für die, deren Anstellung vor dem Beginne des 27. Lebensjahres erfolgt ist) als Anfang der 1. des Kalendermonats anzunehmen, an dem das 27. Lebensjahr beginnt. Auch die Inhaber nichtständiger Stellen werden mit Beginn des 27. Lebensjahres genau wie die Inhaber ständiger Stellen nach Gruppe 7 besoldet. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Ortsklassen ergibt sich folgende Uebersicht nach Gruppe 7 des Besoldungsgehaltes:

in Ortsklasse A von	Gesamtbezug im 1. u. 2. Dienstjahr nach Vollendung des 27. Lebensjahres:	Netto im 17. Dienstjahre auf:
A	18 200 „	19 950 „
B	12 400 „	18 750 „
C	12 300 „	17 850 „
D	11 850 „	17 250 „
E	11 400 „	16 650 „

Von dem Gesamtbezug werden für freie Dienstwohnung 30 Prozent abgezogen. Die Kinderbeihilfen betragen einjährig 14, zweijährig 120 Mk., bis zum erfüllten 18. Lebensjahre jährlich 1000 Mark. Auf Grund einer an den Sachverhalt (Stadttr.) einzureichenden Liste und Aufstellung hat sofort die Ausschüttung der Besoldung, rückwirkend vom 1. April 1920 ab, durch die Schulkasse zu erfolgen unter ausdrücklicher Vorbehalt der Rückforderung überhöhter und der Nachzahlung zu wenig gezahlter Beträge.

**Rückst.** Von den beteiligten Gemeinden wird seit längerer Zeit wegen Verstellung einer Kraftwagenverbindung Mittweida-Rochitz-Zeitzahn verhandelt. Die Verhandlungen haben jetzt zu einem betrieblichen Resultat geführt. Die Einzahlung dieser Linie ist für diesen Herbst geplant. Eine Weiterführung nach Altenburg soll später erfolgen. Von Mittweida aus wird die Linie nach Dautschow-Freiberg weitergeführt.

**Blauen.** Im Walde bei Tiefenbrunn an der bairischen Grenze wurde der 16 Jahre alte Wirtschaftsgeliche Kurt Hummel aus Rauterbach bei Zeitz tot aufgefunden. Ob ein Verbrechen oder ein Unfälle vorliegt, ist noch nicht festgestellt. Der junge Mann war am Dienstage aus der elterlichen Wohnung fortgegangen, um Vieh einzutauschen. Der Unfall, das aber der Uhr und sonstigen Wertgegenständen auch ein Geldbetrag von 7000 Mark fehlt, läßt die Vermutung zu, daß ein Verbrechen vorliegt.

**Sachsen-Gebirge.** Wegen des Steuerabzugs legten hier sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. Nach Zurückzahlung des einbehaltenen Betrags durch den Unternehmer wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

## Reichstag.

3. Sitzung, Montag, den 28. Juni.  
Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Tribünen.  
Am Regierungstisch: Reichstanzler Fehrenbach, Dr. Feine, Koch, Simons, Wißig, Hermes, Giesberts, Gröner, Scholz, von Raumer, Straune.

Präsident Loebe teilt mit, daß der Abg. Erzberger (Zentr.) wegen Krankheit 4 Wochen Urlaub erbeten hat. (Beitrag.) Zu Schriftführern wurden gewählt: Frau Schuch (Soz.), Fischer-Berlin (Soz.), Frau Agnes (U.S.), Dr. Pfeiffer (Zentr.), Belle (Dem.), Komplex (Deutsche Volksp.), Weiermann (Deutsche Volksp.) und Matkewitz (Deutschkn.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer

### Erklärung der Regierung.

**Reichstanzler Fehrenbach:**  
Das Ergebnis der Wahlen zum ersten Reichstag für den neuen deutschen Freistaat spiegelt die Krise wider, in der sich unser öffentliches politisches Leben befindet. Der Volkswertung und der Regierung ist es sehr darum zu tun, trotz dieser Krise das Reichsschiff über Wasser zu halten, es zu steuern und vor dem Schiffbruch zu bewahren. Wenn gleich die Regierung wohl entschlossen an ihre Arbeit herantritt, so ist sie es in der Überzeugung, daß auch dieses hohe Haus von dem gleichen Verantwortlichkeitsgefühl getragen, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes erzieherisches Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird; bevor ich Ihnen die neue Regierungsliste mitteile, erachte ich mich für verpflichtet, der abgetretenen Regierung, namentlich den aus ihr austretenden Mitgliedern, voran meinem Herrn Amtsvorgänger den herzlichsten Dank des Vaterlandes auszusprechen. (Beifall.) (Der Reichstanzler verliest die Liste der Minister.) Das

**Programm der neuen Regierung.**  
das ich nunmehr Ihnen zu unterbreiten die Ehre habe, ist entsprechend den Artikeln 62 bis 68 unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hoherreue sicherweise ist dabei eine lädenlose Uebereinkimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder zutage getreten. Zahlreich sind die Aufgaben, die trotz aller parteipolitischen Zerklüftung und trotz der Schwierigkeit der Majoritätsbildung gelöst werden müssen und können, um die Grundlage für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unseres Volkes zu schaffen. Nicht wie ein glückliches Volk in gelunder und gehobener Wirtschaftslage können wir die Fragen unseres Lebens teilen, können wir an dem Aufbau des Reiches, des Wohnhauses unseres Volkes, treten. Schon daraus ergibt sich ein gewisses Maß von Kontinuität in der Führung der Politik der Republik. Die Konferenz in Spa teilt nahe bevor. Sie gibt mir Anlaß zu eigenen Ausführungen über die kühnere Politik des neuen Kabinetts. Alle Regierungsmaßnahmen in der auswärtigen Politik stehen im Zeichen des Vertrages von Versailles, der wie eine dunkle Wolke über unserm Vaterlande liegt. (Beifallige Zustimmung.) Nachdem er angenommen ist, kann es für die Reichsregierung keine andre Pflicht geben, als ihn, solange die ehemaligen öffentlichen Staaten ihn nicht ändern, nach allen Kräften zu erfüllen. Es gibt für uns keine andre Richtlinie als das Bestreben, ihn nach Möglichkeit völlig innewohnen, insbesondere die Verpflichtungen über die Herabsetzung unseres Heeres müssen, soweit es der inneren Ordnung und den Aufgaben der Grenzpolizei entspricht, schnell und ohne Hintergedanken durchgeführt werden. Nachdrücklich muß ich feststellen, daß auch die bisherige Regierung für die Durchführung des Versailler Vertrages mehr getan hat, als erwartet werden konnte. (Beifallige Zustimmung.) Wenn die Leistungen Deutschlands in der Durchführung des Vertrages systematisch herabgesetzt werden, so ist es Aufgabe der neuen Regierung, von Urprung an festzustellen, was Deutschland geleistet, abgetreten und hergegeben hat. (Sehr richtig!) Wenn trotzdem Ausstellungen an seinen Leistungen gemacht sind und wenn es den Vertrag nicht bis auf den Wortlaut erfüllen konnte, so liegt das nicht an Deutschlands bösem Willen, sondern an den Verhältnissen, die stärker gewesen sind als Deutschlands guter Wille. (Sehr richtig.)

### Kleine Chronik.

**Raummangel zwingt zu wiederholter Zurückstellung einer Anzahl Referate.**

**Meßias-Aufführung.** Der Nibelungenverein veranstaltet am Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Thomaskirche die öffentliche Hauptprobe seines 4. Akroestkonzertes und stellt einen Teil der Stücke a. 250 Mk. dem U. S. Z. zur Verfügung. Karten können in der Geschäftsstelle, Brautstraße 17, entnommen werden. Zur Aufführung kommt Händels „Meßias“, Oratorium für Soli, Chor, Orchester, Orgel und Cembalo.

**Städtische Theater.** Die Tagessitze des Operetten-Theaters ist ab Dienstag zum Vorverkauf wieder eröffnet. Begonnen wird am Mittwoch mit der Idealen Gattin, der am Donnerstag Schwarzwaldmädel folgt.

**Theater in der Elbstraße.** In Abänderung des Spielplanes wird die Russische Bahn wieder in das Repertoire aufgenommen und kommt am Mittwoch zur Aufführung. — Der Großstadtakademie wird am Dienstag zum letzten Male gegeben.

**Sozialistischer Abend und Besondere.** Der Bach-Händlerabend am Mittwoch um 1/2 8 Uhr im Auguste-Schmidt-Haus bringt Arien aus der Matthäus- und Johannes-Passion, sowie aus Händels Rinaldo und Samson; von Bach ferner das H-Moll-Konzert für Violine und Klavier, Präludium und Fuge aus dem wohltemperierten Klavier, von Händel das Largo für Violine, Gesang und Klavier, sowie eine Sonate für Violine und Klavier. **Leipziger Puppenspiele.** Meßplay — Hauptrestaurant. Spielplan vom 28. Juni bis 4. Juli: Täglich 4 Uhr „Roi et Pape“; 8 Uhr Die Zwergenlust bei Wolkenstein (historisches Schauspiel). — Als Nachspiel gelang in jeder Vorstellung das Marionetten-Variete zur Aufführung.

Die Besoldung der Lehrer an den öffentlichen Fortbildungs- und Hilfsschulen wird nach dem Dienstalter mit Rückwirkung vom 1. April 1920 ab, ihren Gehalt nach Gruppe 7, die hauptamtlichen händigen Schullehrer und Fortbildungsschullehrer in den ersten zehn Jahren die Besoldung nach Gruppe 7, von da ab nach Gruppe 8, die früheren Schuldirektoren nach Gruppe 9, die ständigen Nebelarbeits-, Hoch- und Haushaltungslehrerinnen und nicht seminarförmlich gebildete ständige Fachlehrer und Fachlehrerinnen nach Gruppe 6 ausgezahlt erhalten. Bei Festsetzung des Besoldungsstandes ist für alle ständigen Lehrer (auch für die, deren Anstellung vor dem Beginne des 27. Lebensjahres erfolgt ist) als Anfang der 1. des Kalendermonats anzunehmen, an dem das 27. Lebensjahr beginnt. Auch die Inhaber nichtständiger Stellen werden mit Beginn des 27. Lebensjahres genau wie die Inhaber ständiger Stellen nach Gruppe 7 besoldet. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Ortsklassen ergibt sich folgende Uebersicht nach Gruppe 7 des Besoldungsgehaltes:

in Ortsklasse A von	Gesamtbezug im 1. u. 2. Dienstjahr nach Vollendung des 27. Lebensjahres:	Netto im 17. Dienstjahre auf:
A	18 200 „	19 950 „
B	12 400 „	18 750 „
C	12 300 „	17 850 „
D	11 850 „	17 250 „
E	11 400 „	16 650 „

in Ortsklasse A	10 110 „	12 485 „
B	9 390 „	11 715 „
C	8 710 „	11 235 „
D	8 650 „	10 875 „
E	8 190 „	10 515 „

Von dem Gesamtbezug werden für freie Dienstwohnung 30 Prozent abgezogen. Die Kinderbeihilfen betragen einjährig 14, zweijährig 120 Mk., bis zum erfüllten 18. Lebensjahre jährlich 1000 Mark. Auf Grund einer an den Sachverhalt (Stadttr.) einzureichenden Liste und Aufstellung hat sofort die Ausschüttung der Besoldung, rückwirkend vom 1. April 1920 ab, durch die Schulkasse zu erfolgen unter ausdrücklicher Vorbehalt der Rückforderung überhöhter und der Nachzahlung zu wenig gezahlter Beträge.

**Rochitz.** Von den beteiligten Gemeinden wird seit längerer Zeit wegen Verstellung einer Kraftwagenverbindung Mittweida-Rochitz-Zeitzahn verhandelt. Die Verhandlungen haben jetzt zu einem betrieblichen Resultat geführt. Die Einzahlung dieser Linie ist für diesen Herbst geplant. Eine Weiterführung nach Altenburg soll später erfolgen. Von Mittweida aus wird die Linie nach Dautschow-Freiberg weitergeführt.

**Blauen.** Im Walde bei Tiefenbrunn an der bairischen Grenze wurde der 16 Jahre alte Wirtschaftsgeliche Kurt Hummel aus Rauterbach bei Zeitz tot aufgefunden. Ob ein Verbrechen oder ein Unfälle vorliegt, ist noch nicht festgestellt. Der junge Mann war am Dienstage aus der elterlichen Wohnung fortgegangen, um Vieh einzutauschen. Der Unfall, das aber der Uhr und sonstigen Wertgegenständen auch ein Geldbetrag von 7000 Mark fehlt, läßt die Vermutung zu, daß ein Verbrechen vorliegt.

**Sachsen-Gebirge.** Wegen des Steuerabzugs legten hier sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder. Nach Zurückzahlung des einbehaltenen Betrags durch den Unternehmer wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

## Reichstag.

3. Sitzung, Montag, den 28. Juni.  
Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Tribünen.  
Am Regierungstisch: Reichstanzler Fehrenbach, Dr. Feine, Koch, Simons, Wißig, Hermes, Giesberts, Gröner, Scholz, von Raumer, Straune.

Präsident Loebe teilt mit, daß der Abg. Erzberger (Zentr.) wegen Krankheit 4 Wochen Urlaub erbeten hat. (Beitrag.) Zu Schriftführern wurden gewählt: Frau Schuch (Soz.), Fischer-Berlin (Soz.), Frau Agnes (U.S.), Dr. Pfeiffer (Zentr.), Belle (Dem.), Komplex (Deutsche Volksp.), Weiermann (Deutsche Volksp.) und Matkewitz (Deutschkn.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer

### Erklärung der Regierung.

**Reichstanzler Fehrenbach:**  
Das Ergebnis der Wahlen zum ersten Reichstag für den neuen deutschen Freistaat spiegelt die Krise wider, in der sich unser öffentliches politisches Leben befindet. Der Volkswertung und der Regierung ist es sehr darum zu tun, trotz dieser Krise das Reichsschiff über Wasser zu halten, es zu steuern und vor dem Schiffbruch zu bewahren. Wenn gleich die Regierung wohl entschlossen an ihre Arbeit herantritt, so ist sie es in der Überzeugung, daß auch dieses hohe Haus von dem gleichen Verantwortlichkeitsgefühl getragen, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes erzieherisches Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird; bevor ich Ihnen die neue Regierungsliste mitteile, erachte ich mich für verpflichtet, der abgetretenen Regierung, namentlich den aus ihr austretenden Mitgliedern, voran meinem Herrn Amtsvorgänger den herzlichsten Dank des Vaterlandes auszusprechen. (Beifall.) (Der Reichstanzler verliest die Liste der Minister.) Das

**Programm der neuen Regierung.**  
das ich nunmehr Ihnen zu unterbreiten die Ehre habe, ist entsprechend den Artikeln 62 bis 68 unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hoherreue sicherweise ist dabei eine lädenlose Uebereinkimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder zutage getreten. Zahlreich sind die Aufgaben, die trotz aller parteipolitischen Zerklüftung und trotz der Schwierigkeit der Majoritätsbildung gelöst werden müssen und können, um die Grundlage für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau unseres Volkes zu schaffen. Nicht wie ein glückliches Volk in gelunder und gehobener Wirtschaftslage können wir die Fragen unseres Lebens teilen, können wir an dem Aufbau des Reiches, des Wohnhauses unseres Volkes, treten. Schon daraus ergibt sich ein gewisses Maß von Kontinuität in der Führung der Politik der Republik. Die Konferenz in Spa teilt nahe bevor. Sie gibt mir Anlaß zu eigenen Ausführungen über die kühnere Politik des neuen Kabinetts. Alle Regierungsmaßnahmen in der auswärtigen Politik stehen im Zeichen des Vertrages von Versailles, der wie eine dunkle Wolke über unserm Vaterlande liegt. (Beifallige Zustimmung.) Nachdem er angenommen ist, kann es für die Reichsregierung keine andre Pflicht geben, als ihn, solange die ehemaligen öffentlichen Staaten ihn nicht ändern, nach allen Kräften zu erfüllen. Es gibt für uns keine andre Richtlinie als das Bestreben, ihn nach Möglichkeit völlig innewohnen, insbesondere die Verpflichtungen über die Herabsetzung unseres Heeres müssen, soweit es der inneren Ordnung und den Aufgaben der Grenzpolizei entspricht, schnell und ohne Hintergedanken durchgeführt werden. Nachdrücklich muß ich feststellen, daß auch die bisherige Regierung für die Durchführung des Versailler Vertrages mehr getan hat, als erwartet werden konnte. (Beifallige Zustimmung.) Wenn die Leistungen Deutschlands in der Durchführung des Vertrages systematisch herabgesetzt werden, so ist es Aufgabe der neuen Regierung, von Urprung an festzustellen, was Deutschland geleistet, abgetreten und hergegeben hat. (Sehr richtig!) Wenn trotzdem Ausstellungen an seinen Leistungen gemacht sind und wenn es den Vertrag nicht bis auf den Wortlaut erfüllen konnte, so liegt das nicht an Deutschlands bösem Willen, sondern an den Verhältnissen, die stärker gewesen sind als Deutschlands guter Wille. (Sehr richtig.)

### Kleine Chronik.

**Raummangel zwingt zu wiederholter Zurückstellung einer Anzahl Referate.**

**Meßias-Aufführung.** Der Nibelungenverein veranstaltet am Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Thomaskirche die öffentliche Hauptprobe seines 4. Akroestkonzertes und stellt einen Teil der Stücke a. 250 Mk. dem U. S. Z. zur Verfügung. Karten können in der Geschäftsstelle, Brautstraße 17, entnommen werden. Zur Aufführung kommt Händels „Meßias“, Oratorium für Soli, Chor, Orchester, Orgel und Cembalo.

**Städtische Theater.** Die Tagessitze des Operetten-Theaters ist ab Dienstag zum Vorverkauf wieder eröffnet. Begonnen wird am Mittwoch mit der Idealen Gattin, der am Donnerstag Schwarzwaldmädel folgt.

**Theater in der Elbstraße.** In Abänderung des Spielplanes wird die Russische Bahn wieder in das Repertoire aufgenommen und kommt am Mittwoch zur Aufführung. — Der Großstadtakademie wird am Dienstag zum letzten Male gegeben.

**Sozialistischer Abend und Besondere.** Der Bach-Händlerabend am Mittwoch um 1/2 8 Uhr im Auguste-Schmidt-Haus bringt Arien aus der Matthäus- und Johannes-Passion, sowie aus Händels Rinaldo und Samson; von Bach ferner das H-Moll-Konzert für Violine und Klavier, Präludium und Fuge aus dem wohltemperierten Klavier, von Händel das Largo für Violine, Gesang und Klavier, sowie eine Sonate für Violine und Klavier. **Leipziger Puppenspiele.** Meßplay — Hauptrestaurant. Spielplan vom 28. Juni bis 4. Juli: Täglich 4 Uhr „Roi et Pape“; 8 Uhr Die Zwergenlust bei Wolkenstein (historisches Schauspiel). — Als Nachspiel gelang in jeder Vorstellung das Marionetten-Variete zur Aufführung.

haltende lebhaft Zustimmung.) Zu diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das unter unsern Gegnern immer noch gegen Deutschland herrscht. (Sehr wahr!) Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, alle unsere Gegner davon zu überzeugen, daß im deutschen Volke machtpolitische Träume und Kennzeichen um so weniger Boden finden, je ernstlicher man ihnen entgegentritt, und daß jeder gute Deutsche keine wichtigere Aufgabe kennt, als das, was der Krieg zerstört hat in ruhiger und friedlicher Arbeit wieder aufzubauen. (Sehr wahr!) In dieser Aufgabe fühlen wir uns als Arbeitsgenossen aller Völker, die mit uns im Kriege waren, und wir wissen, daß von uns als von dem im Kriege Unterlegenen besonders harte Arbeit zu leisten sein wird.

Wir müssen wirtschaftlich und politisch wieder leistungsfähig gemacht werden. Die unruhigen Zustände im Osten, die Unsicherheit unserer Lage im Innern verzögern und hemmen den Wiederaufbau. Auch in den ehemals feindlichen Ländern sind neuerdings Stimmen laut geworden, die ein Verständnis dafür beweisen, daß wir, um Schäden wieder gutmachen zu können, zunächst selbst zu einer erhöhten, gegen Anruhe und Unordnung geschützten Produktion gelangen müssen. (Sehr wahr!) Diese Stimmen geben uns Grund zu der Zuversicht, daß jeder Gedanke auf der Konferenz in Spa Wiederhall finden wird, und daß es dort in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, gangbare Wege zu finden. Dem Ziele der Wiederaufrichtung von Handel und Verkehr passen wir auch unsere innere Politik an. Unsere vornehmste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der republikanischen Staatsform weiterzuführen, ist der einseitliche und feste Wille der Regierung. (Bravo!) Alle Parteien fordern wir auf, in einer Zeit, in der es um Leben und Sterben des deutschen Volkes geht, in der auswärtige, wirtschaftliche und Finanzfragen unsere gesamten Kräfte in Anspruch nehmen müssen, verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir lehnen jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft (Zuruf bei den U. Soz.: Die besteht ja) ab. (Lebhafte Bravo!) Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs. (Zuruf bei den U. Soz.: der Ausbeutung.) Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhass, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. (Andauernde Anruhe und Zurufe bei den U. Soz.) Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Befreiung der nicht reipolitischen Arbeiter wird bei uns die persönliche Tätigkeit, nicht die Parteigehörigkeit sein. (Lebh. Bravo.) Von den Parteien erwarten wir, daß sie gewillt sind, die Tätigkeit der Regierung in gemeinsamer Tätigkeit zu unterstützen. Das, was vor allem nützlich ist, Ruhe und Arbeit in unserm Staatswesen (sehr richtig!), die nur von der Achtung vor der Autorität der Regierung getragen werden kann. Ohne diese kann kein Staat und kein Volk bestehen. — Wer hätte angelehnt der furchtbaren Kräfte des Volkes einen Bürgerkrieg verantworten. (Andauernde Zurufe links.) Die Macht der politischen Meinungen, Waffen des Geistes, andere Waffen wird die Regierung nicht kennen. Dem Appell an die Gewalt wird und muß sie nach allen Seiten tatkräftig entgegen treten. (Lebh. Bravo!)

Auf dem Boden der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des Staatswesens herbeigeführt werden. Die Neuordnung des gesamten Budgets, der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die Ausgestaltung des Rechts der Beamten, die Einsetzung höchster Gerichte als Hüter der Verfassung und der Grundrechte der Deutschen wird die Regierung und den Reichstag in nächster Zeit in reichem Maße beschäftigen. (Zuruf b. d. U. Soz.: Wo bleibt die Aufhebung der Militärdiktatur?) Warten Sie doch ab! (Zuruf b. d. U. Soz.: Wir können aber nicht mehr warten!) Der Wiederaufbau, dem die Regierung in erster Linie dienen will, muß sich auf alle Gebiete der Volkswirtschaft und der Verwaltung erstrecken. Neben den gerechten Ansprüchen des Volkes auf Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse sollen die Aufgaben nicht vernachlässigt werden, die aus jahrhundertelanger Geistesarbeit deutscher Kunst und Wissenschaft erwachsen. (Beifall.) Der Fortschritt der deutschen Wissenschaft muß abgeholten werden. (Beifall.) Bei ihrem Vorgehen wird die Regierung sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß der Wiederaufbau auf den mannigfachen Gebieten zwar eine kraftvolle und einheitliche Einheitspolitik in den Grundfragen erfordert, daß aber die Ausgestaltung und Durchführung dieser Grundzüge bis in Einzelheiten nicht Sache des Reiches sein darf. (Beifall rechts.) Vielmehr den Ländern im Rahmen der Reichsverfassung Freiheit der Entwicklung gewährt und geschaffen werden soll. Einer Überdehnung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. (Beifall rechts u. im Zentr.) Achtung und Schonung der Eigenart der deutschen Stämme wird die Reichsregierung auch den Anregungen zu Zusammenschlüssen und zur Umformung von Ländern und Landesteilen folgen und den Willen der Bevölkerung in den beteiligten Gebieten als Richtschnur anerkennen, soweit kein überwiegendes Reichsinteresse dem entgegensteht. (Beifall im Zentr. u. d. W. P.) Die Abstimmung, die in Westpreußen und Oberschlesien entscheiden soll, steht vor der Tür. Die Reichsregierung und das deutsche Volk hegen die feste, unerschütterliche Zuversicht, daß die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Gesinnung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache herbeiführen wird. (Lebh. Beifall.) Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zuruf b. d. U. Soz.: Schwindel.) Der Entwurf des Gesetzes über die in der Verfassung vorgesehene Aufhebung der Militärdiktatur liegt dem Reichstag bereits vor. (Beifall links.) Der Wiederaufbau steht in Wechselwirkung mit der Befreiung der zerstörtesten Reichsfinanzen. Die unaufgeklärte Steigerung unserer schwebenden Schuld drückt die Kaufkraft unseres Geldes, verringert unsern Kredit und treibt die Preise in schwindende Höhe. Handel und Gewerbe, Wirtschaft und Arbeit sind durch diese Entwertung aufs schwerste gefährdet. Darum muß die Sanierung des Reichsfinanzen mit allem Nachdruck gefördert werden. Dazu bedarf es einer großen Masse von Pflichtbewußten im ganzen Volke. (Beifall.) Wir sind noch nicht zu Ende mit unserer Reformarbeit. (Heiterkeit u. Zurufe: Reform!) Raum ist im Steuerwesen eine nicht unwesentliche Verbesserung erzielt worden, da tut sich ein neuer Abgang auf in den Betriebsverwaltungen des Reichs. Die Post hat ein Defizit von einer Milliarde, die Eisenbahn von über 15 Milliarden. (Hört, hört! u. Bewegung.) Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Die Gefahr des bedingungslosen Heranzuwachsens unserer Schuld wird durch die vielfachen Veruche erhöht, die Steuern zu hinterziehen und zu sabotieren. Steuerabotage ist in diesem kritischen Augenblick ein Verbrechen an deutschem Volke. Wie die volkswirtschaftliche Grundlage unserer Reichsfinanzen wird umgekehrt auch hier der Sanierungsprozeß gefördert durch die Wiederbekämpfung unserer Gütererzeugung. Unsere einzige Rettung liegt in der Hebung unserer Gütererzeugung, die ständig wächst und unerlässlich mit allen Kräften gefördert werden muß.

In einzelnen Teilen des Reichs sind wegen unzureichender Versorgung bereits ernste Anruhen entstanden. Nur mit Hilfe einer erheblichen Einfuhr wird es gelingen, die ungeheure Knappheit an Brotgetreide fernzuhalten. Die Kartoffelversorgung ist infolge ausländischer Einfuhr und vermehrter Ablieferung aus der Heimat gegenwärtig verhältnismäßig befriedigend. Die öffentliche Fleischversorgung mühte in den letzten Monaten aus den Lieferungen des Auslandes hergeleitet werden. Doch kann der Gesamtbedarf in Sachsen, im Rheinland und andern Industriegebieten nur zum Teil gedeckt werden, selbst mit Gemüße in der verhältnismäßig günstigen Jahreszeit. (Zuruf b. d. U. Soz.: Verkaufte Anruhe.) In die Aufrechterhaltung unserer Ernährung müssen sehr große Zufuhren von Lebensmitteln aus dem Auslande eingebracht werden. Wollen wir die wirtschaftliche Wiedergeburt, so genügt es nicht, das Volk auf die bisherigen dürftigen Rationen weiter zu beschränken. Unser Bestreben muß in der nächsten Zeit auf größtmögliche Steigerung der Lebensmittelfuhr gerichtet sein, um eine Verbesserung der Ernährung herbeizuführen und die unbedingt nötigen Reserven anzulegen. Eine Besserung unserer

Versorgung darf besonders von der besonnenen Förderung der Landwirtschaft erwartet werden. (Zurufe b. d. U. Soz.: Anruhe.) Allerdings kann heute die Förderung auf völlige Wiederherstellung des freien Verkehrs für die wichtigsten Nahrungsmittel noch nicht erfüllt werden. Es kann nur ein planmäßiger Aufbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion gerecht wird und dem freien Handel die Möglichkeit gibt, eine bessere und billigere Versorgung herbeizuführen. (Beifall.) Auf diese Weise wird dem Schleber- und Wuchertum am ersten der Boden entzogen und im Volke die Moral wieder gehoben werden. (Lebh. Zustimmung.) Aber immer wieder muß das Rückgrat unserer Ernährung bleiben — die Heimat! Durch intensive Bebauung müssen wir unserm heimischen Boden die größtmöglichen Beträge abringen. Auf dem Wege friedlicher Verständigung müssen die Arbeiterzeitigkeiten geschlichtet werden, die die Volksernährung gefährden. Der Landwirtschaft sollen Dünger und Futtermittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine der ersten Voraussetzungen des Wiederaufbaus. (Sehr richtig! rechts u. in der Mitte. — Zurufe und Anruhe bei den U. Soz.) Wie für die Landwirtschaft bilden für den gesamten Kreis der Arbeit und der Industrie die Erzeugnisse unseres Bergbaus die Grundbedingung ihrer Existenz. Daß aus dem Schoße unserer Erde Kohle und Eisen in größter Menge gefördert wird, dazu werden wir die technischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, die zu diesem Ziel führen. (Zuruf b. d. U. Soz.: Was sind das für Maßnahmen?) Davon hängt das Schicksal unserer Industrie, das Schicksal unserer Arbeit und die Möglichkeit unserer Ernährung ab. Damit ist die Urproduktion im weitesten Maße eine Angelegenheit der Volksgemeinschaft.

Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen Gesetze über die Sozialversicherung (Lachen b. d. U. Soz.), insbesondere über die Sozialversicherung der Elektrizitätswirtschaft werden loyal durchgeführt. (Erneutes Gelächter und Anruhe b. d. U. Soz.) Die Arbeiten der Sozialversicherungscommission werden fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden. Der Zweck jeglicher Sozialversicherung muß die Steigerung der Produktion sein.

Die Regierung muß auf die Erhaltung einer gesunden Gliederung unseres Wirtschaftsorganismus achten und deshalb den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand unterstützen in seinem Bestreben, sich durch zweckmäßige Organisationsmaßnahmen lebensfähig zu erhalten. Dabei wird der genossenschaftliche Zusammenschluß ein wesentliches Mittel der Selbsthilfe bilden. Diese Politik wird ferner durch sachmännliche Beratung unterstützt werden. Die Regierung begrüßt es daher lebhaft, daß gleichzeitig mit dem neuen Reichstag der vorbereitende Reichswirtschaftsrat seine Arbeiten beginnt.

An der Fortführung der Sozialreform hält die Regierung fest. Die häufige Einbringung von Vorlagen über die Invaliden- und Unfallversicherung ist beabsichtigt. Eine Gesetzesvorlage über die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. (Zuruf b. d. U. Soz.: Die steht schon da!) Das ist eine dringende Forderung der sozialen Fürsorge wie auch der Wirtschaft. Im enghen Zusammenhang damit stehen die Fragen des ländlichen Seelensorgens und die Durchführung des Heimkittengesetzes. Dabei ist als dringende Aufgabe die menschenwürdige Unterbringung der Bergarbeiter besonders hervorzuheben. Das große Reichsversorgungsgesetz zugunsten der Kriegesbeschädigten und ihrer Angehörigen hat die Nationalversammlung bereits verabschiedet. In Anlehnung an dieses Gesetz soll auch die Entschädigung derjenigen Personen geregelt werden, die nicht im militärischen Beruf, wohl aber bei Kriegshandlungen einen körperlichen Schaden erlitten. Des weiteren sind Gesetze über die Entschädigung der aus den abgetretenen Gebieten verdrängten, der ausländischen und kolonialdeutschen seit längerer Zeit gefordert. (Lebh. Zustimmung.) Dabei wird auch die Frage der Beistehen an Schiffsoffiziere und Mannschaften ihre Erziehung finden. Zum Schutz von Leben und Gesundheit befinden sich weitere Gesetze in Vorbereitung. Die Verbesserung und Vereinfachung des Arbeitsrechts war bereits Gegenstand hervorragender Sorgen der früheren Regierung, sie wird es nicht minder für die neue Regierung sein. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist in Vorbereitung. Nachdem das Betriebsratsgesetz von der verfassungsgebenden Nationalversammlung bereits beschlossen ist, werden Regierung und Reichstag nunmehr der Schaffung der Betriebsräte und des Reichsarbeitsrats unverzüglich näher treten. Es ist der erste und ausdrückliche Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr zu regieren. (Lebh. Beifall.) Denn nur durch einträchtiges Zusammenwirken aller Stände kann der Wiederaufbau Deutschlands ermöglicht werden. Die Regierung hofft zuversichtlich, daß sich kein Stand dieser gemeinsamen Pflicht entziehen wird.

Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unsern Willen. Wir haben die Sozialdemokratie wiederholt und dringlichst um Mitarbeit in der Regierung ersucht. Ich halte mich, den ablehnenden Bescheid einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Aber das glaube ich ohne Widerspruch feststellen zu können, der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt der betreffenden Partei eine Verpflichtung auf gegenüber der Regierung, die wie bisher nicht gegen die Arbeiter, sondern für sie und mit ihnen arbeiten will. (Große Anruhe b. den U. Soz.) Wir wollen eine Regierung der Verständigung, des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufbaus auf die gesamte deutsche Nation. (Zuruf b. d. U. Soz.: Das ist eine große Illusion!) Zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes. (Zuruf links: Bourgeois!) Mögliche als die letzte Faust scheint uns jene ehrlich dargebotene Hande, in die alle Wohlmeinenden einschlagen müssen. Es ist die Hand, die jene schweren unerdrossenen Arbeiten vollbringt und sich in einem langen Lebenswerk nur mit der Friedenspalme schmücken will.

Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an die Stelle geführt, auf der wir stehen. Wir stehen hier nur als Opfer unserer Auffassung von vaterländischer Pflicht. (Lebhafte Beifall.) An das deutsche Volk und seine Vertreter appellieren wir, daß sie sich bei ihren politischen Entscheidungen von den gleichen Beweggründen leiten lassen. In einer Stunde der Not und der folgenschwersten Entscheidungen treten wir an den deutschen Reichstag heran. Trennen sie wollen wir zurückstellen und uns zusammenschließen in dem Gedanken des Opfers für das große Ganze, auf daß Deutschland lebt. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

Die Aussprache über die Regierungserklärung soll nach der Mittagspause stattfinden.

Auf die Interpellation Anzorge (U. Soz.) und Genossen betreffend die Arbeitslosigkeit und über den Wohnungsmangel wird die Regierung später antworten.

Es folgt die Interpellation Ledebour (U. Soz.) betreffend die Vorgänge in Thal bei Ruhla in Thüringen vom 24. März 1920.

Reichswirtschaftsminister Schleier: In dem Bedauern über die traurigen Vorgänge, bei denen Deutsche von Deutschen getötet wurden, weiß ich mich eins mit der gesamten Reichswehr, welche die Vorgänge beklagt, die neues Material zu Angriffen gegen sie schaffen. Ueber die Vorgänge muß heute sachlich zu äußern, muß ich mir vorbehalten, da gegen das Urteil die Berufung eingelegt und das selbe noch nicht rechtskräftig ist. Die Frage der Entschädigung der Hinterbliebenen der Getöteten kann erst nach der Rechtskraft des Urteils erledigt werden. Die Zeitfreiwilligen selbst standen unter Militärgerichtsbarkeit und waren als aktive Soldaten anzusehen. (Lärm b. d. U. Soz.) Das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt vor. Die Gründe, weshalb es bisher nicht verabschiedet werden konnte, sind dem Hause bekannt.

Die Beprechung der Interpellation wird an einem der nächsten Tage stattfinden, da man zunächst die Erörterung über die Regierungserklärung erledigen will.

Das Gesetz betreffend die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1919/20 geht an den Haushaltsausschuß. Der Entwurf über Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags wird in sämtlichen drei Lesungen angenommen.

Darauf tritt das Haus in eine Mittagspause ein.  
Nächste Sitzung 3 Uhr: Aussprache über die Regierungserklärung.  
Schluß: 12.30 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Die Aussprache über die Regierungserklärung.

Abg. Scheidemann (Soz.): Dies ist der erste Reichstag des deutschen Volkes, der nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu sagen hat. So möge er auch seine Technik modernisieren, indem er mit dem möglichst geringsten Kraftaufwand die möglichst größte Leistung anstrebt. Mögen seine Debatten kurz und seine Beschlüsse gut sein. Ein heftiger Wahlkampf liegt hinter uns, die Kräfte, die in ihm und nach ihm wirkten, haben die neue Regierung geschaffen, die mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, deren Programm wir heute kennen lernen. Dieses Programm läßt manches vermissen, was wir gern darin festgelegt sähen, aber es enthält doch manches, dem wir zustimmen können. So bleibt uns nur übrig, abzuwarten, ob die Handlungen der Regierung ihrer heute abgegebenen Erklärung entsprechen werden, und wie sie sich zu drängenden Tagesfragen stellen wird, die in ihrem Programm nicht berührt sind.

Wir erblicken auf der Regierungsbank neben andern auch Männer, die uns aus gemeinsamer Arbeit wohl bekannt sind und die wir — auch als Vertreter von Auffassungen, die von den unsern abweichend — persönlich schätzen gelernt haben. Das gilt vor allem von dem Herrn Reichstanzler selbst. (Beifall.) Wir haben zu Herrn Freiherrn das Vertrauen, daß er für die Aufrechterhaltung der freien Staatsform, deren Schutz ihm als dem höchsten Beamten der Republik anvertraut ist, mit seiner ganzen Persönlichkeit und seiner ganzen Kraft einsteht wird. (Beifall.) Im übrigen werden wir seine Taten unbefangenen prüfen. Er und seine Regierung werden uns an seiner Seite finden, wenn sie tun, was nach unserer Verzeugung dem Wohle der breiten Masse des Volkes dient — er und seine Regierung kennen uns aber auch genug, um zu wissen, daß ihnen unser stärkster Widerstand sicher ist, wenn sie die Bahnen verlassen, auf der allein nach unserer Meinung eine bessere Zukunft unseres Volkes erreicht werden kann. (Beifall bei den Soz.) Nicht ohne schwere Bedenken sehen wir die Veränderungen, die sich auf der Regierungsbank vollziehen haben, einige es nach unserm Wünschen, so dürften nicht sie, sondern nur Vertreter der sozialistisch denkenden, arbeitenden Massen dort sitzen. (Beifall b. d. Soz. Anruhe b. d. übrigen Parteien.) Sie haben ihren Willen ausgesprochen, nicht gegen die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern zu regieren, und ich glaube, daß Sie sich der Gefahr bewußt sind, die daraus entstehen möchte, wenn der Versuch eines Regierens gegen die Arbeiter gemacht werden würde. Wenn aber Deutschland zum erstenmal wieder seit der Revolution eine sozialistische Regierung hat, so ist das, wie alle Welt weiß, keine Verschönerung der Kräfte, die sich im Klassenkampf vollzogen hat, sondern lediglich der Wille der Unabhängigen zu danken. (Widerpruch b. d. U.) Die Kosten werden die Arbeiter zu tragen haben. Für jeden Schaden, der ihnen daraus erwächst, daß sie keine Vertreter in der Regierung haben, sind Sie haftbar. (Beifall u. Sehr richtig! b. d. Soz. — Anruhe b. d. Unabh.) Das ist ein Zustand, den ich tief beklage, da nach meiner Meinung eine Zukunft nicht mehr fern ist, die ein gemeinsames Handeln der gesamten Arbeiterklasse notwendiger machen wird denn je. Glauben Sie aber doch ja nicht, daß Sie jemals zu dieser Gemeinsamkeit gelangen könnten durch die Vergewaltigung der Meinung Andersdenkender, wie es der grüßenwahnwitzige Krisenbrief von uns, der Wehrheit, verlangt. Dazu ist die Revolution nicht gewesen, daß der abgeschaltete Kadavergehörig wieder eingeführt wird von der andern Seite. (Sehr richtig! b. d. Soz. — Lachen b. d. U.)

Inzwischen haben die entschiedensten Gegner der Arbeiterbewegung aus ihrer politischen Zersplitterung schon so viele Vorteile gezogen, daß es an der Zeit wäre, durch festen Zusammenhalt den entstandenen Schäden wieder weitz zu machen. Wer die Arbeiterschaft zu unbedachten Aktionen auffordert, der macht sich bewußt oder unbewußt, bewußt oder unbewußt, zu ihrem Heile. Ich warne ganz besonders in heutiger Zeit vor unüberlegtem Tun, gibt es doch Menschen, denen Unbesonnenheiten gerade jetzt besonders willkommen wären. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn ein Teil der Arbeiterschaft den ihm nach demokratischem Recht gebührenden Anteil an der Macht nur aufgeschlagen haben würde, um auf gewaltigem Wege mehr zu erreichen, als ihm gebührt, so würde er die erdrückende Mehrheit des Volkes gegen sich haben, und die Herren von dort drüben (zu rechts gewendet) hätten Sie (zu den Unabhängigen) dann, wo Sie sie haben wollen. Auch die Regierung wird sich keinem Zweifel hingeben dürfen, daß die Herren von rechts alle Anstrengungen machen werden, um sie mit List und Gewalt ganz zu sich hinüberzuziehen.

Wir wissen sehr genau, daß der Rechten gegenüber die Rechte der Arbeiterschaft nur soweit geschätzt sind, als ihre Macht reicht. (Sehr richtig bei den Soz.) Um die Leitung der deutschen Volksgemeinde wird zwischen Ihnen und uns ein Kampf geführt werden, der ein Kernstück des Kampfes sein wird, den wir mit den gesetzlichen Mitteln der Demokratie zu führen gedenken und in dem wir Sie schlagen werden, weil die Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung mit uns im Bunde sind. (Lebh. Beifall.) Wenn wir aus der Koalition herausgegangen sind, so bedeutet das nicht, daß wir uns von unserer Vergangenheit abwenden, um in Sad und Mische Ruhe zu tun, wir sind dieselben geblieben. Wir stehen zu unsern Taten, und wir zweifeln nicht daran, daß die, die sich von uns abgewendet haben, wieder zu uns zurückkehren werden. Sie werden das tun, sobald sie begriffen haben werden, wie tödlich es ist, den Sperrling in der Hand — den parlamentarischen Machtanteil — fliegen zu lassen, um der Taube auf dem Dache — der Räubertruppe — nachzuliegen. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Wir werden bestrebt sein, hier die praktischen Interessen der arbeitenden Volkes wahrzunehmen und Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich der organischen Entwicklung in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu der höheren des Sozialismus entgegenstellen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Deutschland soll keine Geldkrise erleben werden. Von der Regierung fordern wir, daß sie die demokratisch-republikanische Staatsform gegen alle Antastungen von allen Seiten schützt. Daran halten wir unbedingt fest. Das ist uns auch zugesagt worden. Wir fordern die Republikanisierung des Heeres und des politischen Sicherheitsdienstes. Wir fordern die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, die sich eben erst wieder durch die Marburger Schmach ihr eigenes Urteil gesprochen hat. Meine Partei empfindet den Preispruch als eine Schmach, die dem ganzen Lande angetan worden ist.

Wir fordern den Ausbau unserer demokratischen Einrichtungen, die gesetzlichen Ausschüsse in den verfassungsmäßigen Bestimmungen über den Volksoberhaupt und ein Reichsgerichtsgesetz. Auf wirtschaftlichem Gebiet fordern wir die Überführung der dazu reifen Betriebszweige, insbesondere die Ausbeutung der Erdöl- und ihre Überleitung zur Produktion in öffentliche Wirtschaft. Wir fordern die Befreiung des privaten Großgrundbesitzes und für alle Zweige der Wirtschaft, öffentliche oder private, den Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der Wirtschaftsschaffenden durch Ausbau des Betriebsratsgesetzes. In erschreckendem Maße nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit müssen festgestellt und schleunigst beseitigt werden. Selbstverständlich ist die Arbeitsbeschaffung der Unterstützung bei wem vorzuziehen. Das Wohnungswesen herrscht jetzt auch in Mittel- und selbst in Kleinstädten. Der Ausbau von Mietwohnungen ist zumeist vollkommen unrentabel, keinesfalls aber genügend, um der furchtbaren Wohnungsnot ernsthaft zu steuern.

Arbeitslosigkeit könnte durch Wohnungsbau in Höhe und Fülle beschafft werden. Ich kann der Regierung nicht dringend genug empfehlen, der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot mit aller Macht zu Leibe zu gehen. In der auswärtigen Politik stehen wir auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Regierung ist, die Welt von der christlichen Arbeit des deutschen Volkes zu überzeugen, mit ihr in unzerstörbarem Frieden zu leben — vor allem aber auch mit dem russischen Volke — und von ihm übernommenen Pflichten bis an die äußerste Grenze seines Könnens nachzukommen. Wir sind aber auch damit einverstanden, daß in der Welt die schon aufkommende Erkenntnis gefördert wird, daß es eine Illusion und ein Verbrechen ist, von einem Volke mehr zu verlangen, als es leisten kann. Zu den integrierenden Bestandteilen des Versailles-Vertrages gehören aber auch jene über den internationalen Arbeiterschutz. Sagen Sie den Herren in Spa daß es Deutschland mit allen Verpflichtungen ernst nimmt, auch mit denen über den Schutz seiner Arbeiter. Sagen Sie ihnen, daß nicht das Votum der Sieger, sondern nur die internationale Solidarität des arbeitenden Volkes die Wunden, die der Weltkrieg allen geschlagen, zu heilen vermag. So schmerzhaft der Verlust der ersten Zone im schlesischen Abstimmungsgebiet ist, so erfreulich ist das Ergebnis der Abstimmung in der zweiten Zone: Sie bleibt deutsch. Mögen am 11. Juli alle deutschen Männer und Frauen in Ost- und Westpreußen treu zum Vaterlande stehen. Das gleiche erwarten wir von der Bevölkerung in Oberschlesien. Die Regierung wird in Spa das Selbstbestimmungsrecht, auch des deutschen Volkes, energisch betonen müssen. Zeigen Sie, was Sie können, nach Ihren Taten werden wir Sie beurteilen. Aber an unsrer Überzeugung können Sie nichts ändern. Man kann nicht mehr gegen die Arbeiter regieren, man kann nicht mehr reagieren gegen die Entwicklung, die zu neuen freien Formen des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens hinwärt. Die sozialistische Arbeiterbewegung ist unzerstörbar, sie hat doch den bürgerlichen Antikommunismus von innen diesmal die stärkste Probe bestanden, und sie ist tiefer geliebt als eine imponierende Macht. Wir sind aufrichtig genug, Ihnen zu sagen, daß wir die Stunde, in der wir Sie ablösen können, herbeisehen. Das neue Reich ist entstanden durch den Willen des arbeitenden Volkes und der Geist einer neuen Zeit stand an seiner Wiege. Deutschland, Republik und Sozialismus gehören zusammen! (Lebhafte Beifall u. d. Soz.)

**Abg. Ledebour (U. Soz.):** Die wohlwollenden Lehren des Abg. Scheidemann für die parlamentarische Arbeit der jüngeren Kollegen muß ich bei aller Befriedenheit ergänzen: nehmen Sie sich Scheidemann nicht darin zum Muster, daß er eine gut vorbereitete Rede wörtlich abgelesen hat. (Seitertzeit.) Denn das ist nach der Geschäftsordnung verboten. Ausnahmen sind nur zulässig für Herren, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind.

**Präsident Doehring:** Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat sein Manuskript nur bei Notizen benutzt, und das ist durch die Geschäftsordnung erlaubt.

**Abg. Ledebour (fortfahrend):** Er hat nicht nur Notizen, sondern den Text abgelesen. (Große Unruhe und Widerspruch.) Da Präsident Lehrenbach das früher auch zugelassen hat, so entnehme ich daraus, daß Sie (zum Präsidenten) und Ihre Vorgänger der Ansicht sind, daß Herr Scheidemann der deutschen Sprache nicht genügend mächtig ist. (Erneute große Unruhe, leb. Ruf: Schluß! Raus!) Ich lese nicht ab. Ich lese mir meine Rede überhaupt nicht wörtlich auf. (Zuruf: Sie ist auch danach. — Stimmt Scheidemann, daß wir jeden Schuld daran, daß die Arbeiterschaft nicht in gebührender Weise in der Regierung vertreten ist. Die Wahl bedeutete eine Verletzung der bisherigen Koalitionsregelung. Alle Koalitionsparteien, insbesondere die des Herrn Scheidemann, sind nach allen Regeln zusammengekauert worden. (Lachen bei der Mehrheit.) Diese Art Koalitionsregierung muß doch also wohl nicht erfüllt haben, was ein Teil ihrer Anhänger früher von ihr erwartet hat. Vor der Wahl glaubten die Herren allerdings, eine solche Politik fortsetzen zu können, die Koalitionsparteien haben aber nicht die Mehrheit bekommen. Nun haben sich die Mehrheitssozialisten der Beteiligung entzogen, weil wir nicht in die Regierung einzutreten. Wir würden ja wehrlos dem Übergang in die Regierung zustimmen, wenn wir in eine solche Koalitionsregierung eingetreten wären. (Zustimmung bei den U. Soz.) Wir müßten die Beteiligung ablehnen, weil wir einer solchen Koalitionsregierung als entschiedenste Gegner gegenüberstehen haben. Ich kann nur auf das entschiedenste betonen, daß auch wir in die Regierung eintreten würden, aber nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß wir in ihre anschließende sind und die Regierung in unserem Sinne führen können. (Seitertzeit.) Wir bezarren bei der Politik, die uns in wachsendem Maße das Vertrauen der Arbeiterschaft erworben und zu einer Verdoppelung unserer Stimmen geführt hat. Wir halten fest an dem Kampfpunktstandpunkt des Proletariats und treten nur in eine Regierung ein, die die proletarischen Forderungen bis zum letzten Punkt durchsetzen will und kann. Die jetzige Regierung kann den Arbeiterforderungen nicht mehr Rechnung tragen, als es die früheren Regierungen, auch die des Herrn Scheidemann, getan haben. Unser gesamte Reichstagsfraktion hat die Haltung unserer Parteileitung in der Regierungsfrage gebilligt. Die sozialdemokratische Partei hat in der Regierung nur die bürgerliche Politik der Demokraten mitgemacht. Sie hat einen Kossak und seine zu Ministern gemacht, die reaktionärer gewirtschaftet haben als irgendein anderer. Mit einer so ramponierten Partei (Seitertzeit) können wir nicht zusammengehen. Die Einigkeit des Proletariats kann nur auf der Basis unseres Programms erfolgen. (Beifall bei den U. Soz.)

Die optimistischen Erwartungen, die Herr Scheidemann an die Rede des Reichskanzlers geknüpft hat, kann ich für meine Partei nicht teilen. Herr Lehrenbach hat Front gemacht gegen die Leute, die die Arbeiter gegen Deutschland werden. Er sollte sich zunächst den Reichswehrministern Dr. Gehler vorstellen, dessen Redewendungen zu einem solchen Mißtrauen den größten Anlaß geben. Er hat die Verschlebung der Marburger Zeitungsstellen an ein Militärgericht entschuldigt. (Minister: Nach den damals geltenden Vorschriften war das berechtigt. Diese Vorschriften gelten heute nicht mehr.) Diese damals geltenden Vorschriften haben tatsächlich gegen den Friedensvertrag verstoßen. Die Militärs sind ihren zivilen Vorgesetzten tatsächlich über den Kopf gewachsen. Herr Gehler, der überlitterte Generalfeldmarschall, kommandiert nach wie vor in Wilhelmshaven mit Ihrer Zustimmung, Herr Dr. Gehler. (Minister Dr. Gehler widerpricht.) Wenn ich ihn finde, werden Sie ihn doch auch finden können, Herr Minister. Der Verein ehemaliger Angehöriger der Eisernen Division" ersucht den Nationalen Heimatsbund" einfach um Auslösung von Militärfahrkarten an einzelne Leute. Wir haben eine Fülle von Material zum Beweise dafür, daß von den Militärs ein neuer reaktionärer Putz vorbereitet wird. Ich fordere schon jetzt die

Klassenbewußte Arbeiterkraft auf, sich zur Abwehr eines solchen Putzes durch den politischen Generalstreik zu rufen. (Beifall bei den U. Soz.) Nicht Abbau der Zwangswirtschaft, wie der Reichskanzler, sondern ihre Vervollständigung. Nur so kann das Volk sich zu erträglichen Preisen ernähren. (Sehr richtig bei den U. Soz.) Die Sozialisierung des Großgrundbesitzes läßt sich ebenso durchführen, wie die Sozialisierung der Bergwerke. Das gesamte Wohnungswesen in den Großstädten bedarf dringender Überführung in die Gemeinwirtschaft. Der Staat hat schon eingreifen müssen, um Konjunkturgewinne zu verhindern. Es stimmt uns sehr bedenklich, daß der Reichskanzler sagte, die Regierung sei gegen jeden Klassen- und Klassenhaß. Gegen Klassenhaß sind wir auch. Der Reichskanzler scheint sich aber der Illusion hinzugeben, daß die Klassenkämpfe beendet seien. Die Verfestigung der Klassengegensätze bedeutet ja nur die Aufrechterhaltung der Ausbeutung. Der Klassenkampf ist nach dem Kriege aufs höchste gestiegen, und die herrschenden Klassen haben in ihnen alle Rücksicht auf Moral und Menschlichkeit fallen lassen. (Sehr richtig bei den U. Soz.) Und wer gegen diese Stachel löst, wird zu Fall gebracht, ja ermordet. Professor Nikolai, der während des Krieges gegen den Militarismus eintrat, ist eines der Opfer. Die Kriegsgewinne spielen ja heute noch eine bedeutende Rolle in den Regierungspartien. Der Senat der Universität Berlin hat Professor Nikolai für unwürdig erklärt, an der Universität zu lehren. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die Professoren jedes Rechts- und Anstandsgefühl verloren haben. Das ist der Verfall der intellektuellen Kräfte des Bürgertums. Ein anderer Fall ist die Ermordung meines Freundes Baasche. Das wird ja nicht der letzte Fall sein, den die irgendwo in Berlin stehende Mörderzentrale auf dem Gewissen hat. Der Vorgang ist derselbe wie bei der Ermordung Lieberknecht und anderer, von denen man nachher behauptet hat, sie wollten fliehen. Der Bericht eines Kriminalkommissars, der zur Aufklärung auf das Gut Baasches geschickt wurde, sagt, Baasche habe durch seinen Umgang jedes Rechtsgesühl verloren und sei wildblütig geworden. Baasche hat nämlich während des vergangenen Winters eine Anzahl Hirsche geschossen und seinen in Rot befindlichen Landarbeitern zur Nahrung gegeben. Das haben ihm seine Gutsnachbarn nicht vergeben, sondern ihn wegen seiner menschenfreundlichen Handlung als Wildblütler und Inhaber eines Wappentragers verurteilt, und dann hat man 60 Schwerbewaffnete gegen den völlig waffenlosen Baasche ausgesandt. Der Klassenkampf wird nur immer schärfer werden. Das Proletariat wird mit allen Mitteln auf den Sozialismus hinarbeiten. Ein Teil des Klassenkampfes wird sich auch um die Beseitigung des 10prozentigen Lohnabzugs für die Steuer drehen, die der Reichskanzler nicht in Aussicht gestellt hat. Die auswärtige Politik der Unabhängigen besteht darin, mit den arbeitenden Klassen des Auslandes Fühlung zu nehmen, weil sich nur durch gegenseitige Verbrüderung ein Ende der Ausbeutung erreichen läßt. Nur so können wir dem Ausbeutungsinstinkt der herrschenden Klassen in Frankreich und England entgegenarbeiten. Bei einem deutschen Siege wäre die Lage ebenso gewesen. Darum sind wir schon während des Krieges gegen die herrschenden Klassen in Deutschland aufgetreten. Hätten wir im Frühjahr 1918 mit dem Generalstreik Erfolg gehabt, und hätten wir die herrschenden Klassen damals auf die Knie gezwungen, dann wäre ein Friedensschluß in dem Augenblick möglich gewesen, als Deutschland militärisch noch auf der Höhe war. Die geschichtliche Entwicklung hat uns immer recht gegeben. Sofort nach der Revolution, als das Bürgertum am Boden lag, hätte sich der Sozialismus nach durchzusetzen lassen. Daran, daß das nicht gelungen ist, trägt die sozialdemokratische Partei die Schuld. Die Sozialdemokraten müßten sich, ebenso wie sie sich von Kossak und seine freigesetzt haben, auch von Scheidemann befreien, dann werden sie vielleicht für uns bländlich. Unser Ziel ist die Verbrüderung der Arbeiterschaft. (Beifall und Handklopfen bei den U. Soz.)

**Reichswehrminister Dr. Gehler** stellt gegenüber dem Abg. Ledebour fest, daß die Zeitweiligen in Thal damals ein Bestand der Reichswehr waren.

**Abg. Herzog (Dnalk.):** Das parlamentarische System hat Flaster gemacht, es hat hinsichtlich der Bildung der Regierung nach dem eigenen Verhalten seiner Väter hantiert gemacht. Bei uns ist es nicht anders und links eine zu große Kluft. Unter Zusicherung parteipolitischer Interessen müßten darum die Parteien dazu beitragen, eine tragfähige Mehrheit zu bilden. Gegen diese Forderung haben alle Parteien mehr oder minder verstoßen. Die Unabhängige Partei hat sich schon ausgesprochen gegen jede formale Demokratie und Koalitionsbildung; sie setzte sich ein für eine revolutionäre, sozialistische Demokratie für die Diktatur des Proletariats. Das zeigen ja auch neuerdings die Kundgebungen aus München. Mit ihrer Haltung haben sich die Unabhängigen außerhalb der Reichstagsversammlung gestellt. (Sehr richtig rechts, Lärm und Gelächter bei den U. Soz.) An eine große Koalition, der fast das gesamte Volk angehört, konnten nur Ideologen glauben. Die Mehrheitssozialisten haben eben den Beweis erbracht, daß sie unfähig zu jeder positiven Mitarbeit sind. (Sehr richtig rechts, Lachen bei den U. Soz.) Nachdem die Mehrheitssozialisten in der Regierungsbildung versagt haben, wäre eine bürgerliche Gesamtkoalition das Gegebene gewesen. Hier war es Schuld der Demokraten, die ja schon in der früheren Koalition das Bürgertum vertreten haben, daß unsere Partei nicht einmal gefragt wurde. (Sehr richtig rechts, Gelächter bei den Dem.) Wir haben ein Aufbauprogramm und das kann sich sehen lassen. (Unruhe und Gelächter.) Die sozialdemokratische Partei hat die Verantwortung, daß das Bürgertum nicht geschlossen auftritt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch das Zentrum, das uns in der Vergangenheit so vieles zu danken hat, trägt ebenfalls mit der Verantwortung an der Scheitern der gesamt-bürgerlichen Koalition. Und selbst die Deutsche Volkspartei, mit der wir gemeinsam den Wahlkampf gegen die alte Koalition geführt haben, hat nicht energisch genug auf diese breite und allein richtige Basis hingearbeitet. (Sehr richtig rechts.) Wir hoffen aber trotzdem, daß sich alle Parteien, die diesen Willen und die Fähigkeit zum nationalen Aufbau haben, der untrennbar verbunden ist mit dem idealen und moralischen Wiederaufbau, zusammensuchen werden in diesem großen Ziel. (Lebhafte Beifall rechts.)

**Minister des Auswärtigen Simons:** Die vom Herrn Vorredner geforderte Berücksichtigung der Entententoten erfolgt in den morgigen Morgenblättern. Es wird mein Bestreben sein, der Öffentlichkeit stets die zwar harte aber notwendige Wahrheit zu geben. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag Schulz und Genossen (Dnalk.) auf Einrellung der Voruntersuchung gegen den deutschnationalen Abgeordneten von der Kerkhoff wird dem Geschäftsausschuss überwiesen.

Der Präsident verliest die eingegangenen Interpellationen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen; Bericht des Geschäftsausschusses über Antrag Ledebour

(U. Soz.) auf Haftentlassung des Abg. Wittmann (U. Soz.) auf des obigen Antrags Schulz-Womburg (Knalk.), Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung. Schluß 7 Uhr.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

**Dehla - Markleeberg. Gemeinderatsitzung.** Eine Reklamation gegen die Erhöhung der Bezirkssteuer ist abgelehnt worden. Die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderates hat feinerzeit die Reklamation beschlossen (mit Hilfe von zwei Mehrheitssozialisten), um gegen den Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft zu protestieren. Die Kartoffelverföhrung für das kommende Wirtschaftsjahr stellt die Gemeinde wieder vor schwierige Aufgaben. Halb Zwangswirtschaft (die, wie die Erfahrung lehrt, kräftig sabotiert wird), halb freier Handel, und dabei sollen die Gemeinden verpflichtet, die angegebenen Mengen abzunehmen, ganz gleich, zu welchen Zeiten sie geliefert werden. Die amtlichen Bekanntmachungen erschienen noch bis Ende des Jahres in der Dehlaer Zeitung. Der Aushang erfolgt vorläufig in zwei Probestücken. Es wird nun am größten Teil der Einwohnerfrage liegen, zu beweisen, daß das Abonnement des Dehlaer Wintertätchens nicht mehr notwendig ist. Die Großausgaben werden mit 2 bis 3 Prozent vermindert, größere Guthaben höher. Dem Arbeiter-Turn- und Sportverein Markleeberg wird der Schillerplatz zum Turnen zur Verfügung gestellt. Ballspiele sind nicht gestattet, um die Anlagen zu schonen. Zu Alarmzwecken bei Feuergefahr werden drei Sirenen angeschafft. Die Preise für das Bad in der Schule müssen erhöht werden, für Wannenbäder auf 1 Mk., für Brausebäder auf 60 Pf. Auch erhöht der Wasserpreis eine Erhöhung, die der Bauauschuss noch festsetzt. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, den Schulkindern der Gemeinde das Fließbad Markleeberg an vier Tagen der Woche unentgeltlich zu öffnen. Ausgenommen sind die Sonntage und die zwei Konzerttage Mittwoch und Sonnabend. Ansetz Fraktion trat für Freigabe sämtlicher Wochentage ein.

**Gundorf.** Aus dem Gemeinderate. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, bei der Kraftwagen-A.G. anzufordern, für welchen Preis der Zentner Kohle vom Michaelson nach Gundorf besördert werden könnte. Das Ortsgesetz über Kleinhäuserbau soll förmlich ausgesetzt werden. Der Gemeindevorstand Richter wurden 20 Pf. und Frenzel 10 Pf. pro Stunde zugelegt. Der Vereinigung für Krankenfürsorge in Leipzig wurde ein Jahresbeitrag von 6 Mark bewilligt. Die Gemeinde erhöht zu der durch das Reichsgesetz geordneten Grund-erwerbsteuer einen Zuschlag von 1 Prozent des der Berechnung der Grundwertsteuer zu Grunde gelegten Wertes oder Betrages.

**Leutzsch.** Aus dem Gemeinderate. Eine außerordentliche Revision hat die Kassen in Ordnung gefunden. Auf Antrag des Genossen Burt wurde die Gründung eines Ortskisses gegen eine Stimmhaltung beschlossen. Ein diesbezügliches Gesuch soll an das Ministerium gerichtet werden. Ferner wurde einem Antrage des Genossen Stoge zugestimmt, den Kirchenvorstand zu ersuchen, die am 1. August 1918 abgeänderte Gebührensatzung für Verordnungen auf dem Friedhöfe zu Leutzsch, wo unter dem Absatz IV besondere Bestimmungen enthalten sind, nach denen Änderungsgebühren zu zahlen sind, aufzuheben. Der Gemeinderat nahm Kenntnis von einem an die Amtshauptmannschaft gerichteten Schreiben zu den Vorschlägen des Rates wegen der Einweihung der selbstständigen Gutsbezirke Leutzsch mit Barmes und Burgaue. Auf Vorschlag des Bauauschusses wurde das abgeänderte Projekt für die Kleinwohnungsbauten gutgeheißen. Zur Ausführung sollen zunächst zwei Häuser kommen. Der Anlage eines Saachbrunnens an der Ecke Haupt- und Grenzstraße wurde zugestimmt. Das Gesuch des Eisenbahn-Maschinenamtes, das den Anschlag des Hochbehälters auf dem hiesigen Bahnhofe an das Wasserrohrwerk wünscht, wurde genehmigt. Die Kosten übernimmt die Bahnverwaltung. Für die im Kaffeegebäude des alten Gutshofes geplante Volksbibliothek liegt ein Entwurf mit Kostenanschlägen vor. Die Angelegenheit wurde zur nochmaligen Prüfung der technischen Einrichtungen an den Büchereiausshuß überwiesen. Da eine Kostenaufstellung des Gemeindevorstandes einen ganz erheblichen Fehlbetrag erwiesen hat, reht sich der Gemeinderat gegen den Fehlbetrag für die Bäder zu erhöhen. Ein Wannenbad kostet nunmehr 3 Mk., ein Brausebad 1 Mk. und ein Kinderbad 30 Pf. Für das Brausebad beträgt die Badezeit jetzt 20 Minuten. Das Bad ist drei Tage in der Woche geöffnet.

## Gerichtssaal.

**Schwurgericht.**  
**Ein mihärdeter Raub.** Die Wirtschafterin Pauline Margarete Elisabeth Heine aus Remberg wohnte mit dem Buchbinder Paul Artur Kühn aus Leipzig im Dreimäderhaus. In der Goldenen Kugel lernte die Heine den Sachändler Hey kennen, der mit seinem vielen Gelde renommierte. Da die Heine und Kühn ohne Bargeld waren, kamen die beiden überein, dem Hey das Geld abzunehmen. Kühn verständigte seinen Freund, den Müllergesellen August Friedrich Hermann Ohme aus Schöneburg, von diesem Plan. Hey wurde unter dem Vorwand, er könne Gold und Silber aufkaufen, in die Wohnung der beiden ersteren bestellt. Als Hey kam, wurde die Tür geschlossen, Kühn und Ohme packten den Hey und wirgten ihn am Hals. Hey konnte sich aber losreißen und erhob ein Geschrei, so daß Ohme verschwand und Kühn durch die Fenster über die Dächer entfloß. Von den 30000 Mk., die sie erbeuten wollten, war ihnen nichts in die Hände gefallen. Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage des verdächtigten gemeinsamen Raubes, und das Gericht verurteilte Ohme und Kühn zu einer Gefängnisstrafe von je einem Jahre drei Monaten, die Heine zu einem Jahre Gefängnis, alle drei zu je drei Jahren Ehrverlust. Dem Kühn und der Heine wurden vier Monate zwei Wochen der Untersuchungsfrist auf die Strafe angerechnet.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. L. U. Schönefeld.** Die Befreiung kann nur solchen Angehörigen ausgestellt werden, die bisher überhaupt noch nicht in der Angehörigenversicherung versichert waren.  
**H. L. U. 28.** Vorbehalten gilt auch für Ihre Anfrage.  
**Januar 1920.** In diesem Falle besteht Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung allerdings nicht. Sie müssen event. die Armenfürsorge in Anspruch nehmen. Das Wahlrecht verlieren Sie dadurch nicht.

## Arbeiter! — werbi neue —

## Volkszeitungsleiter.

**„Die Zentralgewerkschaften als Hemmschuh der Revolution!“**  
Ueber dieses Thema berichtet der Genosse Felden-Berlin am Mittwoch, dem 30. Juni, abends 7 Uhr, im Felsenkeller, und am Donnerstag, dem 1. Juli, abends 7 Uhr, in den Drei Lilien.  
Revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen! Alle Gewerkschaftsführer sind besonders eingeladen. Freie Aussprache unbeschränkt.  
Allgemeine Arbeiter-Liga Deutschlands.  
**Der Klassenkampf in Rußland.**  
Von Paul Böttcher. Preis 50 Pf.  
Leipziger Buchdruckerei A. G.

**Halt! Aufgepaßt! Halt!**  
Frau Witteler  
kauft immer für alle u. neue  
Wäsche, Herren- und  
Damenmoden sowie alle  
Hemden, einzelne  
Möbelstücke sowie ganze  
Wirtschaften, Leibhaus-  
schränke, Gardinen, Teppiche,  
Stühle sowie jeden alten  
Schmuckgegenstand.  
Lortzingstraße Nr. 12,  
am Fleischplatz. Tel. 13150.

**Eutritzsch.**  
Mittwoch, den 30. Juni 1920, abends 8 Uhr  
**Elternversammlung**  
im großen Saale des Golemschulhauses.  
Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Elternräte.  
2. Bericht betr. d. Schulpflichtung.  
Der Elternrat der 33. Volksschule.  
**In 1 Stunde** vertilgen **Garantie** Kopf-, Füll- und Kleider-  
auch Stöße samt Brut (Nissen), bei Me-  
lchen und Tieren mit „Ekkolida“.  
Für Familien unerschöpflich. Vert.: Schletter-  
Krahe 12, G., Neupere Dallische Str. 57, Pl., Zotenpstr. 17. l'

**Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter**  
Leipzig, Gerberstraße, Hotel Viktoria, 4. Et., Zimmer 108  
Geöffnet 5-7 Uhr.  
Mittwoch, den 30. Juni 1920, abends 7½ Uhr  
im Volkshaus, Zimmer Nr. 9  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag.  
Donnerstag, den 1. Juli 1920, abends 8 Uhr  
im Volkshaus, Zimmer Nr. 2  
**Sektion der Blumengeschäftsgestellten**  
**Branchen-Versammlung.**  
L. D. Bericht der Tarifkommission, Tarifsch. 6 zu zu haben.  
Bitte die werten Leser, ihnen bekannter Gärtner und  
Blumengeschäftsgestellten (Kinderinnen) auf diese An-  
zeige aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung Leipzig.



Lichtspiele Alberthalle, Krystallpalast



Neul Ab heute Dienstag, 29. Juni, der mit Spannung erwartete Film Neul
Der Hund von Baskerville
V. TEIL Uraufführung für die ganze Welt! V. TEIL
Ausserdem
„Hoteldiebe“
Ein Detektiv-Film in 4 Akten.
Nur für Erwachsene!



Neues Theater.

Neues Theater.
Dienstag, den 29. Juni 1920
Der fliegende Holländer.
In 3 Aufzügen von Richard Wagner.

Neues Operetten-Theater.

Neues Operetten-Theater.
Mittwoch, den 30. Juni. Die ideale Gattin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele)
Dienstag, den 29. Juni (letzte Abendvorstellung)

Der Großstadt-Kavalier.
Schwank in 3 Akten von Georg von Tonn.

Marionettentheater Messplatz
Täglich 4 Uhr: Puffkuchen; 8 Uhr: Vorstellung für Erwachsene.

Krystall-Palast
Zwei vorletzte Male:
Gastspiel

Curt Offers Operetten-Gesellschaft
In der erfolgreichen Operette:
Der Soldat der Marie.

Drei Linden
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Der grosse Varieté-Spielplan

Ab 1. Juli gastiert der beliebte Schauspieler Bernhard Wildenhain

Ab Dienstag bis Donnerstag (nur 3 Tage)
2 Origin.-Amerik.-Wild-West:

Die Todesfahrt durch die Steppe.
3 Akte.

Der tollkühne Raub im Expresszug.
2 Akte.

Die Dame mit den Smaragden
Drama in 5 Akten mit Mya Mara.

Arbeiter-Gesangverein Rötha.

Arbeiter-Gesangverein Rötha.
M. d. A.-S.-B.
SONNTAG, den 11. Juli 1920, nachmittags 1/2 2 Uhr:
Gr. Sängerfest zu Rötha
Darbietungen von Massen- und Einzelchören.

Neuer Gasthof Gohlis.

Neuer Gasthof Gohlis.
Heute Dienstag abends 8 Uhr:
Grosses Ballfest.

Trojahns Schützenhaus Eisenbahnstrasse 129
Morgen Mittwoch ab 7 Uhr:
Der elegante Mittwochs-Ball

Wadewitz kauft
Windmühlenstrasse 33, I.
Herren- und Damen-Garderobe

Goldene Krone Sonnenwiz
Sattelkelle der 10 u. \* -Bahn.
Inh. August Schulze. Fernspr. 35752.
Morgen Mittwoch, 7 Uhr abends
Großer Festball!

Advertisement for Stuart Webbs featuring a portrait of the actor and text: 'Der Abenteuerfilm mit dem stärksten Erfolg! Heute zum vorletzten Male: Stuart Webbs'.

Alles Theater.

Alles Theater.
Dienstag, den 29. Juni 1920
Zwangsliquidation.
Schwank in 3 Akten von Franz Xaver von Schönthan.

Die Bedingungen für die Theatergemeinde Schauspieler werden von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends 9 Uhr an der Theaterkasse angenommen.

Leipziger Volksbühne.
Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr
Bereinsversammlung für den Bezirksverband L.-Land.

Robert und Bertram.
Abends 7 1/2 Uhr

Robert und Bertram.
Abends 7 1/2 Uhr

Robert und Bertram.
Abends 7 1/2 Uhr

Baltenberg

Baltenberg
Varieté.
Abends 7.30 Uhr
Nur noch bis 30. Juni
Gastspiel
Blatzheim Arbeit u. Kapital.

Goldner Adler, Lindennau
Morgen Mittwoch, 7 Uhr abends
Großer Damen-Ball.

Wintergarten
Eisenbahnstraße 56. Fernruf 18195/96
Sein Todfeind

Wintergarten
Sein Todfeind
Sensationelles Abenteuer. 5 Akte, mit Marga Lind von Harry Biel.

Lindenfels
Karl-Heine-Strasse 50. Fernruf 18195/96
Das einjame Wrack

Lindenfels
Das einjame Wrack
(Die geheimnisvollen Mitglieder des „Orion-Klub“).

Arbeitslosigkeit könnte durch Wohnungsbau in Halle und Halle  
beschafft werden. Ich kann der Regierung nicht dringend genug  
empfehlen, der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot mit aller  
Macht zu begegnen. In der auswärtigen Politik stehen wir  
auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Regierung ist, die  
Welt von der christlichen Arbeit des deutschen Volkes zu über-  
zeugen, mit ihr in unzerstörbarem Frieden zu leben — vor allem  
aber auch mit dem russischen Volke — und den von ihm über-  
nommenen Pflichten bis an die äußerste Grenze seines Könnens  
nachzukommen. Wir sind aber auch damit einverstanden, daß  
in der Welt die schon ausdämmende Erkenntnis gefördert wird,  
daß es eine Illusion und ein Verbrechen ist, von einem Volke mehr  
zu verlangen, als es leisten kann. Zu den integrierenden Be-  
standteilen des Versäulter Vertrages gehören aber auch jene über  
den internationalen Arbeiterkampf. Sagen Sie den Herren in Spa  
daß es Deutschland mit allen Verpflichtungen ernst nimmt, auch  
mit denen über den Schutz seiner Arbeiter. Sagen Sie ihnen,  
daß nicht das Vorkriegsrecht, sondern nur die internationale  
Solidarität des arbeitenden Volkes die Wunden, die der Welt-  
krieg allen geschlagen, zu heilen vermag. So schmerzhaft der Ver-  
lust der ersten Zone im schlesischen Abstimmungsgebiet ist, so  
erfreulich ist das Ergebnis der Abstimmung in der zweiten Zone:  
sie bleibt deutsch. Mögen am 11. Juli alle deutschen Männer und  
Frauen in Ost- und Westpreußen treu zum Vaterlande stehen.  
Das gleiche erwarten wir von der Bevölkerung in Oberschlesien.  
Die Regierung wird in Spa das Selbstbestimmungsrecht, auch  
des deutschen Volkes, energisch betonen müssen. Sagen Sie,  
was Sie können, nach Ihren Kräften werden wir Sie beurteilen. Aber  
an untrüglicher Überzeugung können Sie nichts ändern. Man kann  
nicht mehr gegen die Arbeiter regieren, man kann nicht mehr re-  
gieren gegen die Entwicklung, die zu neuen freien Formen des  
staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens hinführt.  
Die sozialistische Arbeiterbewegung ist unzerstörbar, sie hat doch  
den bürgerlichen Ansturm von außen, durch die Selbstverleumdung  
von innen diesmal die stärkste Probe bestanden, und sie ist stehen  
geblieben als eine imponierende Macht. Wir sind aufrechtlich  
genug, Ihnen zu sagen, daß wir die Stunde, in der wir Sie ablassen  
können, herbeisehnen. Das neue Reich ist entstanden durch den  
Willen des arbeitenden Volkes und der Geist einer neuen Zeit  
stand an seiner Wiege. Deutschland, Republik und Sozialismus  
gehören zusammen! (Lebhafte Beifall h. d. S.)

**Abg. Ledebour (U. Soz.):**  
Die wohlwollenden Lehren des Abg. Scheidemann für die  
parlamentarische Arbeit der jüngeren Kollegen muß ich bei aller  
Bescheidenheit ergänzen: nehmen Sie sich Scheidemann nicht darin  
zum Muster, daß er eine gut vorbereitete Rede wörtlich abgelesen  
hat. (Hellerkeit.) Denn das ist nach der Geschäftsordnung ver-  
boten. Ausnahmen sind nur zulässig für Herren, die der deutschen  
Sprache nicht genügend mächtig sind.

**Präsident Voegelé:** Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat  
sein Manuskript nur bei Zitaten benutzt, und das ist durch die Ge-  
schäftsordnung erlaubt.

**Abg. Ledebour (fortfahrend):** Er hat nicht nur Zitate, sondern  
den Text abgelesen. (Große Unruhe und Widerspruch.) Da Prä-  
sident Fehrenbach das früher auch zugelassen hat, so ernehme ich  
daraus, daß Sie (zum Präsidenten) und Ihre Vorgänger der An-  
sicht sind, daß Herr Scheidemann der deutschen Sprache nicht  
genügend mächtig ist. (Erneute große Unruhe, lebh. Rufe: Schluß!  
Raus!) Ich lese nicht ab. Ich lese mir meine Rede überhaupt  
nicht wörtlich auf. (Zuruf: Sie ist auch danach. — Stürmische  
Beiterteil.) Scheidemann sagt, wir seien schuld daran, daß die Ar-  
beiterschaft nicht in gebührender Weise in der Regierung vertreten  
sei. Die Wahl bedeutet eine Bewertung der bisherigen Ko-  
alitionsregierung. Alle Koalitionsparteien, insbesondere die des  
Herrn Scheidemann, sind nach allen Regeln zusammengeschnitten wor-  
den. (Lachen bei der Mehrheit.) Diese Art Koalitionsregierung  
muß doch also wohl nicht erfüllt haben, was ein Teil ihrer An-  
hänger früher von ihr erwarteten. Vor der Wahl glaubten die  
Herren allerdings, eine solche Politik fortsetzen zu können, die  
Koalitionsparteien haben aber nicht die Mehrheit bekommen.  
Nun haben sich die Mehrheitsparteiisten der Beteiligung entzogen,  
weil wir nicht in der Regierung eintraten. Wir würden ja außer  
ganzen Vergangenheit ins Gesicht geschlagen haben, wenn wir in  
eine solche Koalitionsregierung eingetreten wären. (Zustimmung  
bei den U. Soz.) Wir müßten die Beteiligung ablehnen, weil  
wir einer solchen Koalitionsregierung als entschiedene Gegner  
gegenübergekommen wären. Ich kann nur auf das entscheidende  
betonen, daß auch wir in die Regierung eintraten würden, aber  
nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß wir in ihr  
ausschlaggebend sind und die Regierung in unserem Sinne führen  
können. (Hellerkeit.) Wir beharren bei der Politik, die uns in  
wachsendem Maße das Vertrauen der Arbeiterschaft erworben und  
zu einer Verdoppelung unserer Stimmen geführt hat. Wir haben  
seit an dem Kampfpunkt des Proletariats und treten  
zur in eine Regierung ein, die die proletarischen Forderungen bis  
zum letzten Punkt durchsetzen will und kann. Die jetzige Regierung  
kann den Arbeiterforderungen nicht mehr Rechnung tragen, als es  
die früheren Regierungen, auch die des Herrn Scheidemann, getan  
haben. Unsere gesamte Reichstagsfraktion hat die Haltung unserer  
Parteileitung in der Regierungsfrage gebilligt. Die sozialdemo-  
kratische Partei hat in der Regierung nur die bürgerliche Politik  
der Demokraten mitgemacht. Sie hat einen Ruck und keine zu  
Ministern gemacht, die reaktionärer gewirtschaftet haben als  
irgendein anderer. Mit einer so ramponierten Partei (Hellerkeit)  
können wir nicht zusammengehen. Die Einigkeit des Proletariats  
kann nur auf der Basis unseres Programms erfolgen. (Beifall bei  
den U. Soz.)

Die optimistischen Erwartungen, die Herr Scheidemann an die  
Rede des Reichstanzlers geknüpft hat, kann ich für meine Partei  
nicht teilen. Herr Fehrenbach hat Front gemacht gegen die Leute,  
die Mißtrauen gegen Deutschland wecken. Er sollte sich zunächst  
den Reichswehrministern Dr. Gehler vornehmen, dessen Redewen-  
dungen zu einem solchen Mißtrauen den größten Anlaß geben.  
Er hat die Verschlebung der Marburger Zeitungsaffäre an ein Miß-  
lägergericht entschuldigt. (Minister: Nach den damals geltenden  
Vorschriften war das berechtigt. Diese Vorschriften gelten heute  
nicht mehr.) Diese damals geltenden Vorschriften haben tatsäch-  
lich gegen den Friedensvertrag verstoßen. Die Militärs sind ihren  
zivilen Vorgesetzten tatsächlich über den Kopf gewachsen. Herr  
Gehardt, der Oberste Generalfeldmarschall, kommandiert nach  
wie vor in Wilhelmshaven mit Ihrer Zustimmung, Herr Dr.  
Gehler. (Minister Dr. Gehler widerspricht.) Wenn ich ihn finde,  
werden Sie ihn doch auch finden können, Herr Minister. Der  
„Verein ehemaliger Angehöriger der Ehemaligen Division“ ersucht  
den „Nationalen Heimatsbund“ einfach um Auslösung von  
Militärfahrkarten an einzelne Leute. Wir haben eine Fülle von  
Material zum Beweise dafür, daß von den Militärs ein neuer  
reaktionärer Putsch vorbereitet wird. Ich fordere schon jetzt die

Klassenbewußte Arbeiterschaft auf, sich zur Abwehr eines solchen  
Putsches durch den politischen Generalstreik zu rüsten. (Beifall bei  
den U. Soz.) Nicht Abban der Zwangswirtschaft, wie der Reichs-  
kanzler, fordern wir, sondern ihre Vervollständigung. Nur so  
kann das Volk sich zu erträglichen Preisen ernähren. (Sehr richtig!  
bei den U. Soz.) Die Sozialisierung des Großgrundbesitzes läßt sich  
ebenso durchführen, wie die Sozialisierung der Bergwerke. Das  
gesamte Wohnungswesen in den Großstädten bedarf dringend  
Überführung in die Gemeinwirtschaft. Der Staat hat schon ein-  
greifen müssen, um Konjunkturgewinne zu verhindern. Es stimmt  
uns sehr bedenklich, daß der Reichskanzler sagte, die Regierung sei  
gegen jeden Klassen- und Klassenhaß. Gegen Klassenhaß sind wir  
auch. Der Reichskanzler scheint sich aber der Illusion hinzugeben,  
daß die Klassenkämpfe sich beseitigen lassen. Die Verflechtung  
der Klassen gegeneinander bedeutet ja nur die Aufrechterhaltung der  
Ausbeutung. Der Klassenkampf ist nach dem Kriege aufs höchste  
gestiegen, und die herrschenden Klassen haben in ihnen alle Klug-  
heit auf Moral und Menschlichkeit fallen lassen. (Sehr richtig!  
bei den U. Soz.) Und wer gegen diesen Staat ist, wird zu Fall  
gebracht, ja ermordet. Professor Nikolai, der während des Krieges  
gegen den Militarismus eintrat, ist eines der Opfer. Die Kriegs-  
hege spielen ja heute noch eine bedeutende Rolle in den Regie-  
rungsparteien. Der Senat der Universität Berlin hat Professor  
Nikolai für unwürdig erklärt, an der Universität zu lehren. Das  
ist ein deutscher Beweis dafür, daß die Professoren jedes Rechts-  
und Anstandsgefühl verloren haben. Das ist der Verfall der  
intellektuellen Kräfte des Bürgertums. Ein anderer Fall ist die  
Gemordung meines Freundes Paasche. Das wird ja nicht der  
letzte Fall sein, den die Irgendwo in Berlin folgende Mordzentrale  
auf dem Gewissen hat. Der Vorgang ist derselbe wie bei der Er-  
mordung Liebknechts und anderer, von denen man nachher be-  
hauptet hat, sie wollten fliehen. Der Verfall eines Kriminal-  
kommissars, der zur Aufklärung auf das Gut Paasches geschickt  
wurde, sagt Paasche habe durch seinen Umgang jedes Rechtsgefühl  
verloren und sei Wildieb geworden. Paasche hat nämlich wäh-  
rend des vergangenen Winters eine Anzahl Hirsche geschossen und  
sie in Not befindlichen Landarbeitern zur Nahrung gegeben.  
Das haben ihm seine Gutsnachbarn nicht verzeihen, sondern ihn  
wegen seiner menschenfreundlichen Handlung als Wildieb und  
Inhaber eines Waffenlagers verleumdet, und dann hat man 60  
Schwerbewaffnete gegen den völlig waffenlosen Paasche aus-  
geschickt. Der Klassenkampf wird nur immer schärfer werden. Das  
Proletariat wird mit allen Mitteln auf den Sozialismus hin-  
arbeiten. Ein Teil des Klassenkampfes wird sich auch um die Be-  
seitigung des 10prozentigen Lohnzuschlags für die Steuer drehen,  
die der Reichstanzler nicht in Aussicht gestellt hat. Die auswär-  
tige Politik der Unabhängigen besteht darin, mit den arbeitenden  
Klassen des Auslandes Fühlung zu nehmen, weil sich nur durch  
gegenseitige Verbrüderung ein Ende der Ausbeutung erreichen  
läßt. Nur so können wir dem Ausbeutungsinstitut der herrschen-  
den Klassen in Frankreich und England entgegenarbeiten. Bei  
einem deutschen Siege wäre die Lage ebenso gewesen. Darum sind  
wir schon während des Krieges gegen die herrschenden Klassen  
in Deutschland aufgetreten. Hätten wir im Frühjahr 1918 mit  
dem Generalstreik Erfolg gehabt, und hätten wir die herrschenden  
Klassen damals auf die Knie gezwungen, dann wäre ein Friedens-  
schluß in dem Augenblick möglich gewesen, als Deutschland mili-  
tärlich noch auf der Höhe war. Die geschichtliche Entwicklung hat  
uns immer recht gegeben. Sofort nach der Revolution, als das  
Bürgertum am Boden lag, hätte sich der Sozialismus noch durch-  
setzen lassen. Daran, daß das nicht gelungen ist, trägt die Sozial-  
demokratische Partei die Schuld. Die Sozialdemokraten mühten  
sich, ebenso wie sie sich von Koste und Helne freigemacht haben,  
auch von Scheidemann befreien, dann werden sie vielleicht für uns  
händlungsfähig. Unser Ziel ist die Verbrüderung der Arbeiterschaft.  
(Beifall und Händelklatschen bei den U. Soz.)

**Reichswehrminister Dr. Gehler** stellt gegenüber dem Abg. Le-  
debour fest, daß die Zeitbewilligen in Thal damals ein Bestand  
der Reichswehr waren.

**Abg. Herzog (Dnatt.):** Das parlamentarische System hat  
Mißfolge gemacht, es hat hinsichtlich der Bildung der Regierung  
nach dem eigenen Verhalten seiner Wähler hantiert gemacht. Bei  
uns liegt zwischen rechts und links eine zu große Kluft. Unter  
Zurücklassung parteipolitischer Interessen müssen darum die Par-  
teien dazu beitragen, eine tragfähige Mehrheit zu bilden. Gegen  
diese Forderung haben alle Parteien mehr oder minder verstoßen.  
Die Unabhängige Partei hat sich schroff ausgeprochen gegen jede  
formale Demokratie und Koalitionsbildung; sie setzte sich für  
eine revolutionäre, sozialistische Demokratie für die Diktatur des  
Proletariats. Das zeigen ja auch neuerdings die Kundgebungen  
aus München. Mit ihrer Haltung haben sich die Unabhängigen  
außerhalb der Versammlung gestellt. (Sehr richtig! rechts, Lärm  
und Gelächter bei den U. Soz.) An eine große Koalition, der fast  
das gesamte Volk angehört, konnten nur Ideologen glauben. Die  
Mehrheitsparteiisten haben eben den Beweis erbracht, daß sie un-  
fähig zu jeder politischen Mitarbeit sind. (Sehr richtig! rechts,  
Lachen bei den Soz.) Nachdem die Mehrheitsparteiisten in der  
Regierungsbildung versagt haben, wäre eine bürgerliche Gesamt-  
koalition das Gebotene gewesen. Hier war es schuld der Demokra-  
ten, die ja schon in der früheren Koalition das Bürgertum ver-  
raten haben, daß unsere Partei nicht einmal gefragt wurde. (Sehr  
richtig! rechts, Gelächter bei den Dem.) Wir haben ein Aufbaupro-  
gramm und das kann sich sehen lassen. (Unruhe und Gelächter.)  
Die sozialdemokratische Partei hat die Verantwortung, daß das  
Bürgertum nicht geschlossen auftritt. (Lebhafte Zustimmung  
rechts.) Auch das Zentrum, das uns in der Vergangenheit so  
vielen zu danken hat, trägt ebenfalls mit der Verantwortung am  
Schleim der gesamt-bürgerlichen Koalition. Und selbst die  
Deutsche Volkspartei, mit der wir gemeinsam den Wahlkampf  
gegen die alte Koalition geführt haben, hat nicht energisch genug  
auf diese breite und allein richtige Basis hingearbeitet. (Sehr  
richtig! rechts.) Wir hoffen aber trotzdem, daß sich alle Parteien,  
die diesen Willen und die Fähigkeit zum nationalen Aufbau ha-  
ben, der untrennbar verbunden ist mit dem idealen und moralischen  
Wiederaufbau, zusammenfinden werden in diesem großen Ziel.  
(Lebhafte Beifall rechts.)

**Minister des Auswärtigen Simons:** Die vom Herrn Vor-  
redner geforderte Veröffentlichung der Ententeenoten erfolgt in  
den morgigen Morgenblättern. Es wird mein Bestreben sein, der  
Öffentlichkeit stets die zwar harte aber notwendige Wahrheit zu  
geben. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag Schulz und Genossen (Dnatt.) auf Ein-  
stellung der Voruntersuchung gegen den deutschen nationa-  
len Abgeordneten von der Kerkhoff wird dem Geschäfts-  
ordnungsausschuß überwiesen.

Der Präsident verliest die eingegangenen Interpel-  
lationen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen; Be-  
richte des Geschäftsordnungsausschusses über Antrag Ledebour

(U. Soz.) auf Haftentlassung des Abg. Wittmann (U. Soz.) und  
des obigen Antrags Schulz-Bromberg (Dnatt.), Fortsetzung der  
Besprechung der Regierungserklärung.  
Schluß 7 Uhr.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

**Dehla-Marktleberg.** Gemeinderatsitzung. Eine  
Reklamation gegen die Erhöhung der Bezirksteuer ist abgelehnt  
worden. Die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderates hatte  
feinerzeit die Reklamation beschlossen (mit Hilfe von zwei Mehr-  
heitsparteiisten), um gegen den Arbeiterrat der Amtshauptmann-  
schaft zu protestieren. Die Kartoffelversorgung für das kommende  
Wirtschaftsjahr stellt die Gemeinde wieder vor schwierige Auf-  
gaben. Halb Zwangswirtschaft (die, wie die Erfahrung lehrt,  
kräftig sabotiert wird), halb freier Handel, und dabei sollen die  
Gemeinden verpflichtet, die angegebenen Mengen abzunehmen,  
ganz gleich, zu welchen Zeiten sie geerntet werden. Die amtlichen  
Befanntmachungen erschienen noch bis Ende des Jahres in der  
Dehlaer Zeitung. Der Aushang erfolgt vorläufig in zwei Wochen-  
läufen. Es wird nun am größten Teil der Einwohnerschaft liegen,  
zu beweisen, daß das Abnehmen des Dehlaer Winterblatens  
nicht mehr notwendig ist. Die Giroausgaben werden mit  
2 bis 3/4 Prozent vermindert, größere Guthaben höher. Dem  
Arbeiter-Turn- und Sportverein Marktleberg wird der Schiller-  
platz zum Turnen zur Verfügung gestellt. Ballspiele sind nicht  
gestattet, um die Anlagen zu schonen. Zu Anwesenheiten bei  
Feuergefahr werden drei Streden angeordnet. Die Preise für  
das Bad in der Schule müssen erhöht werden, für Bannendbäder  
auf 1 Mt., für Brausebäder auf 80 Pfg. Auch erfährt der Wasser-  
preis eine Erhöhung, die der Bauauschuss noch festsetzt. Nach  
längerer Aussprache wurde beschlossen, den Schulkindern der Ge-  
meinde das Fließbad Marktleberg an vier Tagen der Woche  
unentgeltlich zu öffnen. Ausgenommen sind die Sonntage und  
die zwei Konigertage Mittwoch und Sonnabend. Unsere Fraktion  
trat für Freigabe sämtlicher Wochentage ein.

**Gandorf.** Aus dem Gemeinderate. In der letzten  
Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, bei der Kraftwagen-U. S.  
anzufahren, für welchen Preis der Rentner Kohle vom Michel-  
sonen nach Gandorf befördert werden könnte. Das Ortsge-  
schäft über Kleinhausbauten soll öffentlich ausgesetzt werden. Den  
Gemeindearbeitern Richter wurden 20 Pfg. und Frenzel 10 Pfg.  
pro Stunde zugelegt. Der Vereinigung für Krankenfürsorge zu  
Leipzig wurde ein Jahresbeitrag von 5 Mark bewilligt. Die  
Gemeinde erhebt zu der durch das Reichsgericht geordneten Grund-  
erwerbsteuer einen Zuschlag von 1 Prozent des der Berechnung  
der Grundsteuersteuer zu Grunde gelegten Wertes oder Betrages.

**Lehles.** Aus dem Gemeinderate. Eine außerordent-  
liche Resolution hat die Kassen in Ordnung gefunden. Auf Antrag  
des Genossen Burk wurde die Gründung eines Ortskrankenhauses  
gegen eine Stimmenthaltung beschlossen. Ein diesbezügliches Gesuch  
soll an das Ministerium gerichtet werden. Ferner wurde einem  
Antrage des Genossen Stöge zugestimmt, den Kirchenvorstand zu  
erschicken, die am 1. August 1919 abgeänderte Gebührenordnung  
für Beerdigungen auf dem Friedhofe zu Leuhles, wo unter dem  
Abjakt IV besondere Bestimmungen enthalten sind, nach denen  
Unterschiedliche die Gebühren zum Teil 50 bis 100 Prozent höher  
bezahlen sollen, aufzuheben. Der Gemeinderat nahm Kenntnis  
von einem an die Amtshauptmannschaft gerichteten Schreiben zu  
den Vorschlägen des Rates wegen der Erneuerung der selbst-  
ständigen Gutsbezirke Leuhles mit Barmen und Burgau. Auf  
Vorschlag des Bauauschusses wurde das abgeänderte Projekt für  
die Kleinwohnungsbauten gutgeheißen. Zur Ausführung sollen  
zunächst zwei Häuser kommen. Der Anlage eines Schachtbrunnens  
an der Ede Haupt- und Grenzstraße wurde zugestimmt. Das  
Gesuch des Eisenbahn-Maschinenamtes, das den Anschlag des  
Gondschalters auf dem hiesigen Bahnhofe an das Wasserrohr  
wünscht, wurde genehmigt. Die Kosten übernimmt die Bahn-  
verwaltung. Für die im Kaffeegebäude des alten Gasthofes ge-  
plante Volksbibliothek liegt ein Entwurf mit Kostenanschlägen  
vor. Die Angelegenheit wurde zur nochmaligen Prüfung der  
bedürftigen Einrichtungen an den Bücherbesitzer überwiesen.  
Da eine Kostenaufstellung des Gemeindebaues einen ganz erheb-  
lichen Fehlbetrag erwies, richtete sich der Gemeinderat ge-  
genwärtig die Preise für die Bäder zu erhöhen. Ein Bannendbad  
kostet nunmehr 3 Mt., ein Brausebad 1 Mt. und ein Kinderbad  
30 Pfg. Für das Brausebad beträgt die Badezeit jetzt 20 Minuten.  
Das Bad ist drei Tage in der Woche geöffnet.

## Gerichtssaal.

**Schwurgericht.**

**Ein witzvoller Raub.** Die Wirtschaftlerin Pauline Margarete  
Elsabeth Heine aus Remberg wohnte mit dem Buch-  
binder Paul Arthur Kühn aus Leipzig im Dreimäderhaus. In  
der Goldenen Kugel lernte die Heine den Sachverständigen  
kennen, der mit seinem vielen Gelde renommierter. Da die Heine  
und Kühn ohne Bargeld waren, kamen die beiden überein, dem  
Heine das Geld abzunehmen. Kühn verständigte seinen Freund,  
den Müllergehilfen August Friedrich Hermann Ohme aus  
Schwenditz, von diesem Plan. Hey wurde unter dem Vorwand, er  
wünsche Gold und Silber aufzukaufen, in die Wohnung der beiden  
ersteren bestellt. Als Hey kam, wurde die Tür geschlossen, Kühn  
und Ohme packten den Hey und würgten ihn am Hals. Hey  
konnte sich aber losreißen und erhob ein Geschrei, so daß Ohme  
verschwand und Kühn durch die Fenster über die Dächer entfloh.  
Von den 30000 Mt., die sie erbeuten wollten, war ihnen nichts  
in die Hände gefallen. Die Geschworenen bejahten die Schuld-  
frage des versuchten gemeinsamen Raubes, und das Gericht ver-  
urteilte Ohme und Kühn zu einer Gefängnisstrafe von je einem  
Jahre drei Monaten, die Heine zu einem Jahre Gefängnis, alle  
drei zu je drei Jahren Ehrverlust. Dem Kühn und der Heine  
wurden vier Monate zwei Wochen der Unterjuchungshaft auf die  
Strafe angerechnet.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. L. v. Schönefeld.** Die Befreiung kann nur solchen An-  
geklagten ausbleiben, die bisher überhaupt noch nicht in der  
Angeklagtenversicherung verlichtet waren.

**H. B. 28.** Vorstehendes gilt auch für Ihre Anfrage.

**Arnold 100.** In diesem Falle besteht Anspruch auf Erwerbs-  
losenunterstützung allerdings nicht. Sie müssen eben die Armen-  
fürsorge in Anspruch nehmen. Das Wahrscheinliche ist da-  
durch nicht.

## Arbeiter! werbi neue Volkszeitungsleiter.

### „Die Zentralgewerkschaften als Hemmschub der Revolution!“

Ueber dieses Thema sprach der Genosse Faldon-Berlin am Mittwoch, dem 30. Juni, abends 7 Uhr, im Felsenkeller, in dem Donnerstag, dem 1. Juli, abends 7 Uhr, in den Drei Lilien.

Revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Halle! Alle Gewerkschaftsführer sind besonders eingeladen. Freie Aussprache zugelassen. Allgemeine Arbeiter-Liga Deutschlands.

### Der Klassenkampf in Russland.

Von Paul Böttcher. Preis 30 Pfg.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

### Halt! Aufgepaßt! Halt!

Frau Wittollos  
kauft immer für alle u. neue  
Wäsche, Herren- und  
Damenmoden sowie alte  
Herrenmoden, einzelne  
Möbelstücke sowie ganze  
Wirtschaften, Leinwand-  
stoffe, Gardinen, Teppiche,  
Stores sowie jeden alten  
Schmuckgegenstand.

Lortzingstraße Nr. 12,  
am Felsenkeller, Tel. 13150.

### Inferne

sind nicht an die Revolution  
sondern an die Expedition d.  
Leipz. Volkszeitung zu richten.

## Eutritzsch.

Mittwoch, den 30. Juni 1920, abends 8 Uhr

### Elternversammlung

im großen Saale des Gosenbüschens.

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Elternräte.  
2. Bericht betreffend der Schulsozialen.

Der Elternrat der 33. Volksschule.

---

### In 1 Stunde vertilgen Garantie

auch Flöhe samt Brut (Nissen) bei Men-  
schen und Tieren mit „Eckold“.  
Für Bunden unerschöpflich. Verf.: Schletter-  
straße 12, G., Neubere Straße Str. 57, B., Josephstr. 17, L.

## Verband der Gärtner u. Gärtnerarbeiten

Leipzigs, Gerberstraße, Hotel Viktoria, 4. Et., Zimmer 100  
Geöffnet 5-7 Uhr.

Mittwoch, den 30. Juni 1920, abends 7 1/2 Uhr  
im Volkshaus, Zimmer Nr. 9

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag.  
Donnerstag, den 1. Juli 1920, abends 8 Uhr  
im Volkshaus, Zimmer Nr. 2

### Sektion der Blumengeschäftangestellten

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Bericht der Tarifkommission, Tarif in Leipzig zu haben.  
Bitte die werten Leser, ihnen bekannte Gärtner und  
Blumengeschäftangestellte (Wunderkinder) auf diese An-  
zeige aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung Leipzig.

Lichtspiele Alberthalle, Krystallpalast



Neul Ab heute Dienstag, 29. Juni, der mit Spannung erwartete Film Neul
Der Hund von Baskerville
V. TEIL Uraufführung für die ganze Welt! V. TEIL
Ausserdem
„Hoteldiebe“
Ein Detektiv-Film in 4 Akten.
Nur für Erwachsene! Neul



Neues Theater.

Reinholdplatz, Fernruf 1418.
Dienstag, den 29. Juni 1920
188. Kuriositäts-Vorstellung in Folge, 8 Uhr
Der fliegende Holländer.
In 8 Aufzügen von Richard Wagner.
Musikalische Leitung: Kapl. Gombert. Bühnenleitung: Karl Schiffer.
Personen: DeLash, ein norwegischer Seefahrer (Hans Müller);
Genta, seine Tochter (Kamilla Gura-Summe); Erik, ein Jäger
(Stuboff Jäger); Maria, Genta's Nichte (Lucia Rieder-Schäfer); Der
Steuermann Boland (Willy Bögel); Der Holländer (Walter Soomer)
Mannschaften des fliegenden Holländers, Matrosen des Norwegers,
Bildhauer. — Ort der Handlung: Die norwegische Küste.
Jüngere Fassung nach dem 1. und 2. Aufzuge.
Opern-Preise. Einlog 2, 1. Loge 1, 2. Loge 7/8. Ende gegen 10 Uhr.
Mittwoch, den 30. Juni: 187. Kuriositäts-Vorstellung (1. Folge, 8 Uhr)
Ahnungslinder. Einlog 2, 1. Loge 1, 2. Loge 7/8.
Donnerstag, den 1. Juli: 188. Kuriositäts-Vorstellung (2. Folge, 8 Uhr)
Schwamm-Exhibitionen. Einlog 2, 1. Loge 1, 2. Loge 7/8.

Neues Operetten-Theater.

Geschlossen.
Mittwoch, den 30. Juni: Die ideale Waise. Einlog 2, 1. Loge 1, 2. Loge 7/8.
Donnerstag, den 1. Juli: Schwarzwaldmädel. Einlog 2, 1. Loge 1, 2. Loge 7/8.
Die Rasse des Operetten-Theaters ist ab heute täglich vormittags
von 10-12 Uhr mittags geöffnet.

Theater in der Götterstraße (Stammerspiele)

Fernr. 12.800.
Dienstag, den 29. Juni (letzte Abendvorstellung) 7 1/2
Uhr Der Großstadt-Kavalier. 7 1/2
Uhr
Schwan in 3 Akten von Georg Dioniswili.

Marionettentheater Messplatz

Hauptrestaurant
Täglich 4 Uhr: Motzschpöckel; 8 Uhr: Vorstellung für
Erwachsene: Die Zwergensicht bei Wolfenstein.
Marionetten-Varieté. — Vorber.: Althoff.

Krystall-Palast

Zum vorletzten Male:
Gastspiel
Curt Offers Operetten-Gesellschaft
In der erfolgreichen Operette:
Der Soldat der Marie.
Operette in 3 Akten v. Bernh. Buchbinder,
Jean Kren und Alfred Schönfeld.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Drei Linden

Täglich abends 7 1/2 Uhr
Der grosse Varieté-Spielplan
sowie
die öffentliche Herausforderung
des Improvisator Max Neubert
Der Dichter-Wettstreit
um die Ehre des besten Titel und die von
der Direktion ausgesetzte
Prämie von Mk. 1000.—
Paul Förster gegen Max Neubert.
Ergebnis der Dichter-Schlacht bis 28. 6.
Förster 257 Punkte
Neubert 235 Punkte
Am 30. Juni Entscheidung.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33496 und 33543),
Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Ab 1. Juli gastiert der beliebte Schauspieler

Bernhard Wildenhain
Mitglied des Leipziger Schauspielhauses
in dem grossen Sensations-Sketch „Radium“

Varieté Drei Linden

sowie der neue Varieté-Spielplan.

Film-Palast

L.-Lindenu, Gundorfer Strasse 31.
Ab Dienstag bis Donnerstag (nur 3 Tage)
2 Origin.-Amerik.-Wild-West:
Die Todesfahrt durch die Steppe.
3 Akte.
Der tollkühne Raub im Expresszug.
2 Akte.
Ferner:
Die Dame mit den Smaragden
Drama in 5 Akten mit Mya Mara.

Arbeiter-Gesangverein Rötha.

M. d. A.-S.-B.
SONNTAG, den 11. Juli 1920, nachmittags 1/2 2 Uhr:
Gr. Sängerfest zu Rötha
Darbietungen von Massen- und Einzelchören.
Mitwirkende: Circa 1500 Sänger des Leipziger Gauos.
Anschließend: GROSSER BALL.
PROGRAMME für die Mitglieder à 1.— Mk., für die Gäste 1.50 Mk.
Zahlreichen Besuch erwartet DAS FESTKOMITEE.
Generalprobe zum Massenchor am Festtag, 1/2 1 Uhr, im Schützenhaus.

Neuer Gasthof Gohlis.

Heute Dienstag abends 8 Uhr: Grosses Ballfest.

Trojans Schützenhaus Eisenbahnstrasse 129

Fernsprecher 60138
Inhaber: Paul Knöbel
Morgen Mittwoch ab 7 1/2 Uhr: Der elegante Mittwochs-Ball

Wadewitz kauft

Windmühlen-
strasse 33, I.
nieder Altona
Tel. 15475
Herren- und Damen-
Garderobe
Militär-Sachen, Wäsche.

Goldene Krone Connewitz

Saalkasse der 10 u. \* -Bahn.
Inh. August Schulze. Fernspr. 35752.
Storgen Mittwoch, 7 Uhr abends
Großer Festball!

Advertisement for Stuart Webbs featuring a portrait of a man and text: Der Abenteuerfilm mit dem stärksten Erfolg! Heute zum vorletzten Male: Stuart Webbs. Der gefährlichste Meister-Detektiv in seinem tollkühnen Abenteuer „Die graue Elster“ oder: Das Attentat im Orient-Express. 5 raffiniert inszenierte 5 Akte. Mit diesem Film bringen wir ohne Zweifel das fabelhafteste Werk, das bis jetzt auf dem Gebiete der Detektiv-Sensationsfilme hergestellt wurde. Jeder Besucher, der den beliebten Stuart Webbs in diesem Abenteuer gesehen hat, muß zugeben, daß die Leistungen des tollkühnen Meisterdetektivs nicht zu übertreffen sind. !Webbs — bleibt Webbs! Hierzu der übrige ganz erstklassige Spielplan. Alleiniges Erstaufführungsrecht! Kammer-Lichtspiele. Windmühlenstrasse 7. — Am Königsplatz.

Alles Theater.

Verien bis einschließlich 31. Juli.
Leipziger Schauspielhaus.
Dienstag, den 29. Juni 1920
Gastspiel Anton Grand.
Svanselmarierung.
Schwan in 3 Akten von Franz Weidol und Ernst Bach.
In Szene gesetzt von Anton Grand.
Personen: Kommissar Anton Schwabe, Gabriel Belter, C. J.
Gerhard, sein Knecht (Bernh. Wittenbain); Mathias Garmann,
sein Kompanion (Ed. Braunstein); Helene, seine Tochter (Adele
Brand-Witt); Dr. Hans Hellwig (Otto Gieseler); Grotte (Hans
188444) (Hans Kiffisch); Wilhelm Lemke (Karl Walden); Augustin
Rittemann (Stella Davis); Anna, ihre Tochter, Adelin del Schwabe
(Umille Winterberg); Karl, Diener del Schwabe (Heinz Salgan);
Frau Hofmann, Portierdel Frau (Ed. Heller-Widmann).
Ort der Handlung: Eine große Provinzstadt.
\* \* \* Kommissar Anton Schwabe \* \* \* Anton Grand.
Worte nach dem 2. Akt.
Gewöhnliche Preise.
Einlog 7 1/2 Uhr. Einlog 7 1/2 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr.
Zugend- und Ankerkassen haben Willkür.
Mittwoch, den 30. Juni: Gastspiel Anton Grand: Svanselmarierung. Einlog 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 1. Juli: Gastspiel Anton Grand: Svanselmarierung. Einlog 7 1/2 Uhr.
Die Bedingungen für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden
von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends
8 Uhr an der Theaterkasse angenommen.

Leipziger Volksbühne.

Städtische Leitung: Fritz Biedermann
Mittwoch, den 30. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr
Bereitsvorstellung für den Bezirkslehrerverein L.-Land.
Robert und Bertram.
Abends 7 1/2 Uhr.
Gerie 13
Robert und Bertram.
Woffe mit Gefang und Längen von Gustaf Kneber
Einlog 7 1/2 Uhr. Einlog 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr
Karten an der Tageskasse (Tel. 6. N. Coppin, Petersstr. 13)
Spielplan: Donnerstag: Gerie 13; Robert und Bertram.
Freitag: Gerie 14; Robert und Bertram.

Baltenberg

Varieté.
Abends 7.30 Uhr
Nur noch bis 30. Juni
Gastspiel
Blatzheim Arbeit u. Kapital.
„Der müde Theodor“
Am 1. Juli:
Das Lorle vom Schwarzwald.
Ab 1. Juli
Paul Beckers mit Fr. Silvaré in der Burleske
Neul Die Erbtante. Neul
Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zig.-Gesch. Katharinenstr. 6.

Goldner Adler, Lindenu

Morgen Mittwoch, 7 Uhr abends
Großer Damen-Ball.

Wintergarten

Eisenbahnstrasse 58. Fernruf 18195/96

Sein Todfeind

Sensationelles Abenteuer. 5 Akte, mit
Marga Lind von Harry Biel.

Via Ven im Lustspiel

Via, das Prinzkeuchen.
Und der übrige reichhaltige Spielplan.
Jugendvorstellung.

Lindenfels

Karl-Heine-Strasse 50. Fernruf 18195/96

Das einsame Wrack

(Die geheimnisvollen Mitglieber des
„Orion-Klub“).
Sensationelles Film in 8 Akten.
Die Tauchtaucher wurden von Helms Carl Selland
mit Hilfe der schlauesten Dänzer-Tiefseetaucher-
apparate verlohnt unter Wasser aufgenommen. —
Denn Carl Selland feuert sein 100 P.S. Renuboot
„Fislobau“.
Und der übrige Spielplan.
Jugendvorstellung.

# Umlage Bekanntmachungen.

## Markranstädt.

In der Woche vom 6.-12. Juli sind für Lebensmittel folgende Kartenabschnitte bis Donnerstag 1 Uhr abzugeben:  
 Nr. 01 Haferflocken, Nr. 02 Erbsmehl, Nr. 46 Marmelade, Kinderkarte, 2-12 Jahre, Kindersperrenmehl, Markranstädt, den 29. Juni 1920.  
 Der Stadtrat.

## 300 Mark Belohnung

demjenigen, der meine abhanden gekommene Passierscheide, 100 Mark (Wert 37 Mark), Farbe gelb, mit roten in der Mitte aufgedruckten blauen Stiefmütterchen, wiederbringt oder nachweist, wo sich dieselbe befindet.  
 Ketz, Lindenau, Siemerlingstr. 8.

## Metallarbeiter

**Verband**  
 Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, an den Versammlungen teilzunehmen. Die Versammlungen finden am Montag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, im Saal des Arbeitervereins, Lindenau, Siemerlingstr. 8, statt.  
 Der Vorstand.

## Große Ortsverwaltung.

Montag, den 5. Juni, Fortsetzung des Vortrages Arbeiterrechte im Saal des Arbeitervereins.

Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr, Branchensammlung im Volkshaus, Tagesordnung: Kommissions- u. Betriebsbericht. - Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Kommission.

Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, Laucha. Versammlung im Löwen.

## LUNA-Lichtspiele

Von Dienstag, 29. Juni bis Donnerstag, 1. Juli  
**Um Diamanten und Frauen**  
 Phantoms-Detektiv-Schlager in 5 Akten  
 u. Die Tragödie des Professors Dollon. 5 Akte.  
 Erschütterndes Lebensbild aus der Gesellschaft.

Abonnenten berücksichtigen bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung.

## Licht-UT-Spiele

Hainstrasse 19 Fernspr. 2187  
**Nur noch 3 Tage!**  
**Bruno Kastner**  
 und Ria Jende  
 in dem prachtvollen Filmspiel  
**Der Weltmeister**  
 5 Akte 5 Anfang 4 Uhr  
**Doppel-Programm!**  
 Die beliebte Darstellerin  
**Charlotte Böcklin**  
 in dem tragischen Spiel  
**Der Goldfisch**  
 5 Akte 5 Anfang 4 Uhr

## Lichtspiele

### Zschocher

Telephon 40960 Inh.: M. Raschke  
 Ab Dienstag bis Donnerstag  
**Indische Rache**  
 Großes sensationelles Abenteuer in 6 spannenden Akten.  
 In der Hauptrolle:  
**Edith Meller und Karry Liedke.**  
**Der kleine Lord**  
 Schauspiel in 4 Akten.  
**Um die Hand Ihrer Tochter**  
 Lustspiel in 2 Akten.  
 Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 5 Uhr.

**Albrechts Institut für Naturheilkunde**  
 Leipzig, Nürnberger Str. 4, Teleph. 5593  
 Sprechzeit von 10 bis 11 Uhr.  
 - Früher Albrechts Naturheilkunde, Halle a. S. -

**Zigaretten**  
 kaufen Sie vorteilhaft und billig alle Sorten in der Zigaretten-Großhandlung  
**Heinrich Monderer, Kirchstraße 94.**

**Tapeten!** Große Auswahl billiger Preise  
 Echte Wandtapeten! Buntglas-papier, (gut Kleister)  
**Volks-Tapetenhaus**  
 Glienitzstr. 88, Ecke Mollstr.  
**Kammerjäger Wagner**  
 wohnt Senfstr. 11, S. 1

**Kaufe**  
 Gold- u. Silberwaren  
**Uhren**  
 Schmuckgegenstände  
**M. Israel** Uhrmacher  
 Prometenstr. 5.

**Schellack in Blättern**  
 40 Mark  
**Regulator m. Schläm, f. neu**  
 17 Mark  
**Regulator m. Schläm, f. alt**  
 10 Mark  
**Regulator m. Schläm, f. alt**  
 10 Mark  
**Regulator m. Schläm, f. alt**  
 10 Mark

**Wichtig!**  
 Sie verkaufen am vorteilhaftesten Ihre  
**Zeitungen**  
**Bücher**  
**Mosch**  
**Gumpen**  
**Glaschen**  
**Strumpfwolle**  
 nur bei  
**R. Hoffmann**  
 Leipziger-Enger, Spichernstraße 8.



**Paul Baumann**  
**Fischwaren-Groß-**  
**Handlung**  
 767. 14722 Windmühlenstr. 42  
 Weit über 10 000 Pfd. blutfrische  
**Schellfische Pfd. 2.50**

Setzen fleischigen Goldbarsch, keine Rotzungen  
**Prima weissfleischigen Seehecht**  
 und Cabellau ohne Kopf 3.00  
**Prima Salzheringe Pfd. 2.25**  
**Neue Schottenheringe Pfd. 5.-**  
**Zarte Bismartheringe Pfd. 3.-**  
**Feine Gabelbissen Pfd. 3.-**  
 Pa. Beringsrogen, keine Beringsmilch, 2 Pfd. 1.50  
 1 Pfd. Speise-Würst bei Abgabe von 2 Pfund Fisch, gleich welcher Sorte, Gefäße mitbringen.  
**Gratis!**  
 Meine beliebte **Leber-Ballete** Dose 3.50  
 Medizinal-Dorsch, Leber-Ballete von unter Kontrolle des vereideten öffentlichen Nahrungsmittelchemikers Dr. Witz.

## Zigaretten!!!

**Belmar** Riesensformat 390<sup>00</sup>  
**Bouby** " 310<sup>00</sup>  
**Die achte Bull Dog** 310<sup>00</sup>  
 Allos gelbe Tabake und Riesensformat ohne Preisdruck.  
 Bei größerer Abnahme entsprechend billiger!  
 Probekollekt 2 Mille per Nachnahme.  
**M. Glaser, Leipzig**  
**Katharinenstraße 17**  
 Tel. 3918 Engros und Detail Tel. 3918

**Arbeitsmarkt**  
**Geschäftsführer gesucht.**  
 Der **Fabrikarbeiter-Verband**, Bezirksabteilung **Schweinfurt a. M.**, sucht zum sofortigen Eintritt einen **Geschäftsführer**. Reflektiert wird nur auf eine reiche Kraft; tüchtig in der Kassenführung sowie rednerisch begabt. Das Bewerbungsschreiben muß enthalten neben Lebenslauf, Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sowie eine selbständige Arbeit über die Tätigkeit und Aufgaben eines Kassationsleiters. Bedingung: mehrjährige Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Organisation. Bewerber, die Kenntnisse in der chemischen Industrie nachweisen können, werden bevorzugt. Gehalt 1200 Mk.  
 Bewerbungsschreiben sind bis 10. Juli einzureichen an **H. Federich, Schweinfurt, Seestrasse 8, I.**

**Leipziger Zigarrenfabrik**  
 sucht gute  
**Penalarbeiter.**  
 Zuschrift u. d. 83 a. Exp. d. Bl.  
 Arbeitsweise, täglich ca. 15 Jahre, gesucht. Arzenei-Drogerie, Risch, Dierstr. 35

**Buchbinder-Lehrling**  
 in gute Werkstatt sof. gesucht.  
 Wäckerstr. 26, Hofgeb. II.

**Hausierer** für gute Arbeit gesucht. **Paul Trohisch,** Wurmer Straße 107, I.

**Enkelin Herren u. Damen**  
 reibend. Kleidermacherin f. Leipzig u. ganz Deutschland gegen hohe Provision gesucht. Logo u. meld. Federstr. 1, III. Teil.

**Korsett-Mäherinnen**  
 auch Lernende, werden gesucht  
 Böhlts-Str. 2, Wettinerstr. 20

## Preiswertes Angebot

solange Vorrat reicht!

Braune Herrenstiefel	Mk. 249.50
Herrnstiefel	149.50
Damenstiefel Hochschaff	103.75
Damen-Lackstiefel Hochschaff	204.75
Damen-Schnürhalbschuhe mit Lackkappe	139.50
Braune Damen-Halbschuhe	175.50
Damen-Spaangenschuhe	98.50
Damen-Leinwandschuhe	41.50 an
Knabenstiefel	152.50
Hauschuhe	5.00 an
Sandalen	1.75 an
Strümpfe u. Socken	18.75 5.50 an

**Schuhhaus Neptun** G. m. b. H.  
 Hainstr. 20/24 Windmühlenstr. 31.

**Schneider-Routablat**  
 bei Abnahme v. 10 Rollen 1.95  
 täglich frisch. Zigaretten  
 aller Preislagen (an Gast-  
 wirt und Verbraucher) bei  
**S. Pfeffer, Berliner Str. 58**

**Verschiedene Anzüge**  
 billig zu verkaufen.  
**Windmühlenstr. 33, I.**

**Grad, neu, f. Salonhumorist,**  
 wenig getragen, Gehodanus,  
 neues D. Wintergadet billig  
 u. perf. Sell. **Schiffstr. 3, III. r.**

**Cutaway mit gefir.**  
 billig zu verkaufen  
**Windmühlenstr. 33, I.**

**Dauerwäsche, Krawatten**  
 Gummimantel, Dauerregen-  
 hülle billig abzugeben. **Leipziger,**  
**Rurprinzstr. 3, I. (Rein**  
**Laben). Fernnr. 18124.**

**Stoffkleid, grün, Gr. 44, mod.,**  
 250. u. Windmühlenstr. 45, III. r.

**Muse, schwarz, w. gefir., f. alt,**  
 Dame, 75. u. Konradstr. 19, III.

**Hemdentuch** m 14  
 Kessel " " 18  
 Handtücher " " 25  
**Heinden für Herren** 25  
**Heinden für Damen** 35  
**Kohlgrasstr. 20, I. Unt. I.**

2 x Bettwäsche, neu, 420. u.  
 1 Geb. Federb., laub., 500. u.  
 billig **Banersche Str. 42, II. I.**

2 x Bettw. m. Bettl. 500. u.  
 2 Fern. Gard. bill. **Dixstr. 17, IV.**

2 x Damast-Bettwäsche, neu,  
 reini. Bettl. u. Derr. Deimb.  
 billig u. vt. **Thomasstr. 9, I.**

S. Deibert, 200. u. Solgel,  
 Serodertisch, **Bräderstr. 10, I.**

Federbetten, Sofa, Schrank,  
 Wäsche aus Nachlaß billig zu  
 verkaufen. **Thomasstr. 9, I.**

**Preiswerte u. gute**

## Möbel

neu und gebraucht!  
**M. Rebling, Banersche Str. 32**  
 Sofa, Vert., Schrank, Solgel,  
 Regul. Vo., Ewaldstr. 17, vt.  
 R. Sofa, Kleider, Vertillo,  
 Rüche, Vo., **Natalienstr. 19, vt.**  
 Sofa, aut., 200. u. Rüche, f.  
 175. u. vert. **Körnerstr. 14, vt.**  
**Sofa**, gr. Reiheneue zu vt.  
 250. u. vt. **Turnerstr. 12, vt. I.**  
 Chaiselongue, neu, m. g. Weg,  
 250. u. vt. **Turnerstr. 12, vt. I.**  
 Sofa, Trum. Spielzeit billig  
 u. vt. **Banersche Str. 42, II. I.**  
 Chaiselongue m. Pflischbede,  
 280. u. vt. **Reudnitz,**  
**Engelsdorfer Straße 7, vt. I.**  
 Rüche, neu, Stell. 725. u. vt. **Sch.**  
**Verbin. Volk-Str. 19, Sabel.**  
 Kleider, Vert., Schrank, Sch.  
 Federb., Solgel, v. d. Herrnd.  
 vt. **Kappe, Mühlstr. 11, vt.**  
 Stube u. Rüche, l. **Marsilage,**  
 Kluden. Rüche, l. **Ringelhof,**  
 umsatz. u. vt. **Dandl, verb.**  
**Singer, Wettstr. 9, vt. I.**

**Bettstelle m. 16. Mats. 160. u. vt.**  
 vert. **Turnerstr. 12, vt. I.**  
**Reg. Kinderzimmer, weiß,**  
**201. u. vt. **Wescher Str. 23, vt. I.****  
**Regulator m. Schläm, f. neu**  
**Wingam, Barfuhs, III. Dopp**  
**Mähm. Kappe, Mühlstr. 11, vt.**  
**Nähmaschine zu verkaufen,**  
**Leuthsch, Schönauer Str. 16, II. I.**  
**S. Mad, guterb., Freilauf u.**  
**Gummi verkauft f. 600. u. vt.**  
**Gothaer Str. 8, III. Engelmann.**

**Infolge des**  
**großen**  
**Andranges**  
**zu unseren**  
**neu einge-**  
**trossenen:**  
**billigen**  
**Schuh-**  
**waren**  
 bitten wir das Publikum, auch schon die  
**Vormittagsstunden:**  
**von 1/9 Uhr ab zum Ein-**  
**kaufen zu benutzen. ::**

## Nordheimer

Schöne Wohnungseinrichtung,  
 fast neu, auch geteilt, vrs. u.  
 vt. **Wolffm. Elisabethstr. 18, I. r.**

**Gebüd. Wohnungseinrichtung,**  
 verkauft sofort **Reichstr. 19**  
**im Hof, II. Kammer.**

**Kleiderstr. 118r. Solgel**  
 52 x 114, Gas-Boiler, App.  
 vt. **Sch. Stannenbergstr. 13, I. r.**  
**Gr. Komm. Ludwigsstr. 117, I. I.**  
**Kleiderstr. vt. Dandl, 2, I. r.**  
**Spielgel m. Schrt. 95, Sof. 275,**  
**Chaisel. R. Kapellenstr. 10, vt.**

**Fahrrad, geb., m. 22. u. vt. u. vt.**  
**Windmühlenstr. 22, Kleiderstr.**  
**Damen-Tab, guterb., m. Gu.**  
**vt. R. Gutmuthstr. 42, I. I.**

**Fahrradbereitungen,**  
**Hubabblaten, nur erstklage,**  
**fabrik. u. Engrospr. i. Gummi-**  
**zentrale, **Wagnerstr. 3.****

**Decken u. Schläucho**  
**Preissturz**  
**Gr. Pfeifersgr. 22, Baden.**

**Felle-Einkauf.**  
 Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor  
 Käufer sämtlicher Sorten roher Häute und Felle zu  
 Tagespreisen. **Albin Wagner, Querstraße 27.**

**Aufbruch**  
 hat mein Vorkauf in  
**Fahrrad-Gummi**  
 hervorgerufen.  
 2 Dookon und 2 Schläucho  
 la. fehlerfreie Ware  
**Mk. 276.-**

**Fahrräder**  
 verkaufe mehrere  
**Geliegenheitskäufe**  
 zu spottbill. Preisen  
**Reparaturen**  
**Warten**  
 Sie nicht länger  
**Fahrrad - zentrale**  
**Famub Leipzig**  
 Tauchaer Str. 40

**MöBEL** aller  
**Art**  
 kauft **Berger**  
**Banersche Str. 24, p. Tel. 15475,**  
**Mühlstr. 11, III. S. 1.**  
**Möbel, Möbel, geb., kauft**  
**Banersche Str. 42, II. I.**  
**D. u. S. Mad, u. o. ohne Gu.**  
**kauft Kohlgrasstr. 44, II. r.**  
**Kleiderstr. 11, vt. Dandl, 2, I. r.**  
**Preis. Soubienstr. 20, I. r.**

**Bermildete Anzeigen**  
**Berleth-Institut**  
 sein. **Gesellschaftsangeh.**  
**J. Kindermann**  
**Neumarkt 11, G. Grimm, St.**  
**Kaufmannstr. 33, vt. I.**  
**Kleiderstr. 11, vt. Dandl, 2, I. r.**  
**Kleiderstr. 11, vt. Dandl, 2, I. r.**  
**Kleiderstr. 11, vt. Dandl, 2, I. r.**  
**Kleiderstr. 11, vt. Dandl, 2, I. r.**